



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Hauptversammlung des Deutschen Städtetags:

Den Wandel lebenswert gestalten

Im Zeichen von Neuwahlen und gesellschaftlichen Transformationsprozessen stand die Hauptversammlung des Deutschen Städtetags in Erfurt. Unter dem Motto „Was das Leben ausmacht. Die Städte in Deutschland“ rief der Verband die Ampel-Parteien in Berlin dazu auf, in der entscheidenden Phase der Koalitionsverhandlungen bei essenziellen Themen wie Klima, Wohnen und Verkehr die Rolle der Städte zu beachten und zu stärken. Rund 800 Delegierte und Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet nahen an der alle zwei Jahre stattfindenden Tagung teil.

Zum neuen Präsidenten des Deutschen Städtetags wählten die Delegierten Markus Lewe, Oberbürgermeister der Stadt



Bayerns Städtetagsvorsitzender Markus Pannermayr; einer der stellvertretenden Vorsitzenden im Deutschen Städtetag.

Münster. Als Vizepräsident fungiert nun der Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung, der seit Juni 2019 das Präsidentenamt innehatte und turnusgemäß abgab. Zum ersten Stellvertreter des Präsidenten wurde Heidelbergs Oberbürgermeister Prof. Dr. Eckart Würzner bestimmt. Zu den weiteren Stellvertretern zählt der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr. Außerdem wurde der ehemalige Präsident des Deutschen Städtetags und langjährige Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly einstimmig zum neuen Eh-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die **Bayerische GemeindeZeitung** als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried



V.l.: Oberbürgermeister Markus Lewe, Vizepräsident des Deutschen Städtetags und Oberbürgermeister Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetags während der Auftakt-Presskonferenz.

Bild: Stadtverwaltung Erfurt/Vitalik Gürtler

Präsident Lewe zufolge wollen die Städte in Deutschland zunächst die Lebensqualität vor Ort verbessern. Nur die Städte können mit ihrer gestaltenden Politik Orte schaffen, an denen sich die Menschen zu Hause fühlen. Sie wollen sichern und leisten, was das Leben ausmacht: Begegnung und Teilhabe im Alltag, im öffentlichen Raum, auf dem Spielplatz, im Stadion, im Verein, in kulturellen und sozialen Einrichtungen.

Das Lebensgefühl entscheidet

Das Lebensgefühl der Menschen entscheidet über Identifikation und Teilhabe. Die Städte sind Impulsgeber und strahlen weit in die Region aus. Hier zeigt sich Veränderungsdruck, aber auch die kreative Kraft der Städte. „Diese kreative Kraft

wollen wir einbringen“, so Lewe.

Auch gilt es, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern. Die Städte stehen ein für demokratische Werte, offenen Diskurs, Beteiligung, Vielfalt und Toleranz sowie Gleichstellung aller Geschlechter. Sie stellen sich ausdrücklich gegen Haltungen, die diese Werte nicht anerkennen und unterminieren, und damit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Stadtpolitik ist nah dran, kann Konflikte lösen und verhindern helfen. Die Gemeinwohlorientierung zeichnet die Städte aus, sie ist sinnstiftend, schafft die Grundlagen für ein gesellschaftliches Zusammenleben und die eigene Entfaltung. Stabile Stadtgesellschaften entstehen durch die Kraft aller und im gegenseitigen Respekt. Sie sind unabhängig. (Fortsetzung auf Seite 4)

renmitglied des Kommunalverbandes gewählt.

Die Lebensqualität vor Ort verbessern

Lebenswerte Städte, klimafreundlich, digital, mit bezahlbaren Wohnungen, guten Bildungsangeboten, bürgernahen Verwaltungen und vernetzt in Europa: Diesen Zielen und den laufenden Transformationsprozessen wollen sich die Städte stellen. Nötig ist aus Sicht des Deutschen Städtetags dafür die Unterstützung durch die künftige Bundesregierung und die Länder. In einer „Erfurter Erklärung“ wurden die wichtigsten Positionen verabschiedet.

Haushaltentwurf 2022 der Bayerischen Staatsregierung:

Zufriedene Kommunen

Trotz der unabsehbaren Folgen der vierten Corona-Welle will die Bayerische Staatsregierung den Kreditrahmen zur Bewältigung der Pandemie von maximal 20 Milliarden Euro einhalten. Allerdings sollen davon 5,9 Milliarden Euro als „finanzieller Puffer“ in das neue Jahr geschoben werden. Darauf verständigte sich der Ministerrat in München. Insgesamt umfasst der Etatplan für 2022 knapp 71 Milliarden Euro. Finanzminister Albert Föderer hofft, dass durch die Ausgabendisziplin der Ressorts und die sich verbessernde Steuerschätzung die wegfallenden Steuereinnahmen ohne neue Kredite ausgeglichen werden können.

Die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse wird damit auch im kommenden Jahr wegen Corona ausgesetzt. Die Sonderbelastungen für den Staatshaushalt im neuen Jahr resultieren insbesondere aus Kosten für die laufende Test- und Impfstrategie.

2.800 neue Stellen

Insgesamt sind für den Haushalt 2022 rund 2.800 neue Stellen vorgesehen. Darin enthalten sind insbesondere 1.250 zusätzliche Stellen für die Schulen, 500 zusätzliche Stellen für die Polizei, 100 neue Stellen für den Aufbau der Technischen Universität Nürnberg und 84 zusätzliche Stellen für das Klinikum Augsburg sowie 425 neue Stellen für den Öffentlichen Gesundheitsdienst.

Größter Posten im Etatplan ist

wie in jedem Jahr der Bereich Bildung - insgesamt sind hierfür 24,7 Milliarden Euro vorgesehen. Für die innere Sicherheit und Rechtsschutz sind insgesamt Ausgaben in Höhe von rund 7,5 Mrd. Euro eingeplant. Die Ausgaben für Gesundheit betragen insgesamt rund 5,6 Mrd. Euro. Die Investitionsausgaben belaufen sich auf 11,3 Milliarden Euro, damit liegt die Investitionsquote bei 15,9 Prozent. Mit insgesamt rund 10,5 Mrd. Euro erreicht der Kommunale Finanzausgleich 2022 trotz anhaltender Corona-Krise ein Spitzenniveau.

Mindereinnahmen der Gewerbesteuer werden häufig finanziert

Im Rahmen seiner Klausur beschloss der Ministerrat zudem, dass der Freistaat Bayern sei-

nen hälftigen Finanzierungsanteil zum Ausgleich der prognostizierten Gewerbesteuermindererinnahmen für das Jahr 2021 erbringen wird. Damit können die Städte, Märkte und Gemeinden mit einer Kompensation des Gewerbesteuerausfalls in Höhe von 330 Mio. Euro rechnen.

Ausdrücklicher Dank

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, begrüßt dieses Signal: „Viele Städte und Gemeinden müssen bei der Aufstellung der Haushaltspläne mit Ausfällen bei der Gewerbesteuer kalkulieren. Ihnen wäre ohne die Hilfe der Staatsregierung finanziell die Luft abgedrückt worden. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich. Mit der Zusage der Staatsregierung können drohende Schief-lagen in vielen kommunalen Haushalten korrigiert werden. Der vollständige Ausgleich der Ausfälle bei der Gewerbesteuer würde den betroffenen Kommunen, wie bereits im Haushaltsjahr 2020, eine wichtige Atempause verschaffen. Deshalb ist der Bund jetzt gefordert, seinen Anteil ebenso zu leisten.“

„Wir bedanken uns, dass der Freistaat Bayern zu seinem (Fortsetzung auf Seite 4)

Kommunalverbände zum Koalitionsvertrag:

Gemischte Gefühle

Der Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bietet nach Auffassung von Deutschem Landkreistag und DStGB zwar gute Ansätze, jedoch haben die Kommunalverbände Bedenken, was die Umsetzung der Vorhaben anbelangt. „Zahlreiche positive Impulse für zukunftsfähige Städte“ sieht dagegen der Deutsche Städtetag. Im Koalitionsvertrag seien mehrere Forderungen des Verbandes aufgegriffen worden.

Mit gemischten Gefühlen betrachtet der Deutsche Landkreistag den Koalitionsvertrag. Präsident Landrat Reinhard Sager hob positiv hervor, dass die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse weiterhin im Fokus bleibt und die drängenden Zukunftsthemen wie Klimaschutz und Digitalisierung unter Einbeziehung der Landkreise, Städte und Gemeinden angegangen werden sollen.

Zahlreiche Förderprogramme, zentrale Steuerung und Projektfinanzierungen

Generell leide das Vertragswerk aber darunter, dass statt einer Kräftigung kommunaler Selbstgestaltung und finanzieller Stärkung der Kommunen erneut zahlreiche weitere Förderprogramme, zentrale Steuerung und Projektfinanzierungen angekündigt werden. „Stattdessen sollte die neue Bundesregierung die Kommunen befähigen, ihre Aufgaben und Herausforderungen aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln zu bewältigen.“

Es fehlten die nicht erkennbare politische Priorisierung der Vorhaben sowie fehlende Aussagen zum Finanztableau. „Das ist aber wichtig, wenn es um die Umsetzbarkeit der einzelnen Projekte geht. Denn die Mittel des Bundeshaushalts sind begrenzt. Dieses Koordinatensystem fehlt zum jetzigen Zeitpunkt noch.“

Kostenträchtige Vorhaben

So würden im Sozialbereich kostenträchtige Vorhaben angekündigt, bei denen die Finanzierung geklärt und kommunale Mehrbelastungen wirksam ausgeschlossen werden müssten. „Das betrifft zum einen das Bürgergeld, das das Arbeitslosengeld II ablösen soll und zwei Jahre lang ohne Anrechnung von

Vermögen jegliche Unterkunftskosten übernehmen soll. Wenn die Jobcenter jede noch so hohe Miete übernehmen, ist zu befürchten, dass es für untere Einkommensgruppen noch schwieriger wird, bezahlbaren Wohnraum zu finden“, machte Sager deutlich.

Skepsis bei der Kindergrundsicherung

Zum ändern sehe der DLT die Kindergrundsicherung skeptisch, „an der hat sich schon die Vorgängerregierung konzeptionell die Zähne ausgebissen“, betonte der Präsident. Die Grundsicherung von Kindern werde schon heute sichergestellt. „Wichtig ist es, Kinder nicht isoliert von ihren Eltern und ihrer Familie zu betrachten, in der sie leben.“ Zu begrüßen sei hingegen, dass die Belastungen für pflegebedürftige (Fortsetzung auf Seite 4)



Unser konservativ sozialistischer Pino hat kein Problem damit als Katze bezeichnet zu werden und er erachtet es als Privileg, dass bei der weiblichen Form, die männliche mitgedacht wird. Warum bei Arzt nicht gleich die Medizinerin mitgemeint sein kann und über andere gegenderte Unplausibilitäten, denkt er auf Seite 15 nach. □

Sie lesen in dieser Ausgabe

| | Seite |
|---|--------------|
| Personalmangel und 2G in der Kritik | 2 |
| Bayerischer Gemeindetag: Beschädigtes Vertrauen | 2 |
| GZ-Kolumne Stefan Rößle: | |
| KPV – Garantin für erfolgreiche Kommunalpolitik | 3 |
| Ländliche Entwicklung: Gleichwertige Lebensverhältnisse | 3 |
| Perspektiven für die Bildungsdekade | 5 |
| Kommunale Verkehrsthemen • ÖPNV | 6-7 |
| Wasser • Abwasser | 8-9 |
| Abfall • Umwelt | 10-11 |
| Kommunalfahrzeuge • Wald • GaLaBau | |
| Aus den bayerischen Kommunen. | 14-16 |

Kinder- und Jugendhilfe:

Personalmangel und 2G in der Kritik

Die Situation in der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern steht vor großen Herausforderungen – das stellten verschiedene Experten im Rahmen einer Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie im Bayerischen Landtag heraus. Neben der hohen Personalfloktuation stand vor allem die bayernweit geltenden Infektionsschutzmaßnahmen, darunter die 2G-Regel, in massiver Kritik. Denn gerade ungeimpften Jugendlichen werde so die Teilhabe verwehrt und der Zugang zur Jugendarbeit eingeschränkt.

Der Personalmangel ist vor allem in sozialen Berufen besonders hoch. Sabine Ahlers-Reimann, Direktorin der Abteilung Kinder- und Jugendhilfe, Ausländer und Integration beim Bayerischen Landkreistag, empfahl deshalb eine Imagekampagne und eine wissenschaftliche Erhebung zu Studiengängen und Ausbildungsangeboten. „Wir müssen mehr Leute ins System bringen“, sagte Michael Eibl, Direktor der Katholischen Jugendfürsorge der Diözese Regensburg. Er betonte, dass die Ausbildung in diesem Bereich deshalb nicht niedrigerwertiger sein solle, sondern höherwertiger.

Fluktuation gehört zum Alltag

Personalfloktuation gehöre mittlerweile zum Alltag, sagte Siegmund Hammel, Leiter des Jugendamts Eichstätt und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der oberbayerischen Jugendamtsleitungen. „Den Sozialarbeiter, der eine Familie ein Leben lang begleitet, gibt es nicht mehr.“ „Es wird nicht die eine Lösung geben“, so Sabine Lindau, Vorstandin Verbandsvertretung, Integration und Familie bei der Diakonie Bayern. Um den Mangel zu beheben, müsse unter anderem Quereinsteigern der Zugang ermöglicht und das Studium staatlich finanziert werden.

Auf heftige Kritik stieß die Mitte November verkündete 15. Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung. Vorgaben wie 3G und 2G plus sind darin nicht mehr enthalten – es gibt nur noch 2G und 2G plus in Bayern. Die 2G-Regel schreibt vor, dass Menschen entweder geimpft oder von Corona genesen sein müssen, um Zutritt zu bestimmten Innenräumen oder Veranstaltungen zu erhalten. Ein negativer Corona-Test von Ungeimpften reicht nicht mehr aus. Kinder bis 12 Jahre und 3 Monate ohne Impfung sind zwar zu 2G zugelassen. Und auch ungeimpften 12- bis 17-jährigen, die in der Schule regelmäßig negativ getestet werden, bleibt der Zutritt zu 2G übergruppenspezifisch bis Ende Dezember zur eigenen Ausübung sportlicher, musikalischer oder schauspielerischer Aktivitäten, in der Gastronomie und dem Beherbergungswesen möglich. Dieser letztmalige Übergangszeitraum bis Ende Dezember sollte für eine Impfung genutzt werden.

Doch daraus ergeben sich Konsequenzen, die Matthias Fack, Präsident des Bayerischen Jugendrings BJR, stark kritisierte. Kinder und Jugendliche müssten in ihren Bedürfnissen wahrgenommen werden, forderte er und bemängelt, dass die Anordnung 2G ungeimpften Kindern und Jugendlichen den Zugang zur Jugendarbeit verwehrt.

Ausbau der Hilfsmöglichkeiten

Für Heranwachsende seien andere Jugendliche wichtig, um sich in der Welt zu positionieren, so Dr. Christian Lüders, Vorsitzender des Bayerischen Landesjugendhilfeausschusses. Das werde mit einer 2G-Regel verhindert. Gerade die Ungeimpften wolle man ja erreichen. Eine Stellungnahme dazu kam aus dem Sozialministerium von Peter Nitschke, zuständig für Jugendarbeit und -politik. Er fügte an, dass auch ungeimpften Jugendlichen immerhin eine gewisse Teilhabe, etwa beim Sport oder Schauspiel, möglich sei. Susann Enders, Sprecherin für Soziales und Familie der Freie Wähler-Landtagsfraktion, forderte einen Ausbau ergänzender Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen der Krisenbewältigung: „Die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Infektionsgeschehens haben insbesondere Kinder und Jugendliche stark in ihren Sozialkontakten und Kontaktmöglichkeiten zu Gleichaltrigen eingeschränkt. Dabei gilt es die Interessen und Meinungen von Kindern zu erfragen und zu berücksichtigen, um Informationen altersgerecht aufzubereiten und Unterstützungsangebote dem Einzelfall entsprechend anpassen zu können.“

Kritik an Digitalisierung

Neben den Infektionsschutzmaßnahmen schränken auch weitere Aspekte die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ein. So waren sich die Experten einig, dass es bei den Themen Digitalisierung, bei der technischen Ausstattung und der Qualifizierung Nachholbedarf gäbe. Digitale Endgeräte zum Homeschooling

seien erst mit Spendengeldern angeschafft worden, berichtete Luca Müller, 1. Vorsitzender des Bayerischen Landesheimrats aus seinen Erfahrungen während der Pandemie. Das WLAN sei nicht stabil gewesen und die Betreuer hätten sich mit der EDV nicht ausgekannt, so der Jugendliche. Zwar habe Corona einen Schub gebracht, doch noch immer werde nicht gesehen, dass die Digitalisierung institutionalisiert werden müsse, so Josef Parstorfer, Geschäftsführer des Sozialpädagogischen Zentrums St. Leonhard in Regensburg.

Corona verstärkt Strukturdefizite

Das größte Problem: Wenn Geräte fehlten, könnten Kinder und Jugendliche ihrer Schulpflicht nicht nachkommen, so Dr. Melanie Mönlich, Referentin Kinder, Jugend, Bildung beim Paritätischen Wohlfahrtsverband. Die fehlenden Teilhabemöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler seien enorm. Dass Ungleichheit und Teilhabechancen sich verschlechtert haben, beobachtete auch Elisabeth Ries, Mitglied des Sozialausschusses im Bayerischen Städtetag. Strukturdefizite seien durch Corona noch verstärkt worden, sagte auch Professor Mechthild Wolff, die an der Hochschule Landshut den Studiengang Kinder- und Jugendhilfe leitet. Fehlende Beteiligung junger Menschen führe zu einem

DStGB-Diskussionspapier:

Inklusion vor Ort

Spätestens seit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention haben sich die Kommunen auf den Weg gemacht, das Thema der Inklusion in der Stadtpolitik umzusetzen. Der DStGB unterstützt deshalb unter anderem die Initiative „Kommune inklusiv“ der Aktion Mensch, die Modellansätze, wie lokale Inklusionsarbeit effektiv gestaltet werden kann, erproben und weiterentwickeln soll. Mit dem Diskussionspapier „Inklusion in den Fokus der Städte und Gemeinden rücken“ will man das Thema nun noch stärker in das gemeinsame Blickfeld rücken.

Als Gründe für die Inklusion werden die Stärkung des Zusammenhalts, die Verbesserung der Lebensqualität und die Stärkung der Demokratie genannt. Darüber hinaus beinhaltet Inklusion Barrierefreiheit, bringt Kreativität, verringert den Fachkräftemangel und spart Ressourcen.

Für die Umsetzung von Inklusion vor Ort bedarf es unterschiedlicher Rahmen- und Gelingensbedingungen. Die Erfahrung aus der Modellinitiative Kommune Inklusiv der Aktion Mensch zeigt, dass es vier Bedingungen für das Gelingen gibt, von denen der Erfolg der Umsetzung abhängt:

1. Inklusion vor Ort gelingt nur, wenn die kommunale Verwaltung sie mitträgt. Sie muss sich mit dem Vorhaben identifizieren und davon überzeugt sein, dass mehr Inklusion die Gesellschaft voranbringt. Wenn die Kommunalverwaltung den Inklusionsprozess von oben stützt, motiviert und aktiviert sie damit auch die Menschen vor Ort. Die Verwaltung kann sich auf unterschiedliche Weise beteiligen: mit Personal, Ideen oder Geld. Sie kann auch Räume oder Plätze für Veranstaltungen zur Verfügung stellen. Wichtig ist auch, dass sich die Verwaltung zu einem weiten Inklusionsbegriff bekennt.

2. Erfolgreiche Inklusion ist auf starke lokale Akteure angewiesen. Beispielsweise Vertreter von gemeinnützigen Vereinen, Wohlfahrtsverbänden oder Wirtschaftsunternehmen, engagierte Bürger, Menschen aus den Zielgruppen als Experten in eigener Sache. Sie kommunizieren idealerweise auf Augenhöhe miteinander, artikulieren sich deutlich und formulieren ihre Interessen und Ideen mit Mut und Selbstvertrauen. Doch nicht alle Menschen fühlen sich stark genug, um ihre Meinung zu sagen oder ihr Recht zu fordern. Damit

Gefühl der Marginalisierung.

Die Auswirkungen von Corona-Pandemie und Lockdown auf die Kinder und Jugendlichen seien massiv unterschätzt worden, beteuerte abschließend Holger Kiesel, Behindertenbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung. Kinder und Jugendliche mit Behinderung seien besonders vulnerabel. Er forderte, ihnen mehr Möglichkeiten zu geben, ihre Bedürfnisse zu artikulieren. In Bezug auf die Reform des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) und des SGB VIII sowie deren Auswirkungen auf Inklusion und das bayerische AGSG wurde der Wunsch nach mehr Klarheit laut: „Der Gesetzgeber lässt uns in der Luftleere hängen“, so Julia Neumann-Redlin, Referentin für Soziales beim Bayerischen Bezirksamts. Dabei gäbe es viele Schnittstellen – bei Volljährigkeit etwa zu Leistungen der Eingliederungshilfe oder der Pflege – an denen man ansetzen könne. Der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler, Johann Häusler, hingegen betonte: „Das KJSG zielt auch außerhalb von Krisenzeiten darauf ab, mit einer modernen Kinder- und Jugendhilfe vor allem diejenigen Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen zu stärken, die besonderen Unterstützungsbedarf haben. Allerdings benötigen wir bessere Präventions- und Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen, Eltern und Familien vor Ort.“

Inklusion gelingen kann, müssen mehr Menschen für Partizipation gestärkt, das heißt „empowert“ werden.

3. Um Inklusion zu erreichen, müssen Vertreter von Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und kommunaler Verwaltung in einem professionellen Netzwerk an gemeinsamen Zielen arbeiten. Das heißt: Menschen aus allen Bereichen der Gesellschaft sollten auf Augenhöhe und gleichberechtigt kooperieren, in einem Netzwerk mit klaren Strukturen, festen Gremien und eindeutig verteilten Rollen.

Netzwerkkoordination

Ein wichtiger Bestandteil des Netzwerks ist nach den Erfahrungen der Aktion Mensch eine hauptamtliche Netzwerkkoordination, die den Austausch organisiert. Eine entscheidende Rolle spielt auch die Qualifizierung der Netzwerkpartner. Denn erfolgreiche Arbeit im Netzwerk lässt sich lernen: beispielsweise wie die Partner gut nach innen und nach außen kommunizieren, wie sie echte Partizipation organisieren oder wie sie wirksam Fördermittel beantragen.

4. Inklusion beginnt im Kopf. Sie gelingt, wenn Alt und Jung, Menschen mit und ohne Behinderung, Einheimische und Menschen mit Migrationshintergrund sich mit ihrer Lebenswelt auseinandersetzen. Sie merken dann, was in der Stadtgesellschaft und in der Gemeinde schon gut läuft. Sie merken auch, was noch nicht funktioniert. Diese Wahrnehmung kann ein Anstoß für große Veränderungen sein. Ziel ist: Die Mehrheit der Bürger weiß, wie wichtig Inklusion ist und dass sie ihnen nützt. Denn jede und jeder ist für eine solidarische Gesellschaft wichtig. **DK**

Auch für Kommunen in Bayern:

Bayerischer Eine Welt-Preis 2022

Überall in Bayern setzen sich Menschen auf vielfältige Weise für globale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Solidarität, Frieden und weltweite Bewahrung der Natur ein. Sie engagieren sich für Eine Welt: zum Beispiel im Rahmen partnerschaftlicher Zusammenarbeit (mit Schulen, Kirchengemeinden, Nichtregierungsorganisationen), bei der Förderung des Fairen Handels oder im Bereich entwicklungspolitischer Bildung / Globalen Lernens.



Sie wollen Globalisierung gerechter gestalten und allen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Dieses bürgerschaftliche Engagement zu stärken und in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu tragen ist das Ziel des Bayerischen Eine Welt-Preises. Am 30.4.2022 wird er zum sechsten Mal vom Freistaat Bayern, vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, gemeinsam mit dem Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. verliehen.

Vereine, Schulen, Kirchengemeinden, Initiativen sowie Kommunen können sich bis 11.3.2022 online bewerben. Als Preisgeld winken den Vereinen, Schulen, Kirchengemeinden 3.000, 2.000 und 1.000 Euro. Kommunen können ein Preisgeld in Höhe von 1.000 Euro erhalten. Weitere Informationen siehe www.eineweltpreis.de.

Bayerischer Gemeindegeldtag:

Beschädigtes Vertrauen

Geht es nach dem Willen des Bayerischen Gemeindegeldtags, muss der Freistaat Bayern gemeindliche Investitionen in Kita-Einrichtungen finanziell stärker unterstützen. „Die Förderquote sollte unbedingt wieder das Niveau erreichen, das sie bis vor kurzem aufgrund der Sonderinvestitionsprogramme des Bundes hatte“, hob Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl in München hervor.

Er verwies darauf, dass derzeit die Gemeinden und Städte lediglich 50 Prozent der zuwendungs-fähigen Investitionskosten für Kita-Plätze erhalten, weil sämtliche Sonderinvestitionsprogramme des Bundes ausgeschöpft sind. Zahlreiche Kommunen hätten fristgerecht Anträge auf erhöhte staatliche Zuwendungen gestellt; nunmehr erhielten sie Mittelungen der Förderstellen, dass nun nur noch geringere Zuschüsse gewährt werden können. Dies stelle viele Kommunen vor finanzielle Probleme und frustriere die Kommunalpolitiker. Brandl: „Der Staat hat das Vertrauen der Akteure vor Ort beschädigt. Jetzt sollte die Staatsregierung dieses Vertrauen wiederherstellen, indem sie mit eigenen Mitteln die fehlenden Zuschüsse des Bundes ausgleicht.“

Wie Brandl zudem betonte, werde ab 2026 aufgrund des dann geltenden Rechtsanspruchs auf einen ganztägigen Betreuungsplatz für Grundschulkindern ein hoher Investitionsbedarf bei den Kommunen bestehen. Vom Bund seien bundesweit 3,5 Milliarden Euro zu erwarten, 15 Prozent davon für den Freistaat. „Wann kommt das Geld? Legt Bayern dann von sich aus noch etwas drauf? Es droht ein Investitionsstau, bis klar ist, mit wie viel Geld die Gemeinden und Städte rechnen und planen können“, so der Verbandschef.

Steuern und Abgaben bei Benzin über 60 Prozent

Entlastung für den ländlichen Raum fordert der Bayerische Gemeindegeldtag mit Blick auf die stetig steigenden Treibstoffpreise. Betroffen seien vor allem Bürgerinnen und Bürger in ländlichen Gegenden des Freistaats, die beruflich auf ihr Fahrzeug angewiesen sind, erklärte Brandl. „So kann das nicht weitergehen“, machte er deutlich. „Das Geschehen auf dem Weltmarkt können wir nicht beeinflussen. Die hohe Nachfrage an Treibstoff weltweit ist der wirtschaftlichen Erholung in vielen Ländern geschuldet. In Deutschland kann der Bund aber durchaus für Entlastung sorgen. Bekanntlich beträgt der Anteil an Steuern und sonstigen Abgaben beim Benzin über 60 Prozent. Hier könnte der Bund teilweise auf die auf Benzin entfallende Umsatzsteuer zumindest befristet verzichten.“

Dieses Instrument hat sich Brandl zufolge in der Pandemie bei der vorübergehenden Reduzierung der Mehrwertsteuer bewährt. Andere Länder, wie zum Beispiel Frankreich, hätten es vorgemacht und beispielsweise Energiekosten gedeckelt. Sein Appell: „Wir fordern den Bund auf, zugunsten der Bevölkerung, die das Auto täglich braucht, auf einen Teil der Steuern und Abgaben befristet zu verzichten.“ **DK**

Kreative Projekte für regionale Identität

Staatliche Förderung für ländliche Entwicklung

Ganz gleich, ob ein „Bücherheisla“ oder ein Pavillon mit Infos zu regionalen Lebensmitteln unter dem Motto „Derf's a weng mehr sei?“ – schon an den Namen vieler kleiner Projekte im ländlichen Raum kann man erkennen, wie sie die regionale Identität stärken. Solche kleinen Vorhaben werden auch im kommenden Jahr wieder gefördert.

Wie Agrarministerin Michaela Kaniber mitteilte, können sie wieder durch das sogenannte „Regionalbudget“ gefördert werden, zu dem gibt es ab 2022 Geld aus einem neuen „Verfügungsrahmen Ökoprojekte“. Das Regionalbudget steht für alle Zusammenschlüsse der Integrierten Ländlichen Entwicklungen (ILE) zur Verfügung. Die kommunalen Allianzen können sich ab sofort für die Förderung im kommenden Jahr bewerben.

In diesem Jahr wurden für 106 Zusammenschlüsse der Integrierten Ländlichen Entwicklung Zuwendungen in Höhe von mehr als 9,5 Millionen Euro für die Umsetzung von weit über 1.000 Kleinprojekten bewilligt. Mit dem „Verfügungsrahmen Ökoprojekte“ erstmalig ein vergleichbares Instrument für die 27 bayerischen Öko-Modellregionen bereit. Damit können gezielt Kleinprojekte umgesetzt werden, die die regionale Bioland- und Ernährungswirtschaft und bio-regionale Wirtschaftskreisläufe stärken.

Anträge müssen bis 31.12.2021 beim zuständigen Amt für Ländliche Entwicklung gestellt werden. Über die Förderung der einzelnen Kleinprojekte entscheiden die Regionen in eigener Verantwortung. Infos: www.stmelf.bayern.de/foerderwegweiser.

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Wallinger
93488 Schönthal
am 5.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Reinhard Streng
91474 Langenfeld
am 15.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Walter
87743 Gemeinde Egg a.d.Günz
am 6.12.

Bürgermeister Stefan Paulus

97478 Knetzgau
am 6.12.

Bürgermeister Benedikt Pössenbacher

83673 Bichl
am 9.12.

Bürgermeister Alois Schiegg

86688 Marxheim
am 14.12.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Dr. Christian Hümmel
83278 Traunstein
am 2.12.

Landrat Sebastian Gruber

94078 Freyung
am 4.12.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Nicole Weissenseel-Brendler
97497 Dingolshausen
am 2.12.

Bürgermeister Tobias Ehrlicher

96476 Bad Rodach
am 11.12.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Stellungnahme des Sachverständigenrats Ländliche Entwicklung:

Für gleichwertige Lebensverhältnisse

Mit konkreten Vorschlägen zur Stärkung ländlicher Räume wartet der Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung (SRLE), dem u.a. der DStGB angehört, in einer aktuellen Stellungnahme auf. Zentrale Herausforderung für die 20. Legislaturperiode sei es, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen und die Digitalisierung ländlicher Räume voranzutreiben. Stärker als bisher sollen die Gemeinden dabei unterstützt werden, ihren Beitrag zum Erreichen der Klimaziele zu leisten.

Konkret reichen die Vorschläge des Sachverständigenrates von einer Verbesserung der Verkehrsanbindung mit nachhaltigen Verkehrsträgern über die Stärkung der Gesundheitsversorgung durch eine sektorübergreifende Versorgungsplanung bis zur Vitalisierung von Ortskernen durch die Förderung der Innenentwicklung.

Wertschöpfungsbeteiligung für Kommunen ausweiten

Mit Blick auf die Energiewende empfiehlt der SRLE, die durch die EEG-Novelle 2020 für Windenergie geschaffene Wertschöpfungsbeteiligung für Kommunen verpflichtend auf alle überregional betriebenen Anlagen für erneuerbare Energien auszuweiten, unabhängig von der Erzeugungsart und der Förderung durch das EEG. Auch sollte die Nationale Wasserstoffstrategie dezentral ausgerichtet werden, um Wertschöpfung und Innovation in der Fläche zu halten bzw. zu erzeugen. Lastenausgleiche müssten die Belange der ländlichen Räume berücksichtigen.

Was deren Stärkung als nachhaltigen Wirtschaftsstandort angeht, müssten die politischen Rahmenbedingungen gerade familiengeführten Unternehmen helfen, sich weiterzuentwickeln – „auch als Perspektiven-, Rückkehr-, und Dableibe-Gestalter für Menschen aller Altersgruppen in ländlichen Räumen“. Neben einer bundesweit adäquaten Infrastruktur-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Einwander-

ungspolitik sollte ein attraktives Wohn- und Lebensumfeld im Vordergrund stehen.

Fachkräftemangel im Dienstleistungssektor

Erforderlich sei auch eine finanziell hinterlegte Nationale Tourismusstrategie, die die besonderen Bedürfnisse der ländlichen Räume fokussiert und die Akteure vor Ort einbindet. Neben der Verbesserung der Verkehrs- und digitalen Erreichbarkeit sei besonders der Fachkräftemangel im Dienstleistungssektor ins Zentrum politischer Maßnahmen zu rücken.

Des Weiteren sollten Vorschläge für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung erarbeitet werden, bei der ambulante wie stationäre Angebote im Gesundheits-, Pflege- und Therapiebereich besser miteinander verzahnt sind. Möglichkeiten der Digitalisierung im Gesundheitswesen seien stärker zu nutzen. Die klassische Krankenhausplanung durch die Länder sollte durch eine sektorenübergreifende Versorgungsplanung ersetzt werden. Es wird empfohlen, Lösungen für die Planung und Sicherstellung der medizinischen Versorgung dabei möglichst kleinräumig und unter Einbeziehung der Kommunen gemeinsam zu entwickeln.

Da der motorisierte Individualverkehr in ländlichen Räumen für die Mobilität von Pendlern, Familien und Wirtschaft auch absehbar eine wesentliche Rolle spielen wird, ist aus Sicht

des Sachverständigenrats der flächendeckende Ausbau der (Schnell-)Ladeinfrastruktur im Bereich der Elektromobilität erforderlich. Durch die Förderung emissionsarmer Fahrzeuge sei zudem im öffentlichen wie privaten Bereich dafür zu sorgen, dass die Antriebswende auch in den ländlichen Räumen gelingt. Durch einen Förderschwerpunkt autonomes Fahren sollten perspektivisch eine Anbindung an die Zentren bzw. der Übergang zum ÖPNV und SPNV verbessert werden. Eine intelligente digitale Verknüpfung vorhandener wie neuer Mobilitätselemente könne effizienzsteigernd eingesetzt werden.

Sanierung vor Neubau

Stichwort Wohnraumpolitik: „Die Sanierung von Altgebäuden ist dem Neubau hinsichtlich des Ressourcenverbrauchs (unversiegelte Fläche, Energie, Rohstoffe) weit überlegen, eine Grundsanierung spart gegenüber dem Neubau bis zu 80 % an Ressourcen ein“, heißt es.

Sanierung sollte im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und des Klimaschutzes Priorität haben. Deshalb sei ein umfassendes Bauförderprogramm „Sanierung vor Neubau“ notwendig, um die Sanierung im Bestand zu stärken und gegenüber der bedarfsgerechten Entwicklung von Neubaugebieten am Stadt- oder Dorfrand attraktiver zu machen.

Daneben müsse das Gebäudeenergiegesetz eine flexible Anpassung an eine sinnvolle Umsetzung von Wärmeschutzmaßnahmen ermöglichen. Zugleich bedürfe es einer öffentlichen Diskussion über eine flexiblere Anwendung des Denkmalschutzes unter Berücksichtigung lokaler Gegebenheiten.

Fakt ist, dass die pandemiebedingten Beschränkungen den Rückzug des (Einzel-)Handels, der Gastronomie und kleinerer Gewerbebetriebe aus den Zentren der Dörfer, Klein- und Mittelstädte noch einmal beschleunigt haben. Entsprechender Leerstand von Gewerbeimmobilien vermindert die Attraktivität dieser Kommunen, die als Ankerpunkte der ländlichen Räume eine wichtige Bedeutung haben, dramatisch. Die finanzielle Förderung der Sanierung im Bestand müsse deshalb auch für Gewerbeimmobilien nutzbar sein und mit weiteren Maßnahmen zur Attraktivitätssteige-

Liebe Leserinnen und Leser,

in den vergangenen zwei Jahren konnte die KPV viel für Bayern und seine Kommunen erreichen. Die erfreuliche Bilanz der KPV durfte ich vor kurzem auf unserer diesjährigen Landesversammlung im Beisein unseres Kommunalministers Joachim Herrmann, MdL in Erding vorstellen.

Ein dauerhaftes Anliegen der KPV ist eine stabile und sichere Finanzlage für unsere bayerischen Kommunen. Für die Aufgaben vor Ort brauchen alle kommunalen Ebenen eine mehr als ausreichende finanzielle Grundaussstattung. Das haben wir im diesjährigen Vorgespräch zum kommunalen Finan-



dem überlegen, wie wir die landes- und bundesweite Förderlandschaft neu strukturieren, vereinfachen und entbürokratisieren können. Die aufwendige Bearbeitung ist für die Kommunalverwaltungen kaum mehr leistbar, insbesondere für kleinere Kommunen. Nicht selten gibt es parallele Fördertöpfe von Bund und Land, aber mit unterschiedlichen Voraussetzungen.

Ein weiterer Schwerpunkt der KPV war das Engagement gegen Hass und Gewalt gegen unsere Kommunalpolitiker. In einer Umfrage unter den KPV-Mitgliedern gab die Hälfte der Befragten an, schon einmal im Rahmen ihrer politischen Tätigkeit beleidigt, bedroht oder beschimpft worden zu sein. Aufgrund der Übergriffe hat ein Viertel der Betroffenen bereits darüber nachgedacht, ihr kommunales Engagement aufzugeben. Die KPV wird sich verstärkt für den Schutz unserer Kommunalpolitiker vor Hass und Gewalt einsetzen. Wir müssen uns ebenso für den Ausbau der Anlaufstellen für Mandatsträger in Krisensituationen einsetzen und aktiv Hilfsangebote für das Krisen- und Konfliktmanagement schaffen.

Neben zahlreichen weiteren kommunalpolitischen Themen wurde auch ein neuer KPV-Landesvorstand gewählt. So darf ich mich auf diesem Wege für die einstimmige Wiederwahl als Landesvorsitzender der KPV bedanken.

Ich freue mich, zusammen mit meinen Stellvertretern Landrat Christoph Göbel, Oberbürgermeisterin Eva Weber und Bürgermeisterin Carmen Pepiuk sowie dem gesamten neugewählten Landesvorstand und Hauptausschuss die nächsten zwei Jahre gemeinsam über die KPV für starke bayerische Kommunen einzusetzen.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Die KPV – Garant für erfolgreiche Kommunalpolitik

ausgleich mit den beiden Bayerischen Staatsministern deutlich gemacht. Das Ergebnis: Trotz herausfordernderer Zeiten wurde ein Rekordfinanzausgleich für 2022 beschlossen.

Eine weitere KPV-Forderung ist die Kompensation der Gewerbesteuerausfälle der Kommunen. Zahlreiche Städte und Gemeinden hatten enorme Corona-bedingte Mindereinnahmen. Das Ergebnis: Die Staatsregierung hat kürzlich ihre Bereitschaft für den hälftigen Ausgleich der Gewerbesteuermindereinnahmen für 2021 erklärt. Jetzt ist die neue Ampel-Koalition gefordert, ihren Beitrag für die bayerischen Kommunen zu leisten. Die KPV steht ebenso für die Stärkung der kommunalen Investitionskraft statt für die von Olaf Scholz geplante Altschuldentilgung von Kommunen.

Die KPV setzt sich ebenso für die Entbürokratisierung und Vereinfachung der zahlreichen Förderprogramme ein. So begrüßenswert die finanzielle Unterstützung ist, müssen wir trotz-

ring der Innenbereiche kleiner Städte und der Dorfkern flankiert werden.

Hierzu sollten die bestehenden Förderansätze gestärkt und für entsprechende Maßnahmen weiter geöffnet werden. Anknüpfungspunkt hierfür sei neben dem nationalen Strategieplan zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), mit dem der Europäische Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung (ELER) umgesetzt wird, eine Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) mit dem Ziel, Grundversorgungsstrukturen in ländlichen Räumen umfassender als bisher fördern zu können.

Zudem sei im Rahmen der Förderung über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschafts-

struktur“ (GRW) sicherzustellen, dass mehr Mittel für die Sanierung von Gewerbeimmobilien von Handwerkbetrieben bereitstehen. Im Übrigen sollten Städte und Gemeinden auf leerstehende Immobilien in Ortskernen mit ungeklärter Eigentumslage sowie bei Schlüsselimmobilien einen verbesserten Zugriff bekommen. Dies umfasst auch die Möglichkeit des Grunderwerbs oder der Anmietung dieser Immobilien im Interesse der Vitalisierung von Ortskernen und Zentren. Neben einer Stärkung der kommunalen Vorkaufrechte könnten ein von Bund und Ländern aufgelegter Ortskernfonds, eine Erhöhung der Mittel für die Dorfentwicklung im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) sowie eine Aufstockung der Städtebaufördermittel des Bundes weitere Impulse setzen.

Oft hat der SRLE betont, dass die Stärkung der Handlungsfähigkeit ländlicher Räume einer Verbesserung der kommunalen Steuerausstattung bedarf. Konkret spricht sich der Sachverständigenrat gegenüber dem Bund – neben einem Appell an die Länder zur Gewährleistung einer auskömmlichen kommunalen Finanzausstattung – für eine Erhöhung des kommunalen Umsatzsteueranteils und eine Verteilung dieser zusätzlichen Mittel nach Einwohnern aus.

Außerdem sei es dringend angezeigt, dass die Standortgemeinden von Erneuerbaren-Energie-Anlagen, die fast alle in ländlichen Räumen liegen, endlich verpflichtend an der Wertschöpfung dieser Anlagen beteiligt werden. Dies gelte insbesondere für On-Shore-Windkraftanlagen sowie Photovoltaikanlagen. **DK**

Sozialministerium startet neue Veranstaltungsreihe:

„Radikalisierung hat kein Geschlecht“

Das Schlagwort „Gender“ ist seit Jahren in aller Munde – auch im Bereich der Radikalisierungsprävention. Doch was verbirgt sich dahinter, oder genauer: Wie hängen Geschlecht und Radikalisierung überhaupt zusammen? Und wie kann uns das Wissen darüber in der Präventionsarbeit unterstützen? Diesen Fragen widmet sich die neue Veranstaltungsreihe „Radikalisierung hat kein Geschlecht“ des Bayerischen Sozialministeriums, die insbesondere den Fachkräften des Sozialressorts als Wissens- und Bedarfsaustausch dienen soll.

Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner: „Als Frauenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung weiß ich: Unsere Vorstellungen von Geschlechtern können den Blick auf die Wirklichkeit verzerren, sie unsichtbar machen. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten wollen wir daher Antworten darauf finden, welche Rollenbilder radikale Ideologien vermitteln, woran sie in unserer Gesellschaft anknüpfen, wieso sie auch gerade bei Jugendlichen immer wieder Anklang finden und viele Fragen mehr. Ich lade Sie ein, an diesem Austausch teilzunehmen. Lassen Sie uns gemeinsam die Jugend so stark machen, dass sie den falschen Versprechungen der Extremistinnen und Extremisten widersteht.“

Die Veranstaltungsreihe startet digital und ist auf der Webseite <https://t1p.de/ee2b> aufrufbar. Dort stehen weiterführende Informationen und Hinweise zu Anlaufstellen in Bayern zur Verfügung. Ab dem 29. November stehen dann die ersten Beiträge der Expertinnen und Experten online zur Verfügung. Darüber hinaus sind die Fachkräfte

und interessierten Besucherinnen und Besucher der Webseite dazu eingeladen, ihre persönlichen Erfahrungen, Berührungspunkte und Bedarfe mitzuteilen. Eine Fortführung der Reihe im Jahr 2022 ist in Planung. Um keine neuen Beiträge zu verpassen, können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger für die Veranstaltungsreihe anmelden.

Präventionsprojekte

Das Sozialministerium fördert im Rahmen der Radikalisierungsprävention seit 2015 eine Reihe von Präventionsprojekten gegen Rechts- wie Linksextremismus, Salafismus und Antisemitismus. Dazu stehen Landes- und Bundesmittel zur Verfügung. Ein Überblick aller Maßnahmen der Radikalisierungsprävention ist zu finden unter www.radikalisierungspraevention.bayern.de.

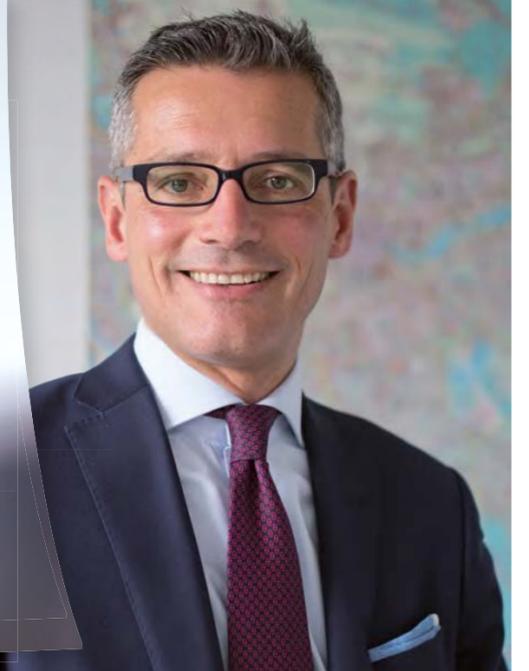
Die Maßnahme „Radikalisierung hat kein Geschlecht“ des Landesdemokratiezentrums wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Ich lese die **GZ**

» ... mit Gewinn, weil sie mir einen fundierten Überblick über das Geschehen in kleinen wie auch großen Kommunen verschafft und mir damit wertvolle Anregungen für meine Arbeit gibt. «

Dr. Michael Fraas

Berufsmäßiger Stadtrat und Wirtschafts- und Wissenschaftsreferent der Stadt Nürnberg



Den Wandel ...

(Fortsetzung von Seite 1)

dingbar für ein stabiles Land. „Die Stadt als Raum von Zusammenhalt steht und fällt mit der Glaubwürdigkeit der lokalen Politik. Das ist und bleibt unser Anspruch.“

Zudem soll der Klimaschutz noch stärker vorangetrieben werden. Die Weltklimakonferenz ist Aufforderung für die Städte, noch mehr und schneller Maßnahmen für den Klimaschutz anzugehen. Klimaschutz ist eine dringliche Aufgabe für alle. Die Städte investieren in erneuerbare Energien und die energieeffiziente Gebäudesanierung, fördern Ressourcen- und Energieeffizienz und mildern die Folgen des Klimawandels vor Ort. Sie haben mit den Stadtwerken starke Partner und dezentrale Strukturen, um etwa bei den Wärmenetzen schneller CO₂-neutral zu werden und die Energiewende voranzutreiben. Der CO₂-Preis muss schnell auf mehr als 50 Euro pro Tonne Kohlendioxid angehoben und die Einnahmen müssen konsequent in den Klimaschutz gesteckt werden. Der höhere CO₂-Preis darf die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Wirtschaft und Gewerbe nicht über Gebühr belasten; Klimaschutz muss sozial gerecht ausgestaltet sein.

Umsteuern in der Verkehrspolitik

Des Weiteren will der Deutsche Städtetag in der Verkehrspolitik stärker umsteuern. Der ÖPNV ist Motor und Taktgeber für eine nachhaltige Mobilität. Wir müssen mehr Anreize und wo nötig auch Regeln setzen, das Auto stehenzulassen. Das geht nur mit einem gut ausgebauten Netz von Bussen und Bahnen mit emissionsfreien Antrieben, einer engeren Taktung, attraktiven Angeboten sowie guten Verbindungen ins Umland. Fuß- und Radwege müssen einen höheren Stellenwert erhalten. Benötigt werden mehr Handlungsspielräume für autonome verkehrspolitische Entscheidungen vor Ort, z. B. bei Tempo 30. Der Güterverkehr muss nachhaltig abgewickelt werden. Für all das ist eine nie dagewesene gemeinsame Investitionsoffensive und das Erweitern von nachhaltigen Mobilitätsangeboten von Bund, Ländern und Kommunen nötig. Dafür braucht es einen Ausgleich der coronabedingten Einnah-

meausfälle und eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel um mindestens 1,7 Milliarden Euro.

„Wir wollen die Rahmenbedingungen für lebendige Zentren setzen“, heißt es zudem. Wohnen, Leben, Arbeiten und Erleben ist die Vision für die Innenstädte. Die Städte gestalten Plätze und Orte, an denen sich die Menschen gerne aufhalten und begegnen. Sie bringen die Akteure zusammen, schieben nachhaltige Investitionen in die Vielfalt von Nutzungen an, helfen dem Einzelhandel bei der Digitalisierung, fördern Kooperationen und schaffen Raum für kreative Lösungen. Über das Bundesprogramm Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren hinaus braucht es in den nächsten fünf Jahren Fördermittel von jährlich 500 Millionen Euro.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Auch liegt das Augenmerk darauf, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Städte wollen steuern, was wann und wo gebaut wird. Kommunale Bodenfonds, in die auch Bund und Länder nicht mehr benötigte Grundstücke einbringen, helfen ebenso wie erleichterte Planungsverfahren. Grundstücke der öffentlichen Hand sind Teil des Gemeinwohls. Sie sollten an die Kommunen nur vergünstigt verkauft werden. Eine Zielmarke von 400.000 neuen Wohnungen jährlich ist richtig und ambitioniert. Von den 300.000 Wohnungen ohne Sozialbindung müssen mindestens 20 Prozent im preisgünstigen Bereich liegen.

Bildungschancen und Chancengerechtigkeit sichern

„Bildungschancen und Chancengerechtigkeit sichern“ lautet eine weitere Maxime. Von der Kita und schulischen Ganztagsangeboten über die Volkshochschulen bis hin zum Jobcenter schaffen die Städte die Voraussetzungen für individuelle Zukunftschancen, Integration und lebenslanges Lernen. Als Schulträger tragen sie die Digitalisierung in der Bildung voran. Ein Masterplan muss Zuständigkeiten und Finanzierung zwischen Bund, Ländern und Schulträgern neu festlegen und alle Bildungseinrichtungen einbeziehen. Medienkompetenz zu vermitteln und digitale Teilhabe sicherzustellen, ist eine Zukunfts-

aufgabe, die nur gemeinsam gelingen kann.

Darüber hinaus wollen die Städte innovative und moderne Dienstleister sein. Wie Gesetze wirken, zeigt sich, wenn sie umgesetzt werden. Dabei kommt es auf Strukturen und Abläufe an, noch wichtiger aber ist die Kultur der Verwaltung. Werte und Tugenden der öffentlichen Verwaltung müssen neu diskutiert werden. Erforderlich sind Stabilität und Kontinuität ebenso wie Neugier und Offenheit. Verwaltungsprozesse müssen durchgängig digitalisiert werden. Für einheitliche Bundesanliegen sollte der Bund auch zentrale technische Prozesse und IT zur Verfügung stellen, zum Beispiel beim Führerschein, dem Personalausweis, Elterngeld und Wohngeld.

Rolle der Städte würdigen

„Wir wollen unserer Rolle in Europa und der Welt gerecht werden“, heißt es weiter. Entscheidungen vor Ort wirken schon längst nicht mehr nur lokal. Wir alle tragen Verantwortung für unseren Planeten und ein friedliches Zusammenleben. Die Nachhaltigkeit der Vereinten Nationen und die Leipzig Charta 2.0 sind dabei Richtschnur und Verpflichtung. Ohne die Städte im europäischen und globalen Schulterschluss ist die Jahrhundertaufgabe Klimaschutz nicht zu meistern. Die Städte leben Völkerverständigung und globale Solidarität vor. Ihre Rolle muss im europäischen Gesetzgebungsprozess und in der außenpolitischen Arbeit der Bundesregierung stärker gewürdigt werden.

Stabile Finanzen und Entscheidungsspielräume

Für all diese Ziele sind stabile Finanzen und Entscheidungsspielräume unverzichtbar. Der Bedarf an Investitionen ist riesig. Die Städte sind unverändert größter öffentlicher Investor. Benötigt werden ein höherer Anteil am Steueraufkommen und ein Ausgleich der Einnahmeverluste durch Corona. Allein in den Jahren 2021 bis 2023 fehlen den Kommunen knapp 8 Milliarden Euro an Steuereinnahmen. Ein Einbruch der kommunalen Investitionen muss unbedingt verhindert werden. Die Finanzpolitik von Bund und Ländern muss der zentralen Rolle der Städte Rechnung tragen. Es darf keine neuen Aufgaben zu Lasten der Städte ohne Ausgleich mehr geben. Altschulden dürfen die Gestaltungsmöglichkeiten der betroffenen Städte nicht länger erdrücken. Förderprogramme müssen praktikabel ausgestaltet werden. Auch sind weitaus größere Spielräume notwendig, selbst entscheiden zu können, was vor Ort erforderlich und gewünscht ist – etwa für nachhaltige Mobilität und Klimaschutz.

Gemeinwohl und Einzelwohl

In seiner Abschiedsrede hatte der scheidende Städtetagschef Burkhard Jung zuvor dazu aufgerufen, der Kommunalpolitik den Rücken zu stärken. In der Corona-Pandemie sei das friedliche, soziale Miteinander auf die Probe gestellt worden. Immer wieder entstehe der Eindruck, Gemeinwohl und Einzelwohl widersprächen einander. „Das halte ich für ein fatales Signal. Das Gemeinwohl und das Wohl des Einzelnen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das Wohl der Gemeinschaft sei nicht der Gegenspieler des Einzelwohls, sondern seine Basis. „Ohne ein ‚Wir‘ kann es in unserer Gesellschaft kein ‚Ich‘ geben“, unterstrich Jung.

Jung äußerte Verständnis dafür, dass Menschen im Zuge der Pandemie erschöpft seien,

wenn der Alltag und ganze Existenzen wegbrächen. Nicht hinzunehmen sei aber, wenn bewusst falsche Tatsachen und Lügen verbreitet und Demonstrationen genutzt würden, um zu spalten und Tausende ohne Maske andere und das Wohl der Gemeinschaft gefährdeten.

Gemeinwohl ist in Gefahr

Immer häufiger richteten sich antidemokratische, antisemitische, ausländerfeindliche, menschenverachtende Anfeindungen auch gegen kommunalpolitisch Engagierte und Ehrenamtliche in den Städten, fuhr Jung fort: „Wer Menschen angreift, die sich für unser Gemeinwesen einsetzen, greift immer auch unsere freiheitliche und demokratische Gesellschaft an. Das dürfen wir nicht zulassen! Unser Gemeinwohl ist in Gefahr, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr engagieren wollen im Rat, bei der Freiwilligen Feuerwehr, im Eltern-Café für Migranten oder im Verein.“ Mehr denn je komme es darauf an, Anstand vorzuleben, Haltung zu beziehen, Solidarität zu leben und der Kommunalpolitik und dem ehrenamtlichen Engagement den Rücken zu stärken.

Merkel: Menschenleben schützen

Den Städten und Gemeinden für ihre Arbeit in der Corona-Pandemie dankte Dr. Angela Merkel, die als geschäftsführende Bundeskanzlerin per Videokonferenz an der Hauptversammlung teilnahm. Gerade in diesen „sehr schwierigen Wochen“ seien die Kommunen enorm gefordert. Ihre Gesundheitsämter seien „die Schaltstellen der Pandemiebekämpfung vor Ort“. Merkel zeigte sich besorgt über die Lage in einigen Bundesländern. Oberstes Ziel sei, eine Überbelastung des Gesundheitssystems zu vermeiden und so Menschenleben zu schützen. Dazu gehöre, dass Corona-Patienten, aber auch alle anderen eine bestmögliche Behandlung bekommen könnten.

Jenseits der Pandemie übernahmen Bund, Länder und Gemeinden auch in anderer Weise

Gemischte Gefühle ...

(Fortsetzung von Seite 1)

gemischte Gefühle weiter reduziert werden sollen. Dies greife drängende Zukunftsfragen auf und werde auch der kommunalen Hilfe zur Pflege zugutekommen.

Laut DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg werden viele richtige Ziele beschrieben, allerdings sei die konkrete Umsetzung – insbesondere die nachhaltige Finanzierung – teilweise vage. Es bleibe zu hoffen, dass die Ampel die Leistungsfähigkeit von Staat und Wirtschaft nicht überschätzt hat.

Insbesondere im Sozialbereich sei eine Reform mit dem Ziel „Finanzierung des Sozialstaats dauerhaft sichern, Überforderung vermeiden“ kaum erkennbar. Im Gegenteil: Die geplante Einführung einer Kindergrundsicherung, das Bürgergeld (Ersatz für Hartz-IV), die Rentengarantie, die fehlende Positionierung, dass in einer alterwerdenden Gesellschaft auch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit kein Tabu sein darf, seien Indizien dafür, dass der Sozialbereich weiter ausgedehnt werden wird. In diesem Zusammenhang fehlt aus Landsbergs Sicht bedauerlicherweise auch ein klares Bekenntnis zum Grundsatz: Wer bestellt, bezahlt.

Für die Kommunen sei positiv zu bewerten, „dass sich der Koalitionsvertrag zum Ziel von Zukunftsinvestitionen bekennt und dabei auch den hohen kom-

Internationaler Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen

„Der Internationale Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen am 25. November ist eine gute Gelegenheit, auf die Gewalt gegen Frauen, die mittels digitaler Medien, auf sozialen Plattformen, in Chats oder Foren stattfindet, hinzuweisen. Wer informiert ist, kann sich wehren und Hilfe finden. Es ist mir ein großes Anliegen, dass die bestehenden Angebote und Hilfestellungen gut sichtbar und zugänglich sind!“, sagt Bayerische Sozialministerin Carolina Trautner.

Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen hat viele Gesichter. Oft findet die Gewalt, die im Alltag stattfindet, eine Fortsetzung im digitalen Raum. Digitale Herabsetzungen, Belästigungen und Bedrohungen und Nachstellungen können genauso verletzend sein wie analoge Gewalt, und auch die Grenzen verlaufen oft fließend, da die Täter und Täterinnen ihre Opfer oftmals auf unterschiedliche Art und Weise und über verschiedene Kanäle hinweg verfolgen. Auf der Website www.bayern-gegen-gewalt.de wurden nun neue Informationen, praktische Tipps und Tricks sowie Unterstützungsangebote und konkrete Handlungsempfehlungen zum Themenfeld der digitalen Gewalt eingestellt.

Am 25. November war das Bayerische Sozialministerium anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen, wie auch in den vergangenen Jahren, in Orange angestrahlt. Seit 2008 ist die Aktion „Orange The World“ von UN Women Teil der „UNITE to End Violence against Women“ Kampagne der Vereinten Nationen. Jahr für Jahr wird weltweit vom 25. November bis zum 10. Dezember mit Aktionen auf das Problem der Gewalt gegen Frauen und seine verheerenden Auswirkungen aufmerksam gemacht. Dieser Zeitraum ist bewusst gewählt: So hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen den 25. November als Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen ausgerufen. Der 10. Dezember wurde von den Vereinten Nationen zum Tag der Menschenrechte deklariert. Mit rund 1.200 Zonta Clubs in 63 Ländern weltweit unterstützt Zonta International die globale Kampagne.

Die Website www.bayern-gegen-gewalt.de bietet umfassende Informationen zu häuslicher und sexualisierter Gewalt, Fragen zu Corona und Gewalt sowie hilfreiche Links zu Beratungs- und Hilfeangeboten in Bayern. □

Verantwortung für Leben und

Zusammenleben, fuhr Merkel fort. Dies gelte ganz besonders auch für die Aufgabe, gleichwertige Lebensbedingungen herzustellen, und betreffe zahllose Bereiche unseres Lebens. „Die Herausforderungen, denen wir auf kommunaler Ebene begegnen, sind und bleiben komplex und anspruchsvoll.“ Digitalisierung, Attraktivität der Innenstädte, solide Kommunalfinanzen, Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger sowohl auf den Straßen, in ihren Wohnungen als auch im Netz: Dies seien nur wenige Beispiele, die zeigten, wie wichtig ein enger Schulterschluss zwischen Bund, Ländern und Kommunen sei. **DK**

verwaltung würden so deutlich gestärkt. Ein gutes Signal sei darüber hinaus, dass bei finanzschwachen Kommunen die Eigenanteile reduziert oder durch andere Leistungen ersetzt werden können.

Auch das Bekenntnis zu schnelleren Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren, die Digitalisierung der Verwaltung sowie die Stärkung des öffentlichen Wohnungsbaus seien wichtige Ziele. „Positiv ist die Ankündigung, die dringend notwendige Finanzierung des Onlinezugangsgesetzes über das Jahr 2022 sicherzustellen.“

„Die ehrgeizigen Ziele beim Ausbau der alternativen Energien deutlich zu beschleunigen, so dass bis zum Jahr 2030 Wind und Sonne 80 Prozent des Stromverbrauchs in Deutschland decken, ist richtig“, erklärte Landsberg. Es bleibe aber im Hinblick auf die großen Widerstände in der Bevölkerung abzuwarten, ob die Umsetzung tatsächlich gelingt. Unverzichtbar seien zuverlässige und belastbare Planungsperspektiven auch für die Stadtwerke und kommunalen Unternehmen.

In einer ersten Bewertung stellte der Präsident des Deutschen Städtetags, Oberbürgermeister Markus Lewe fest: „Es ist ein gutes Signal, dass die neue Koalition für wichtige Zukunftsfragen der Städte Verantwortung übernimmt. Mehr Investitionen in bezahlbare Wohnungen und für den Klimaschutz sind geplant. Die Ampel bekennt sich zu einem starken öffentlichen Nahverkehr als Herzstück einer nachhaltigen Mobilität. Die Koalitionäre wollen dauerhaft die Digitalisierung von Schulen unterstützen und den Digitalpakt entbürokratisieren. Auch eine unbürokratische Kindergrundsicherung kommt endlich. Es ist klug, dass die Lösung des kommunalen Altschuldenproblems im Verbund mit den betroffenen Ländern gelöst werden soll.“

Als unzureichend wertete Lewe die Ankündigungen der neuen Koalition, bei Aufgabenübertragungen auf die Kommunen lediglich „stärker auf die Ausgewogenheit zu achten“. Der Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ müsse Maßgabe aller Entscheidungen sein. **DK**

Zufriedene Kommunen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Wort steht und in dieser schwierigen Zeit bereit ist, den Gewerbesteuerausfall bei bayerischen Kommunen zu kompensieren. Damit wird nicht nur die Handlungsfähigkeit von Kommunen, sondern auch das Gesamtsystem des Finanzausgleichs und der Umlagen stabilisiert. Auch wenn der Bund zu einer solchen Maßnahme unverständlicherweise nicht bereit ist, danken wir der Staatsregierung für ihre zuverlässige und belastbare Partnerschaft“, unterstrich Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl.

Zukunftsfähigkeit Bayerns

Bereits bei Abschluss des Finanzausgleichs hätten die bayerischen Kommunen ihren Beitrag auch zur Stabilisierung des Staatshaushalts geleistet und würden hierfür mit einer anteiligen Kompensation der Gewerbesteuerfälle im Jahr 2021 belohnt. Brandl: „Dies hilft unseren Gemeinden und dient den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns. Für die Zukunftsfähigkeit Bayerns sind handlungsfähige Kommunen eine wichtige Vor-

aussetzung. Mit den Entscheidungen wird ein weiterer Beitrag hierfür geleistet.“

Auch für die Landkreise und Bezirke in Bayern als Umlagenehmer ist die Kompensation des Gewerbesteuerfalls ein wichtiges Signal. Schließlich übernehmen sie, so die Präsidenten Christian Bernreiter und Franz Löffler, auch in Zeiten der Pandemie wichtige Aufgaben im Bereich der sozialen Daseinsvorsorge. Der zugesagte Ausgleich der Gewerbesteuerfälle wirke sich für die Umlagenehmer zwar erst mit zeitlicher Verzögerung in der Umlagekraft 2023 aus. Jedoch stünden gerade auch Landkreise und Bezirke in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen, sei es im Bereich der Pflege, der Kinder- und Jugendhilfe, der Altenhilfe oder der Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderungen.

„Wir danken Finanzminister Füracker, dass er Wort gehalten hat. Gleichzeitig fordern wir den Bund auf, jetzt Gleiches zu tun und die Kommunen nicht finanziell im Regen stehen zu lassen“, betonten die Verbandschefs. **DK**

Perspektiven für die Bildungsdekade:

Weniger Präsenz und mehr Freiräume

Zunehmende Heterogenität der Schülerinnen und Schüler, Digitalisierung, neue pädagogische Arbeitsmethoden – das sind nur drei der vielen Herausforderungen, die an Bayerns Schulen neben den Belastungen durch die Corona-Pandemie bewältigt werden müssen. Im Rahmen einer Expertenanhörung im Bayerischen Landtag blickten die Abgeordneten des Bildungsausschusses in die Zukunft und diskutierten über Best Practice Beispiele.

Nur unter der Voraussetzung, dass sich der Unterricht an Bayerns Schulen in den kommenden Jahren erheblich ändert, können die Erwartungen an die Digitalisierung und Gesellschaft erfüllt werden. Das war die einstimmige Meinung der Expertenrunde, die im Bildungsausschuss zum Thema „Bildung 2030 – Perspektiven für die kommende Bildungsdekade“ Stellung bezog. Die Fachleute aus Praxis und Wissenschaft sprachen sich für moderne Unterrichtsformen ohne ständige Präsenz im Klassenzimmer, mehr Zeit und Freiräume für die Lehrkräfte, eine spürbare Aufrechterhaltung bei der digitalen Ausstattung und eine modifizierte Lehrerbildung aus.

Lern- statt Lehrkultur

Wie die Schule der Zukunft aussehen könnte, schilderte Stefan Ruppner, Schulleiter der Alemannenschule im württembergischen Wutöschingen. In der mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichneten Ge-

samtschule gebe es keine festen Klassenzimmer und keine Schulbücher, dafür jahrgangs- und leistungsübergreifende Klassen mit Inklusionskindern, hybridem Unterricht und viel Freiraum für Lehrkräfte und Schüler innerhalb festgelegter Regeln, schilderte Ruppner. „Dafür ist das Digitale unabdingbar“, sagte er. Jeder Schüler habe ein digitales Endgerät, die Ausstattung sei zu einem großen Teil von Sponsoren aus der Wirtschaft finanziert. „Wenn man das alles richtig organisiert, ist es sogar günstiger als an herkömmlichen Schulen“, berichtete Ruppner. Man habe den Weg von einer Lehr- zu einer Lernkultur beschritten, die von den Schülern mehr selbstorganisiertes Lernen verlange. Durch den engen, mitunter digitalen Kontakt zu den Lehrkräften sei dies ein Erfolgsprojekt.

Sprachbarrieren überwinden

Ein anderes Beispiel nannte Kai Wörner, Seminarrektor an der Realschule am Europaka-

nal Erlangen. An seiner Schule gebe es seit 2011 „Tablet-Klassen“ und hybriden Förderunterricht in Präsenz und über digitale Medien. Auch Wörner betonte, dass dies ohne ein Endgerät für jeden Schüler nicht machbar sei. Voraussetzung sei zudem eine neue Lehrrolle. Die Lehrkräfte nehmen die Rollen als Moderatoren und Förderer ein. Um sie darauf vorzubereiten, forderte Wörner eine entsprechend ergänzte Lehreraus- und -fortbildung. Dass die Digitalisierung auch an Grundschulen Vorteile bringen kann, schilderte Simone Hell, Leiterin der Erich-Kästner-Grundschule Neu-Ulm. Mit der Hilfe digitaler Medien könne individueller auf Leistungsstand und Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler eingegangen werden. Auch ließen sich Sprachbarrieren von Kindern mit Migrationsbiographie durch digitale Übersetzungsprogramme leichter überwinden. Bildung werde zudem zeit- und raumunabhängiger.

Digital und analog verbinden

Am besten sei eine „optimale Verzahnung von Digitalem und Analogem“, erklärte Hell, da vor allem jüngere Schüler noch auf den direkten Kontakt zur Lehrkraft angewiesen seien.

Für Simone Fleischmann, Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes

(BLLV), ist die Digitalisierung eine große Chance für die Schulen. Sie schaffe neue Möglichkeiten zum selbständigen Lernen sowie zur individuellen Wiederholung und Vertiefung des Lehrstoffes. Das unterstrich auch der Eichstätter Didaktik-Professor Heiner Böttger. „Digitalisierung und Individualisierung sind Best Buddies“, sagte er. Ein moderner digitaler Unterricht könne sich von festen Lernzeiten entkoppeln und damit besser auf die im Tagesrhythmus unterschiedliche Lernbereitschaft und Aufnahmefähigkeit von Kindern abgestimmt werden. Bei entsprechender technischer Vollausrüstung trage die Digitalisierung auch zu mehr Chancengleichheit bei, erläuterte Böttger. Er plädierte für eine individualisierte Leistungserhebung und Kompetenzdiagnose. Damit ließen sich Kinder besser fördern und motivieren. Die Erziehungswissenschaftlerin Gabriele Weigand ergänzte, es brauche mit Blick auf die Digitalisierung überarbeitete Lehrpläne sowie neue Zeitmodelle für Lehrkräfte. Deren Einsatz könne sich künftig nicht mehr an einem festen Stundendeputat orientieren.

Konkrete Forderungen an Politik

An die Politik stellten die Experten einen Katalog mit konkreten Forderungen. Der Schulpsychologe Andreas Wohlgemuth vom Ortenburg-Gymnasium Oberviechtach forderte wie Weigand leistungsfähige Internet-Anschlüsse und eine moderne Digitalausrüstung für alle Schulen. Diese bräuchten zu-



Die Alemannenschule Wutöschingen wurde 2019 mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet. Bild: Robert Bosch Stiftung/Max Lautenschläger

dem kompetente Systembetreuer, um die Lehrkräfte von technischen Aufgabenstellungen zu entlasten. Digitalisierung dürfe auch nicht dazu führen, Lehrpersonal einzusparen, warnte Wohlgemuth. „Die Aufgaben der Lehrkräfte werden nicht weniger, sie ändern sich nur“, sagte er. Ruppner plädierte dafür, Schulen und Lehrkräften im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben mehr Freiräume zu lassen. „Ich bin immer froh, wenn man mich in Ruhe arbeiten lässt“, erklärte er. Dem pflichtete Fleischmann bei. Mit mehr Zeit und Freiraum für Schulleitungen und Lehrkräfte werde „Innovation möglich“.

Warnung vor Lernplankonformität

Abgeordnete der Opposition sahen sich in den Aussagen der Experten in ihren Forderungen an die Staatsregierung bestätigt. Es habe sich gezeigt, dass Bildung künftig viel mehr von den Schülerinnen und Schü-

ler gedacht werden müsse, erklärte Gabriele Triebel (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN). Für das digitale Lernen brauche es im Sinne der Chancengleichheit endlich landesweit gleiche Rahmenbedingungen. Dr. Simone Strohmayr (SPD) betonte, ein digitales Endgerät müsse für alle Schüler zur Normalität werden. Wie auch Matthias Fischbach (FDP) forderte sie eine entsprechende Ausweitung der Lernmittelfreiheit. Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU) mahnte die „Lernplankonformität“ der digitalen Unterrichtsformen an. Zudem dürften Lehrerkompetenz und -persönlichkeit als Garant guter Bildung nicht vernachlässigt werden. Skepsis äußerte Waschler zu individualisierten Lernstanderhebungen. Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER) deutete auf die Notwendigkeit hin, Lehrer- und Elternschaft eng in den Prozess der Digitalisierung und Modernisierung des Unterrichts einzubinden. Andernfalls werde das Projekt nicht funktionieren. **red**



ABC des Mobilfunknetzausbaus

In Kooperation mit dem Informationszentrum Mobilfunk www.gemeindezeitung.de/ABC

Teil 1: Warum werden die Netze weiter ausgebaut?

Täglich nutzen wir Smartphones und andere mobile Geräte und können uns ein Leben ohne mobile Kommunikation kaum mehr vorstellen. Die Technologie entwickelt sich schnell weiter und das rasant zunehmende mobil übertragene Datenvolumen belegt wie beliebt die Nutzung ist. Aufgrund des Anstiegs des Datenverkehrs ist der weitere Ausbau der Infrastruktur erforderlich. Um eine zukunftsfähige Mobilfunk-Infrastruktur aufzubauen, müssen zusätzliche Mobilfunkanlagen errichtet werden. Im ABC des Mobilfunknetzausbaus erläutern wir, warum die Netze weiter ausgebaut werden, wie die kommunale Beteiligung beim Ausbau geregelt ist, wie ein Netz geplant wird, was 5G eigentlich ist und welche Auswirkung Mobilfunk auf die Gesundheit hat.

Rasanter Anstieg des Datenvolumens im Mobilfunk

Die Bedeutung von Mobilfunk in unserem Alltag lässt sich eindrucksvoll an den Nutzungszahlen ablesen. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht dazu jährlich umfangreiche Statistiken. Über die Mobilfunknetze in Deutschland wurden im letzten Jahr rund 155 Mrd. abgehende Gesprächsminuten geführt. Die Wachstumsrate der Mobiltelefonie beträgt im Corona-Jahr 2020 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Noch stärker angestiegen ist allerdings das übertragene Datenvolumen im Mobilfunk: Die Menschen in Deutschland nutzen ihre Smart-

phones neben dem Telefonieren vermehrt für die mobile Datenübertragung. Das mobile Datenvolumen stieg 2020 trotz geringerer Mobilität im Pandemiejahr steil an: Es lag Ende 2020 bei knapp 4 Mrd. GB (2019: 2,8 Mrd. GB). Das entspricht einem monatlich genutzten Daten-

volumen von knapp 3,1 GB je aktiv genutzter SIM-Karte. Moderne Mobilfunkstandards wie LTE (4G) und 5G sind die beste Antwort auf die steigende Nachfrage nach mobiler Datenübertragung. Denn sie gehen mit den Ressourcen effizienter um als frühere Mobilfunktechnologien, da Datenpakete nicht nur schneller, sondern zielgerichteter und mit geringerem Energieeinsatz übertragen werden können als dies bisher möglich war.

Lizenzauflagen beim 5G-Netzausbau

Das Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur (BMVI) formuliert den Anspruch für die Versorgung Deutschlands mit mobiler Kommunikation so: Notwendig seien Mobilfunknetze, in denen unterbrechungsfreies Telefonieren und die klassische Nutzung von mobilem Internet möglich sind. Daher war die Versteigerung der Mobilfunk-Frequenzen 2019 an konkrete Versorgungsaufgaben gekoppelt: Die Netzbetreiber müssen bis Ende 2022 jeweils 98 Prozent der Haushalte je Bundesland und alle Bundesautobahnen, die wichtigsten Bundesstraßen und Schienenwege mit mindestens 100 Mbit/s versorgen. Bis Ende 2024 sollen alle übrigen Bundesstraßen mit mindestens 100 Mbit/s, alle Landes- und Staatsstraßen, die Seehäfen und wichtigsten Wasserstraßen und alle übrigen Schienenwege mit mindestens 50 Mbit/s versorgt werden. Zusätzlich sollen bis Ende 2022 mindestens 500 Basisstationen in weißen Flecken netzbetreiberübergreifend aufgebaut werden. Für neue Netz-

betreiber gelten abweichende Versorgungsaufgaben. Dies hat bei den etablierten Netzbetreibern und übergeordnet betrachtet zur Folge, dass der Schwerpunkt beim Bau ganz neuer Standorte eher im ländlichen Bereich liegt, wo er auch zuvor politisch eingefordert wurde.

Die Netzbetreiber investieren bereits massiv, um allen Auflagen und konkreten Kundenanforderungen gerecht zu werden: Ein nahezu flächendeckendes 5G-Netz wird Schritt für Schritt auf Basis der bestehenden Mobilfunknetze ausgebaut. Dadurch wird sich auch die Versorgung mit LTE verbessern. Mit der LTE-Abdeckung entsteht die notwendige Grundlage für eine konsequente Ausrüstung der Netze auf 5G. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Bundesregierung in der Mobilfunkstrategie diverse Maßnahmen fixiert oder auf den Weg gebracht: Etwa zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren oder von Maßnahmen zur Erläuterung des Nutzens des Mobilfunkausbaus vor Ort. Außerdem sollen vermehrt Gebäude und Flächen des Bundes und der Länder für Standorte genutzt werden. Die Einhaltung der Versorgungsaufgaben wird von der Bundesnetzagentur überprüft.

Breitband-Infrastruktur als Wettbewerbsvorteil von Kommunen

Für Kommunen ist eine gute Infrastruktur ein wichtiger Wettbewerbsvorteil. Ein großer Vorteil ist dabei, dass die Bereitstellung schneller mobiler Internetzugänge über 4G und 5G in der Regel auch die Versorgung mit Glasfaserleitungen voraussetzt. Denn die stetig wachsenden Datenmengen müssen nicht nur per Funk zu den Endgeräten übertragen werden, sondern auch schnell von den Mobilfunk-Basisstationen abgeführt beziehungsweise dorthin angeliefert werden.

Der Ausbau der mobilen und festnetzgebundenen Breitbandinfrastruktur mit den Komponenten Mobilfunk (4G und 5G) und Glasfaser-Festnetz ist für Kommunen ein wichtiger Wettbewerbsvorteil. Er unterstützt gleichermaßen die Ansiedlung von Gewerbebetrieben wie auch die von jungen Familien. Zudem ist eine leistungsfähige Kommunikations-Infrastruktur die Basis dafür, bestehende kommunale Dienstleistungen zu verbessern (etwa den öffentlichen Nahverkehr oder das Rettungswesen) oder diese zu digitalisieren.

5G kann zudem eine Alternative für die sogenannte „letzte Meile“ der Festnetzanschlüsse sein: Die Mobilfunkstandorte werden per Glasfaser angeschlossen und leiten in diesem Fall das schnelle Internet dann per 5G-Mobilfunk in Haus-



Sendeanlage innerorts.

Bild: Informationszentrum Mobilfunk – Foto: Hendrik Zwietsch

halte oder Firmenstandorte weiter. Dieses Zusammenwachsen und Zusammenwirken der Netze ist eine wichtige Grundlage für die Gigabit-Gesellschaft.

All dies erfordert den kontinuierlichen Ausbau der Kapazitäten. Bestehende Mobilfunkstandorte müssen modernisiert und erweitert werden, zur Verbesserung der Versorgung ist aber auch die Errichtung neuer Mobilfunkstandorte erforderlich. Für die Standort-Planung und -Erschließung bedeutet dies: Bestehende Mobilfunkstandorte müssen mit neuer Technik ausgerüstet werden.

Beabsichtigt ein Netzbetreiber die Erweiterung einer vorhandenen Anlage, wird die Kommune darüber schriftlich informiert. Ist – meist im Zusammenhang mit der Lizenzerteilung – die Errichtung eines ganz neuen Mobilfunkstandortes notwendig, wird dafür über einen sogenannten Suchkreis das Areal dargestellt, in dem dieser platziert werden könnte und das weitere Vorgehen mit der Kommune abgestimmt.

Teil 2 des ABC des Mobilfunknetzausbaus informiert über die kommunale Beteiligung beim Netzausbau. □

Weitere Informationen unter: www.kommunalinfo-mobilfunk.de und www.informationszentrum-mobilfunk.de.



Sendeanlage außerorts. Bild: Informationszentrum Mobilfunk – Foto: Hendrik Zwietsch

phones neben dem Telefonieren vermehrt für die mobile Datenübertragung. Das mobile Datenvolumen stieg 2020 trotz geringerer Mobilität im Pandemiejahr steil an: Es lag Ende 2020 bei knapp 4 Mrd. GB (2019: 2,8 Mrd. GB). Das entspricht einem monatlich genutzten Daten-

und Staatsstraßen, die Seehäfen und wichtigsten Wasserstraßen und alle übrigen Schienenwege mit mindestens 50 Mbit/s versorgt werden. Zusätzlich sollen bis Ende 2022 mindestens 500 Basisstationen in weißen Flecken netzbetreiberübergreifend aufgebaut werden. Für neue Netz-

Mobilität endet nicht an der Landkreisgrenze

Mobilitätskonferenz vernetzt Akteure und Entscheider in der Metropolregion München

Welche innovativen Verkehrssysteme gibt es? Wie können neue Formen der Mobilität die Mobilitätssituation in der Metropolregion München verbessern? Dies waren nur zwei der Kernfragen, die bei der dritten Mobilitätskonferenz des Europäischen Metropolregion München e. V. (EMM e.V.) beleuchtet wurden. Referenten aus Forschung, Wirtschaft und Politik zeigten Herangehensweisen, um die Attraktivität der Metropolregion als Wirtschafts- und Lebensstandort durch ein zukunftsfähiges Mobilitätsangebot zu sichern. Beispielhaft dafür wurden vier Best-Practice-Beispiele mit dem Mobilitätspreis 2021 ausgezeichnet.

Schwankende Nutzung des ÖPNV, verändertes Mobilitätsverhalten, Home Office: Neben vielen anderen Lebensbereichen wurde auch das Nutzungsverhalten aller Verkehrsmittel in den letzten knapp zwei Jahren sehr stark durch die bekannten Rahmenbedingungen beeinflusst. Doch wie alle Veränderungen birgt auch dies die Chance, die Mobilität der Zukunft

positiv zu gestalten und die bestehenden Herausforderungen der Metropolregion München in puncto Mobilität anzupacken.

So ging es bei der diesjährigen Mobilitätskonferenz also nicht nur um innovative Ansätze, sondern, laut Wolfgang Wittmann, Geschäftsführer des EMM e. V., insbesondere auch darum, verschiedene Akteure der Region zu vernetzen und über ihre je-

weiligen Projekte zu informieren. Den verkehrlichen Herausforderungen lässt sich nicht auf lokal beschränkter Ebene innerhalb der Mitgliedslandkreise begegnen, sondern nur gemeinsam und kooperativ, davon ist der EMM e.V. überzeugt. Zwar fand die Mobilitätskonferenz dieses Jahr Pandemie-bedingt nur digital statt, dennoch bot sie den rund 200 Teilnehmern aus der Metropolregion eine institutionsübergreifende Plattform zur Vernetzung an.

Mobilität ist Schlüssel der regionalen Prosperität

Alle Protagonisten zusammenbringen und gemeinsam Ideen vernetzen, das spielt auch für Christoph Göbel, Landrat des Landkreises München und Vorstandsvorsitzender des EMM e. V., eine entscheidende Rolle, was die zukünftige Mobilität der Region anbelangt. „Aber nicht nur das“, betonte Göbel. „Wir müssen das Thema Mobilität mit dem Markenkern unserer Metropolregion München, der Innovationskraft, verbinden.“ Es brauche weiterhin zuallererst innovative Ideen, um zukunftsweisende Projekte vorweisen zu können. Und schließlich, so Göbel, sei innovative Mobilität der Schlüssel zur Prosperität der Metropolregion München.

Neben Wittmann und Göbel begrüßte auch Georg Dunkel, Mobilitätsreferent der Landeshauptstadt München und Träger der AG Mobilität, alle Teilnehmer und kündigte an, die Thematik der innovativen Projekte kommenden Jahr bei der AG Mobilität zu vertiefen.

Auch die sieben Referenten der Veranstaltung griffen das Thema Zukunftsfähigkeit im Rahmen ihrer Vorträge immer wieder auf. Prof. Dr. Klaus Bogenberger (TU München), Alexander Kreipl (ADAC Südbayern), Dr. Bernd Rosenbusch (MVV), Prof. Dr. Gebhard Wulforst (TU München), Manuel Haas (B.A.U.M. Consult), Tobias Kipp (Team red Deutschland) und Dr. Ulrich Dewald (GEFAK GmbH) informierten unter anderem über die Potenziale innovativer Verkehrssysteme, Mobilitätstrends

Ausbau der Radpendelstrecke nach Veitshöchheim

Komfortabel mit dem Rad von und nach Veitshöchheim pendeln: Dies ermöglicht der neue Radweg zwischen Würzburg und Veitshöchheim. Dieser neue Radweg ist ein Teil der Hauptradachse 14a.

Der Ausbau des bestehenden ca. 700 Meter langen Wirtschaftsweges „Schafhofstraße“ zum Radweg wurde im Herbst 2020 durch das Baureferat, FB Tiefbau und Verkehrswesen der Stadt Würzburg veranlasst. Diese Verbindung ist ein wichtiger Teil der Hauptradachse 14a aus dem vorliegenden Radverkehrskonzept der Stadt Würzburg.

„Wir freuen uns, dass unser neuer Radweg so gut ankommt, denn uns ist die Sicherheit und die Anbindung unserer Radfahrerinnen und Radfahrer sehr wichtig“, erläutert Adrien Cochet-Weinand, Radverkehrsbeauftragter der Stadt Würzburg. Eine alltagstaugliche Ertüchtigung und Vereinfachung aller Hauptradachsen ist ebenfalls ein Bestandteil des Radverkehrskonzepts.

„Besonders wichtig ist es uns, die Anbindung unserer Stadt zu unseren umliegenden Kommunen für Radfahrer in einen guten Zustand zu versetzen und zu erweitern“, betont Würzburgs

oder auch das Thema New Work und Arbeitsmobilität.

Vorbild-Projekte für eine zukunftsorientierte Mobilität

Im Rahmen der Konferenz wurde auch in diesem Jahr der Mobilitätspreis der Metropolregion München verliehen. Unter den über 30 eingereichten Projekten (über die Mobilitätsdatenbank des EMM e. V.) stachen die Ideen des Landkreises Dachau, des Landkreises Kelheim, der Landeshauptstadt München sowie des Münchner Verkehrs- und Tarifverbundes (MVV) und der Stadtwerke Augsburg (swa) am meisten hervor. Sie erhielten deshalb eine Auszeichnung.

Der Landkreis Dachau überzeugte insgesamt mit seinen innovativen Ideen für Verkehrssysteme, darunter unter anderem eine Umlaufbahn, eine Standseilbahn oder auch das Verkehrssystem „Bögl“.

„KelRide“ heißt das Projekt, für das der Landkreis Kelheim ausgezeichnet wurde. Der automatisierte Ridesharing-Dienst befördert seine Passagiere mittels einer hochautomatisierten, in den ÖPNV eingebundenen Flotte. Das leistungsfähige Gesamtsystem soll jedem Wetter trotzen und so auch bei Eis und Schnee Funktionalität garantieren.

Automatisiertes Fahren im städtischen Kontext

Auch beim dritten Preisträger spielt Automatisierung eine Rolle: Der Landeshauptstadt München wurde der Mobilitätspreis für ihr Projekt „Easy Ride“ – automatisiertes Fahren im städtischen Kontext – verliehen. Beim Projekt, das bereits 2018 startete, dient München als Modellstadt, in der untersucht wird, welche Auswirkungen das automatisierte Fahren auf Mobilität und Verkehr haben kann.

Der MVV und die swa wurden beide für ein sehr ähnliches Projekt ausgezeichnet, das in München und Augsburg schon angewendet wird: „Swipe + Ride“ (München) und „Be-in/Be-out“ (Augsburg). Beide Konzepte ermöglichen es den Passagieren, nur genau die Strecken zu bezahlen, die sie im ÖPNV auch tatsächlich gefahren sind. Die zurückgelegte Strecke wird dabei von einer App ermittelt und schließlich passgenau in Rechnung gestellt. □

Für 150 Bahnhöfe in Bayern:

Neue Farbe, mehr Licht und höherer Komfort

DB hat 90 Stationen bereits fertig renoviert

Deutlich heller und freundlicher präsentiert sich der Bahnhof München Donnersbergerbrücke jetzt den täglich über 55.000 Reisenden. Dank des „Sofortprogramms für attraktive Bahnhöfe“, das die Deutsche Bahn (DB) und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) zur Konjunkturförderung gestartet haben, hat die DB diese wichtige Station für Pendler neu gestaltet. Klaus-Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter der DB für Bayern, und Andreas Scheuer, geschäftsführender Bundesverkehrsminister, machten sich vor Ort ein Bild von den ersten Ergebnissen der Renovierung.

Der Bahnhof München Donnersbergerbrücke ist einer von 90 Bahnhöfen in Bayern, die die DB dieses Jahr bereits mit dem Sofortprogramm renoviert hat. Die Arbeiten an weiteren 60 Stationen laufen auf Hochtouren. Das klare Ziel: Mit attraktiven Bahnhöfen mehr Menschen für das umweltfreundliche Verkehrsmittel Bahn gewinnen, um die Mobilitäts- und Klimawende weiter voranzutreiben.

Klaus-Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter der DB für den Freistaat Bayern: „Die Offensive für schönere Stationen zeigt hier mitten in der Stadt München Wirkung. Der wichtige S-Bahn- und Regionalbahnhof Donnersbergerbrücke ist heller, übersichtlicher und deutlich einladender geworden. Das ist wichtig. Denn unsere Reisenden sollen sich am Bahnhof wohlfühlen. Nur so begeistern wir noch mehr Menschen für die klimafreundliche Bahn. Der Bahnhof Donnersbergerbrücke ist einer von 150, die wir bis Ende des Jahres renovieren.“

Attraktivere Stationen

Andreas Scheuer, geschäftsführender Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur: „Die Zahlen belegen es: Unser Sofortprogramm ist ein echter Erfolg – für Bayern, das ganze Land. Attraktive Bahnhöfe, starkes Handwerk und sichere Arbeitsplätze in der Heimat – darum geht es. Es sind allein in Bayern weit über 300 Maßnahmen an 150 Bahnhöfen, die in Summe eine große Wirkung entfalten. Sie erleichtern bei uns rund 1,6 Millionen Reisenden täglich den Zugang zum Zug, verbessern die Informationslage und machen wie hier in München die Stationen insgesamt attraktiver.“

Für den Bahnhof München Donnersbergerbrücke haben Designer der DB ein modernes Licht- und Farbkonzept erstellt, das die Reisenden durch die Station leitet. Ein neuer Blickfang ist das schwarz-weiße Fliesenbild am frisch sanierten Treppenaussgang Richelstraße. LED-Lampen in den erneuerten Decken machen die Station heller und sparen Energie. Letzte Arbeiten wie das Ausbessern der Böden laufen noch bis

nutzen und somit auch noch etwas für ihre Gesundheit und die Umwelt tun.

Der neue Radweg zwischen Gewerbe- und Wohngebiet der Gemeinde Veitshöchheim und dem Ortsteil Oberdürrbach der Stadt Würzburg wird zu den Hauptverkehrszeiten sehr rege genutzt. Da es sich bei dieser Straße um einen Wirtschaftsweg handelt, gilt auf dieser Mischverkehrsfläche gegenseitige Rücksichtnahme zwischen der Landwirtschaft, den Radfahrern und den Fußgängern.

Das Radverkehrskonzept der Stadt Würzburg definiert 16 Hauptradachsen, auf denen der Alltagsradverkehr schnell und komfortabel gebündelt werden soll. Zudem soll es vielen Menschen erleichtert werden sicher und schnell an ihren Arbeitsplatz oder anderen gewünschten Orten zu gelangen. □

MVV-Projekt P+R 4.0:

Dynamische Anzeiger für eine verlässliche Auslastungsprognose von P+R-Anlagen

Fahrgäste frühzeitig über die Auslastung von Park-and-Ride-Plätzen informieren und so den Umstieg auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) erleichtern: Das ist das Ziel des Projekts „P+R 4.0“ des Münchner Verkehrs- und Tarifverbundes (MVV) und des Verkehrsverbundes Großraum Nürnberg (VGN), das vom Freistaat Bayern gefördert wird. Dazu konnten nun dynamische Informationsanzeiger an den Pilotstandorten im MVV an den Bahnhöfen Grafing Stadt, Grafing Bahnhof, Petershausen und Studententadt in Betrieb genommen werden. Im Gebiet des VGN wurden die Parkplätze an den S-Bahnhalten Roßtal und Petersaurach-Nord mit Detektionsanlagen und Anzeigern ausgestattet.

Die Idee des Projektes „P+R 4.0“ ist es, an ausgewählten Park-and-Ride-Anlagen die Zufahrten zu erfassen, um daraus in einem zentralen Hintergrundsystem Belegungsprognosen zu entwickeln. Diese Prognosen fließen in die Fahrgastauskunft ein und erleichtern den Umstieg vom Auto auf den ÖPNV. Zusätzlich informieren dynamische Anzeiger vor Ort über die aktuell freien Kapazitäten.

Bayerns Verkehrsministerin Kerstin Schreyer freut sich, dass die Anlagen in Betrieb gehen: „Auch beim Parken denken wir an die Zukunft. Es macht Sinn, wenn wir die vorhandenen Parkflächen möglichst effektiv nutzen und dabei Autofahrer auch noch zum Umsteigen auf den ÖPNV bewegen. Von Seiten des Freistaats fördern wir das Projekt P+R 4.0 in München und Nürnberg deshalb mit insgesamt einer Million Euro.“

Optimierte Auslastung der Anlagen

„Mit den installierten Info-Anzeigern machen wir auch neue Nutzergruppen frühzeitig auf das P+R-Angebot und die Möglichkeit zum Umsteigen aufmerksam“ so Dr. Markus Haller, Prokurist und Bereichsleiter Konzeption der MVV GmbH. „Bei Überfüllung werden die P+R-Nutzenden direkt und ohne unnötige Parksuchverkehre auf noch freie Parkplätze umgeleitet. Dadurch wird wildes Abstellen von Fahrzeugen in Anwohnerstraßen reduziert und die Auslastung der Anlagen optimiert.“

Der Geschäftsführer des VGN, Andreas Mäder, blickt noch weiter in die Zukunft: „Im endgültigen Ausbauzustand können auch die Navigationssysteme der Pkw auf die Echtzeitdaten zugreifen. Im Falle von Staus oder anderen Behinderungen erhalten Autofahrerinnen und Autofahrer zusätzlich zu den Umleitungsempfehlungen auf der Straße auch den nächsten P+R-Parkplatz mit freien Kapazi-

täten als Alternative angezeigt. P+R ist umweltfreundlich und hilft, unsere Innenstädte vom Pkw-Verkehr zu entlasten.“

In Abstimmung mit den beteiligten Kommunen Petershausen und Grafing sowie der P+R GmbH München (P+R Studententadt) sowie den beiden Standorten im VGN wurden die erforderlichen Maßnahmen geplant. Dann wurden Förderanträge und Ausschreibungen erstellt und in den letzten Monaten Detektionseinrichtungen und Informationsanzeiger installiert, die nun in Betrieb gehen konnten. Diese Installationen sind Grundlage für die Erfassung der Auslastung und eine verlässliche Belegungsprognose in den Auskunftssystemen des MVV.

Von den im Rahmen des Projektes „P+R 4.0“ installierten Sensoren werden an den Anlagen im MVV insgesamt über 2.500 Stellplätze detektiert. Für die Erfassung und Aufbereitung der Daten und die schlussendliche Erstellung von Prognosen für unterschiedliche Tagestypen (wie Werktage, Feiertage, Ferien, etc.) wurde ein entsprechendes Hintergrundsystem erarbeitet. Neben den Echtzeitdaten der genannten P+R-Anlagen sowie weiterer zehn Anlagen, die schon heute detektiert werden, gehen auch Zählraten der noch nicht dynamisch erfassten Parkplätze im MVV in dieses System ein.

Die P+R-Belegungsprognose wird außerdem in den Auskunftssystemen des MVV (im Web unter mvv-auskunft.de bzw. in der MVV-App für Android und iOS) zur Verfügung stehen. Sie ergänzt die Suche nach Verbindungen und P+R-Fahrten, die sowohl in der MVV-Auskunft im Internet als auch – jetzt neu – in der MVV-App enthalten ist, um zusätzliche Informationen. Das System kann dann nicht nur für die allgemeine Reiseplanung vorab, sondern auch kurzfristig unterwegs genutzt werden. Die Daten sollen außerdem in die zentrale Mobilitätsdatenplattform des Freistaats integriert werden. □

Neue Fahrradgarage in Würzburg

„Aus drei Pkw-Stellplätzen werden an dieser Stelle 32 überdachte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und E-Bikes“, freut sich Baureferent Benjamin Schneider über die bereits 5. Fahrradgarage in der Würzburger Innenstadt. Die Turmgasse wird somit auch zu einer vollständigen Mobilstation. Hier sind Leihräder, Carsharing, Ladestation und Radabstellplätze auf engstem Raum miteinander sinnvoll verzahnt. Der Standort der Station weist des Congress Centrums ist an stark befahrene Verkehrsachsen angebunden.

Vor Ort erläuterten Werner Eirich vom Fachbereich Hochbau und Tiefbau-Chefin Annette Messerer, dass die Realisierung der Garage durch die Verwendung und Anpassung von Serienmodulen gegenüber den ersten Prototypen viel günstiger geworden ist. 40.000 Euro kostet die aktuelle Ausführung mit zwei einander zugewinkelten Garagenhälften, die auf jeweils zwei Ebenen die Räder beherbergen. Gasfedern in den Halterungen mit ausziehbaren Führungsschienen unterstützen das Anheben gerade von schweren Pedelec-Modellen. □

VDV fordert Rettungsschirm und Planungssicherheit

Bus- und Bahnunternehmen müssen aufgrund der aktuell bereits laufenden vierten Corona-Infektionswelle auch im kommenden Jahr mit Einnahmerückgängen in Milliardenhöhe rechnen. Darauf hat das Präsidium des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) hingewiesen. Der Verband fordert daher von Bund und Ländern, den Rettungsschirm zur finanziellen Unterstützung der Branche weiterhin aufgespannt zu lassen, um die prognostizierten Verluste auszugleichen.

Wie Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff erklärte, „fahren die Unternehmen, wie politisch gewünscht, immer noch nahezu 100 % des Angebots bei aktuell 70 bis 80 % der üblichen Fahrgastzahlen. Wenn wir davon ausgehen, dass die Nachfrage in den kommenden Wochen und Mo-



Oliver Wolff.

Bild: VDV

naten auf diesem Niveau bleibt oder sogar wieder leicht sinkt, dann fehlen der Branche im kommenden Jahr zwischen 1,5 und 1,7 Milliarden Euro an Fahrgeldeinnahmen. Dafür brauchen wir eine Lösung.“

Laut VDV-Präsidium besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens, dass dem ÖPNV eine zentrale Aufgabe beim Klimaschutz im Verkehr zugeordnet

sei. Ein starkes ÖPNV-Angebot auf Schiene und Straße sei dafür Voraussetzung. „Wenn aber die Verluste für die Branche unverschuldet in die Milliarden gehen, dann drohen am Ende sogar Angebotseinschränkungen im Nahverkehr. Das darf nicht passieren und kann auch nicht verkehrspolitisches Ziel von Bund und Ländern sein“, machte Wolff deutlich.

Mobilitätswende vor Ort

Planungssicherheit für die Mobilitätswende vor Ort lautet die Devise. Mit Blick auf einen sehr hohen Andrang bei den E-Bus-Bestellungen betonte VDV-Vizepräsident Werner Overkamp: „Die Branche hält Wort und hat die Mobilitätswende vor Ort, in den Städten und Gemeinden, kraftvoll vorbereitet. Sind wir bisher davon ausgegangen, dass wir jährlich etwa 1.000 neue E-Busse auf Deutschlands Straßen sehen werden, können wir mit Blick auf die weitaus höhere Zahl an geplanten Fahrzeug-Neubestellungen diese wohl bald erfreulicherweise nach oben korrigieren.“ Das seien, so Overkamp, sehr gute Signale für die Dekarbonisierung der Flotten in Deutschland, um die CO₂-Emissi-

onen der Busse nochmals zu senken. Allerdings drohe jetzt eine Überzeichnung der Fördermittel.

„Wir machen uns Sorgen, dass einige Verkehrsunternehmen ihre Bestellpläne wieder rückgängig machen könnten, wenn sich abzeichnet, dass die Fördermittel des

Bundes möglicherweise nicht ausreichen oder nicht kurzfristig bereitgestellt werden und etwa kleinere Unternehmen weniger stark berücksichtigt werden“, stellte Overkamp fest. „Wir brauchen deutschlandweit Planungssicherheit, um das Tempo in den großen Städten wie im ländlichen Raum hochzuhalten.“ Mit den gesetzten Zielen – 22,5 Prozent E-Busse bei Neubeschaffungen – umzusetzen – setze sich die ÖPNV-Branche an die Spitze des Transformations-

prozesses des Verkehrssektors.

Verkehrswende nur mit mehr Schienenverkehr

Im Zuge der laufenden Koalitionsverhandlungen haben die Bahnverbände, darunter der VDV, nochmals dazu aufgerufen, ihre gemeinsamen Kernforderungen zu berücksichtigen. Von übertragender Bedeutung für Deutschland sei die Erreichung der Klimaschutzziele bis 2030, was im

Verkehrssektor nur mit mehr Schienenverkehr gelingen könne. Die Branche müsse mit Blick auf die Klimaschutzziele die Fahrgastzahlen im Personenverkehr in diesem Jahrzehnt verdoppeln und den Marktanteil im Güterverkehr auf mindestens 25 Prozent erhöhen. Es gelte, die Infrastruktur für den Deutschlandtakt auszubauen, die Digitalisierung der Schiene voranzutreiben und die Verkehrswende zu forcieren. Schließlich bedeute mehr Verkehr auf der Schiene mehr Lebensqualität für alle: weniger Staus, weniger Abgase, weniger Flächenverbrauch und weniger Verkehrstopfer.

Zwar seien vor allem in der vergangenen Legislaturperiode die finanziellen Mittel für den Eisenbahnsektor deutlich aufgestockt worden, jedoch sei es erforderlich, dass die künftige Bundesregierung das Tempo jetzt weiter erhöht und der Schiene Priorität einräumt, heißt es. Alle Parteien hätten sich vor der Wahl für eine Stärkung der Schiene ausgesprochen. In den bisher veröffentlichten Ergebnissen der Gespräche zwischen SPD, Grünen und FDP sei bezüglich der Stärkung des Eisenbahnverkehrs aber noch viel Luft nach oben, monieren die Bahnverbände. **DK**

LEW E-Mobility-Team setzt bislang größten Einzelauftrag um

Die Akkus von E-Bike und Smartphone auch unterwegs an einer Akkuladestation einfach und komfortabel nachladen – immer mehr Kommunen und Unternehmen wollen ihren Bürgerinnen und Bürgern, Gästen und Mitarbeitenden die Möglichkeit dazu bieten. Aktuell zum Beispiel die Mitgliedskommunen der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK) Sachsen-Anhalt: Seit kurzem bieten sie an insgesamt 52 Standorten eine öffentlich zugängliche Möglichkeit zum „Aufladen zwischendurch“. Die Ladestationen für Fahrradakkus und elektronische Kleingeräte wurden von der LEW Netzservice GmbH gemeinsam mit der LEW Verteilnetz GmbH, beides Tochterunternehmen der Lechwerke, entwickelt und hergestellt. Die über fünfzig Akkuladestationen sind der bisher größte Einzelauftrag des LEW E-Mobility-Teams im Bereich E-Bike Ladestationen.

Die LEW-Akkuladestationen haben eine Standfläche von lediglich rund 30 mal 50 Zentimeter. Jede der rund etwa 1,8 Meter hohen Ladesäulen stellt vier verschließbare Boxen zur Verfügung. Hier können E-Fahrradfahrerinnen und -fahrer ihren Akku und ihr Ladegerät einlegen und an die integrierte Steckdose anschließen. Zusätzlich ist jede Box mit einer zweiten Steckdose und einem USB-Ladeanschluss zum gleichzeitigen Laden von Smartphones, Tablets oder Kamera-Akkus ausgestattet. Die elektrolytisch verzinkten und lackierten Gehäuseflächen wer-

den in den Augsburger LEW-Werkstätten gefertigt und individuell nach Kundenwunsch foliert. Die AGFK Sachsen-Anhalt beispielsweise informiert darauf über ihre landesweite Initiative „Fahrrad-Land Sachsen-Anhalt“.

„Mit ihrer gemeinsamen Aktion zur Inbetriebnahme der E-Bike-Ladestationen leisten die Mitgliedskommunen der AGFK Sachsen-Anhalt einen beispielgebenden Beitrag zur Förderung der umweltfreundlichen Mobilität mit dem Elektrofahrzeug“, erklärt Andreas Remmele, Leiter E-Mobility bei der LEW Netzservice GmbH. „Die über

fünfzig Akkuladestationen sind der bisher größte Einzelauftrag im Bereich E-Bike-Ladeinfrastruktur, den das LEW E-Mobility-Team umsetzen durfte. Aber die individuell für Kommunen oder Unternehmen gefertigten LEW-Ladestationen stehen auch in anderen Regionen immer mehr Akku-Nutzern und -Nutzerinnen zur Verfügung – egal, ob für E-Bike, Smartphone, Tablet oder Kamera.“

Die kompakte Säulenvariante ist nur eine der von den LEW E-Mobility-Experten angebotenen Ladelösungen. Eine andere ist die zwei Meter breite LEW E-Bike-Ladestation mit integriertem Fahrradständer: Bis zu drei E-Bikes finden in Aussparungen des Gehäuses mit dem Vorderrad festen Stand und lassen sich an verschweißten Ösen diebstahlsicher anschließen. Zu jedem Fahrradabstellplatz gehört zudem eine geräumige, abschließbare Box. Neben Akku-Ladegerät und Smartphone kann hier beispielsweise auch der Fahrradhelm sicher untergebracht werden. Einen Extra-Service bietet ei-

ne weitere Variante der LEW-Ladestationen – die DC-Akkuladestation mit Schrankkorpus: In den drei abschließbaren Boxen sind hier die Ladekabel inklusive Netzteil für die gängigsten Modelle von E-Bike-Akkus bereits integriert. Der Ladeservice lässt sich also auch ohne eigenes Ladegerät nutzen. Zudem stellt das Technikerteam in den LEW-Werkstätten auch Sonderlösungen her – ganz nach Wunsch und Anforderung von Kommune oder Unternehmen. **□**

Der Freistaat Bayern macht's möglich.

Bayern
Fahrplan

BAYERN-FAHRPLAN DIE BESTEN VERBINDUNGEN DURCH BAYERN FINDEN

Mit dem Bayern-Fahrplan als kostenloser App auf Ihrem Smartphone haben Sie alle Verbindungen in Echtzeit für Bus und Bahn zu sämtlichen Stationen im Freistaat sofort bequem zur Hand! Mehr unter www.bayern-fahrplan.de



Jetzt gleich als
kostenlose App herunterladen:

Erhältlich im
App Store

ANDROID APP ON
Google play

Bahmland
Bayern

BRINGT DICH
VORWÄRTS

Deutlicher Appell beim 4. Wasserforum Oberpfalz:

Tiefengrundwasser erhalten und fördern

Wieder in Präsenz fand jüngst das vierte Wasserforum Oberpfalz statt, diesmal zum Thema „Herausforderungen und Strategien in der Wasserversorgung“. Referenten aus dem kommunalen Bereich, von Wasserversorgern, des Bayerischen Landesamtes für Umwelt und aus der Industrie informierten über die aktuellen Gegebenheiten bzw. konkrete Konzepte und Ansätze.

„Das Thema ist hochaktuell“, stellte Regierungspräsident Axel Bartelt in seiner Begrüßung im Spiegelsaal der Regierung angesichts der Klimaentwicklung fest. Er freute sich über die Teilnahme von rund 80 Personen aus den Kommunen, der Wasserwirtschaft und Wasserversorger sowie aus der Landwirtschaftsverwaltung und des Bauernverbandes. „Wir müssen Hand in Hand für den Grundwasserschutz arbeiten. Der hohe Standard ist nicht selbstverständlich. Das Grund- und Trinkwasser ist endlich und wertvoll. Wir müssen diesen guten Status Quo erhalten“, forderte der Regierungspräsident.

Besonders blickte er auf die Wasserschutzgebiete, die intakt sein müssten, um gutes Trinkwasser zu liefern. In diesem Kontext verwies er auch auf unversehrte

Kanäle und die zuletzt deutlich zurückgehende Grundwasserneubildung. Kooperation mit der Landwirtschaft, Beratung und Förderung durch staatliche Stellen, ein sorgsamer Umgang mit Wasser seitens der Industrie und – letztlich – Engagement jedes einzelnen Bürgers waren Bartelts vorgeschlagene Bausteine für den Grundwasserschutz.

Diese Aspekte nahm Dr. Juliane Thimet, Stellvertreterin des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds im Bayerischen Gemeindegtag, in ihrem Vortrag „Wasserversorgung als kommunale Pflichtaufgabe im Spannungsfeld wachsender Nutzungskonkurrenz“ auf: Trockenheit, Starkniederschläge, Wassermangel usw. Sie rief die von Ministerpräsident Dr. Markus Söder im September 2020 einberufene „Expertenkommission

on Wasser“ in Erinnerung, die nun ein erstes Gutachten vorgelegt hat. Thimet brachte das Ergebnis auf den Punkt: „Die Fläche ist der maßgebliche Faktor“, der Boden als Grundelement für die Wasserneubildung.

Expertenkommission benennt Defizite

Die Referentin kritisierte das Fehlen des Begriffs „Tiefengrundwasser“ im Gutachten, ebenso das Fehlen der kommunalen Spitzenverbände in der Kommission. Die Expertenkommission habe Defizite bei der Landwirtschaft (z.B. plattgewalzte Böden), zu kleine Wasserschutzgebiete, technische Mängel bei Anlagen von Kommunen (z.B. Talsperren) und zum Teil zu kleine Strukturen bei der Wasserversorgung benannt. Mehr interkommunale Zusammenarbeit und der Erhalt der Wasserkompetenz in kommunaler Hand seien nötig. Darüber hinaus müssten die Vertreter aus Verwaltung und Planung zum Dialog an einen Tisch geholt wer-

den. Einen Aspekt unterstrich die Referentin nochmals: den Schutz des Tiefengrundwassers, der eisernen Wasserreserve.

Keine Entwarnung

Hier setzte Dr. Benjamin Kopp vom Bayerischen Landesamt für Umwelt in seinem Referat „Klimawandel und aktuelle Grundwassersituation in der Oberpfalz“ an. Trotz eines verregneten Sommers 2021 gibt es für Kopp „keine Entwarnung beim Grundwasser“. Auch in der Oberpfalz sei eine Temperaturzunahme (ca. 1,30° Celsius) und eine Abnahme der Niederschläge festzustellen – mit Konsequenzen für das Grundwasser und dessen Neubildung. Die niedrigsten Werte der letzten 20 Jahre bei den Messstellen seien 2020 erreicht worden, der nasse Sommer 2021 werde keine nennenswerte Erholung bringen. Angesichts des weiteren Anstiegs der Temperaturen hält Kopp Anpassungsmaßnahmen und Managementstrategien für alle Grundwassernutzungen für sinnvoll.

Die Herausforderungen in der Wasserversorgung erläuterte am Beispiel der REWAG Vorstandsvorsitzender Dr. Torsten Briegel. Besonders die Lage der Einrichtungen zur Wassergewinnung in Überschwemmungsgebieten erfordere adäquate Strategien: Hochwasserschutz für die Anlagen, technische Verbünde, Erschließung neuer Gebiete zur Wassergewinnung, Vermeidung bzw. Verringerung von Stickstoff/Nitrat. Außerdem sei die Erneuerung der Netzinfrastruktur nötig.

Einen interessanten Einblick, wie sich durch kommunales Engagement Hand in Hand eine zukunftssichere Wasserversorgung aufbauen lässt, bot Alwin Märkl, 1. Bürgermeister der Gemeinde Freudenberg, mit seinen Ausführungen zur Kooperation zwischen Wasserversorgern – konkret zum „Wasserpakt“ zwischen seiner Kommune und den Stadtwerken Amberg. „Durch innovative Ideen konnte man zusammenfinden. Wir sind auf Augenhöhe unterwegs, der Vertrag bietet Vorteile für beide Partner“, bilanzierte Märkl.

Den Umgang mit Kanälen in Wasserschutzgebieten, deren Sichtung und Prüfung sowie die Aktion „Schau auf die Rohre“ stellte Hardy Loy vom Bayerischen Landesamt für Umwelt vor. Einen interessanten Beitrag aus der Industrie zum Grundwasserschutz lieferte Ulrich Schäfer, Head of Corporate Safety and Security bei der Krones AG, zum Thema „Ressourcenschonender Umgang mit Wasser im Betriebsablauf der Krones AG“. Eine „konsequente Nachhaltigkeit“ sei, so Schäfer, eine Grundmaxime des Unternehmens.

Markus Bauer

men privilegiert werden sollen“, erklärt Detlef Fischer. Sollte der Wassercent dennoch eingeführt werden, müssen die möglichst unbürokratisch erhobenen Mittel zielgerichtet für Maßnahmen zur Sicherstellung und zum Schutz der Trinkwasserressourcen eingesetzt werden.

Wasser geht uns alle an!

„Wir müssen die Versorgung mit Trinkwasser jetzt nachhaltig sichern, nicht nur für uns, sondern vor allem auch für künftige Generationen“, mahnt Detlef Fischer. Das gemeinsame Ziel muss eine nachhaltige Nutzung unserer Wasserressourcen sein, im privaten Bereich, aber vor allem auch in der Landwirtschaft und der Industrie. Dazu muss die Bevölkerung für den Wert des Wassers und einen sorgsamen Umgang mit dieser kostbaren Ressource verstärkt sensibilisiert werden. Das müsste doch auch ohne eine künstliche Verteuerung des Wassers hinzubekommen sein. □



Dr. Juliane Thimet bei ihrem Vortrag. In der vorderen Reihe Mitarbeiter der Regierung der Oberpfalz, Referenten der Veranstaltung und (Dritter von links) Regierungspräsident Axel Bartelt. Bild: Markus Bauer

Hochwasserschutz an Donau, Main und Alz

In Zeiten des Klimawandels ist Hochwasserschutz eine zentrale Zukunftsaufgabe. Im Rahmen des laufenden Gewässer-Aktionsprogramms baut der Freistaat an Donau, Main und Alz den Hochwasserschutz weiter aus. Der Startschuss durch Umweltminister Thorsten Glauber erfolgte für Projekte im Polder Sand-Entau (Landkreis Straubing-Bogen), in Hallstadt-Dörfleins (Landkreis Bamberg) und in Burgkirchen a. d. Alz (Landkreis Altötting).

Der sanfte Donauausbau ist Bayerns größtes Hochwasserschutzprojekt. Beim offiziellen Spatenstich zum Hochwasserschutz im Polder Sand-Entau betonte Umweltminister Glauber: „Die Donau ist die Lebensader Bayerns. Gleichzeitig kann sie bei Hochwasser zur Lebensgefahr werden. Der Polder Sand-Entau ist eine Win-Win-Maßnahme: Wir schützen die Menschen vor Ort vor einem 100-jährlichen Hochwasser. Die Baumaßnahme schützt durch den Erhalt von natürlichem Rückhalteraum gleichzeitig auch die Unterlieger. Und auch die Natur wird von dem Projekt profitieren.“

Der Schutz im Donauabschnitt Sand-Entau besteht insbesondere aus Deichrückverlegungen, Deicherhöhungen und Deichneubauten. Die Baumaßnahme hat ein Gesamtvolumen von rund 65 Millionen Euro. Sie wird vom Freistaat Bayern, der Bundesrepublik Deutschland und von den Maßnahmen profitierenden Kommunen Aiterhofen und Irlbach finanziert.

Ringbedeckungen

Der Hochwasserschutz im Polder Sand-Entau ist Teil des Donauausbaus zwischen Straubing und Deggendorf. Kernstück der aktuellen Maßnahme in Sand-Entau bilden die Ringbedeckungen rund um die Siedlungsreiche Hermannsdorf und Ainbrach sowie Sophienhof und Entau. Die geplanten Deichneubauten bzw. -erhöhungen haben eine Gesamtlänge von rund 14 Kilometern. Neben dem Schutz vor einem 100-jährlichen Hochwasserereignis wird dadurch gleichzeitig eine Fläche für rund 12 Millionen Kubikmetern natürlicher Rückhalteraum an der Donau erhalten. Auch in den Poldern Sulzbach, Offenbergl/Metten und Steinkirchen laufen die Arbeiten zum Hochwasserschutz bereits auf Hochtouren.

Auch in Hallstadt-Dörfleins wird mit Hochdruck am Hochwasserschutz der Zukunft gearbeitet. Glauber zufolge werden damit rund 3.600 Menschen und 400 Arbeitsplätze wirksam geschützt. „Ein schöner Nebeneffekt: Auf den erhöhten Deichen kann man künftig radeln und wandern. Und wir schaffen umfangreichen ökologischen Ausgleich, etwa durch 1,5 Hektar neuen Auwald. Hallstadt-Dörfleins gewinnt somit Sicherheit, Ökologie und Freizeitwert.“

Für die Modernisierung des Hochwasserschutzes in Hallstadt-Dörfleins werden die bestehenden Anlagen an Main und Gründleinsbach ertüchtigt. Auf einer Länge von 3,8 Kilometern werden die vorhandenen Deiche erhöht. Rund 540 Meter lang sind die neuen Schutzmauern. Zudem werden vier Pumpwerke, zwei Kleinpumpwerke und eine Flutmulde gebaut. Zu den begleitenden landschaftspflegerischen Maßnahmen gehören beispielsweise eine Baggerseeanbindung zum Main, die Neupflanzung eines Auwalds und die ökologische Gestaltung des Gründleinsbachs. In der Nähe des Mainschlösschens entsteht außerdem eine neue Aussichtsplattform. Die Baufertigstellung ist für 2022 geplant. Die Gesamtkosten für das Projekt betragen rund 12,5 Millionen Euro. Die Stadt Hallstadt beteiligt sich mit etwa 4,7 Millionen Euro, der Freistaat Bayern übernimmt 7,8 Millionen Euro.

Mehr Sicherheit für rund 200 Häuser bedeutet der Bau neuer Hochwasserschutzanlagen in Burgkirchen a.d. Alz. Von dem Dreiklang aus Spundwänden, Hochwasserschutzwänden und Deichen profitiert nicht nur der Ortsteil Hirten. Auch die Unterlieger werden geschützt. Das Konzept zum Schutz des Ortsteils Hirten der Gemeinde Burgkirchen a.d. Alz entwickelte das Wasserwirtschaftsamt Traunstein. Die jetzt abgeschlossene Planung sieht den Schutz vor einem 100-jährlichen Hochwasser vor.

Für den Hochwasserschutz in Hirten wird ein 900 Meter langer Deich mit Innendichtung angelegt. Zwischen Staatsstraße und Siedlungsbereich soll eine Hochwasserschutzwand auf einer Länge von 200 Metern an den Deich anschließen. Das letzte Stück bis zum Walder Mühlbach ist wieder als Hochwasserschutzdeich vorgesehen. Die Länge der gesamten Hochwasserschutzanlage beträgt 1.350 Meter. Daneben sorgt beispielsweise ein neues Bauwerk dafür, dass das auf den Rückhalteflächen befindliche Hochwasser wieder Richtung Alz abfließen kann. Bei der gesamten Planung wurde auf den Erhalt der bestehenden Vegetation geachtet. Die Baufertigstellung ist für 2022 vorgesehen. Die Gesamtkosten für das Projekt betragen drei Millionen Euro. Die Gemeinde Burgkirchen a.d. Alz beteiligt sich mit etwa einer Million Euro, der Freistaat Bayern übernimmt rund zwei Millionen Euro. **DK**

Wasserversorgung in Bayern – Bald ein knappes Gut?

Expertenkommission „Wasserversorgung in Bayern“ sieht großen Handlungsbedarf

Sinkende Grundwasserstände durch niedrige Grundwasserneubildungsraten und Dürresommer sind auch in Bayern längst keine Seltenheit mehr. Der Klimawandel ist spürbar und bedroht auch die dauerhafte Sicherstellung der Wasserversorgung. Die Bayerische Staatsregierung hat deshalb im vergangenen Jahr die Expertenkommission „Wasserversorgung in Bayern“, bestehend aus acht Professorinnen und Professoren, einberufen. Auftrag der Kommission war es, Empfehlungen, Handlungsoptionen und Lösungsansätze für eine sichere Wasserversorgung zu erarbeiten. Der Bericht der Expertenkommission liegt nun vor und belegt deutlich die Auffassung des VBEW: Die leitungsgebundene Wasserversorgung in Bayern steht vor großen Aufgaben.

„Das oberste Ziel der Wasserversorger ist es, für Bürger*innen und Wirtschaft weiterhin eine möglichst bedarfsgerechte Versorgung mit Trinkwasser zu gewährleisten. Dies auch künftig sicherzustellen ist ein Job für Profis und kann nicht mal so eben im Nebenamt erledigt werden“, stellt Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW mit Blick auf die teils sehr kleinteilige Wasserversorgungsstruktur in Bayern fest.

Wasser wird mancherorts knapp (werden)

Der Klimawandel wirkt sich unter anderem zunehmend auf die Niederschlagsmengen und -verteilung aus. Das hat Folgen für die Grundwasserneubildungsraten. Seit mehreren Jahren sind in einigen Regionen Bayerns sinkende Grundwasserpegelstände festzustellen. Die Expertenkommission postuliert, dass durch abnehmende Grundwasserneubildungs-

raten in wasserarmen Regionen Bayerns, mittelfristig Anpassungsmaßnahmen, beispielsweise auch mit dem Ausbau und Neubau von Talsperren, erforderlich werden. Die Wasserversorger müssen ihre Vorsorge- und Versorgungsstrategie daran ausrichten. Die strukturellen Bedingungen der Wasserversorgung in Bayern erschweren diese notwendigen Anpassungsmaßnahmen.

Die besonders kleinteilige Wasserversorgungsstruktur in Bayern hat neben Vorteilen – wie der räumlichen Begrenzung von Schadensereignissen – aufgrund der ständig steigenden technischen und administrativen Anforderungen eben auch Nachteile. Es gilt daher, durch geeignete Formen der Kooperation (z. B. durch interkommunale Zusammenarbeit) die Vorteile der vorhandenen Struktur mit den Anforderungen an eine effiziente und zunehmend komplexere Wasserwirtschaft zu kombinieren. Wasserschutzgebiete zügig und adäquat ausweisen Bayern setzt im Vergleich zu ande-

ren Bundesländern auf vergleichsweise kleine Wasserschutzgebiete, unter der Prämisse des allgemeinen flächendeckenden Grundwasserschutzes. In der Folge sind im Bundesdurchschnitt 12 % der Landesfläche als Wasserschutzgebiete ausgewiesen, in Bayern sind es weniger als 5 %. Dazu kommt, dass dauerhaft mehrere hunderte Verfahren zur Überprüfung und Neuausweisung von Schutzgebieten offen sind.

Um auch zukünftig einen anforderungsgerechten Trinkwasserschutz gewährleisten zu können, müssen diese Verfahren zügiger abgeschlossen werden. „Wie will ein Land in 19 Jahren klimaneutral werden, wenn es durchschnittlich schon acht Jahre benötigt, um ein Wasserschutzgebiet auszuweisen“, fragt sich Detlef Fischer. Ebenso gilt es, die Ressource Wasser vor einer zunehmenden Flächen- und Rohstoffnutzungs Konkurrenz zu schützen. Gewerbliches, land- und forstwirtschaftliches Bauen ist in Wasserschutzgebieten zu vermeiden. Auch diese Forderungen des VBEW unterstützt die Expertenkommission in ihrem Gutachten. Nur durch adäquate Wasserschutzgebiete kann die Ressource Wasser dauerhaft vor anthropogenen Einflüssen geschützt werden.

Wassercent mit zweifelhafter Lenkungsfunction

Auf Vorschlag der Expertenkommission und mit Ankündigung des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung vom 21.07.2021, soll in Bayern der sogenannte Wassercent eingeführt werden. Ein Wasserentnahmeentgelt, über das eine Lenkungsfunction hin zu einem sorgsameren Umgang mit der Ressource Wasser erwirkt werden soll. „Grundsätzlich stehen wir der Einführung eines Wassercent kritisch bis ablehnend gegenüber und zweifeln vor allem die angestrebte Lenkungsfunction, hin zu einem sorgsameren Umgang mit der Ressource Wasser, an.“

Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass besonders intensive Wassernutzer wie die Landwirtschaft und vermutlich auch die Industrie durch Ausnah-

wortlich sind. Diese Kosten sind erheblich: Bei einer flächendeckenden Einführung der vierten Reinigungsstufe in Deutschland, wie sie derzeit in den Koalitionsverhandlungen diskutiert wird, können auf die Bürger Mehrbelastungen von bis zu 20 Prozent zukommen. Das wäre zum einen unsozial und bedeutet zum anderen für die Hersteller eine „Lizenz zur Verschmutzung.“ □

Novellierung der Abwasserabgabe

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) kritisiert Überlegungen in den derzeit laufenden Koalitionsverhandlungen zur Einführung einer flächendeckenden vierten Abwasserreinigungsstufe, die über eine novellierte Abwasserabgabe finanziert werden soll. Damit würde das Verursacherprinzip mit Blick auf Gewässerverunreinigungen mit Füßen getreten.

Hierzu erläutert Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführung Wasser/Abwasser: „Mit einer Novellierung der Abwasserabgabe müssten Bürgerinnen und Bürger unabhängig vom Einkommen allein die Kosten für die Einführung zusätzlicher Reinigungsstufen in der Abwasserentsorgung zahlen, obwohl sie für die Herstellung der zu entfernenden Stoffe ursächlich nicht verant-

Bauministerium und Wasserwacht-Bayern:

Unterstützung für Kommunen beim Schwimmunterricht

120 Millionen Euro Förderung für Sanierung der bayerischen Schwimmbäder

Bayerns Bauministerin Kerstin Schreyer und der Landesvorsitzende der Wasserwacht-Bayern, Thomas Huber, unterstützen die Kommunen dabei, Schwimmunterricht anzubieten. „Die flächendeckende Versorgung mit Schwimmbädern ist die grundlegende Voraussetzung, dass Kinder und Jugendliche gefahrlos das Schwimmen erlernen können. Insbesondere für kleine und mittlere Kommunen ist es häufig finanziell eine große Herausforderung, ihre Schwimmbäder zu sanieren und zukunftsfähig herzurichten“, betont die Bauministerin. Der Freistaat stehe dabei jedoch eng an der Seite der Städte und Gemeinden.

Laut Schreyer „haben wir im Sonderprogramm Schwimmbadförderung aktuell noch Fördergelder, mit denen wir die Kommunen bei der Erfüllung dieser Herausforderung unterstützen können. Ich lade daher die Kommunen ein, sich mit den jeweiligen Bezirksregierungen für erste Sanierungsgespräche in Verbindung zu setzen.“

Thomas Huber, Landesvorsitzender der Wasserwacht-Bayern: „Der Bädererhalt in Bayern ist essenziell für das überlebensnotwendige Schwimmen lernen. Nur mit ausreichend vorhandenen Schwimmbadkapazitäten können Schwimmkurse stattfinden. Die Corona-Pandemie hat eine große Lücke bei der Schwimmfähigkeit der Kinder hinterlassen. Ohne die notwendigen Schwimmflächen, können wir die große Nachfrage an Schwimmkursen nicht bewäl-

tigen - unsere Ausbilderinnen und Ausbilder der Wasserwacht-Bayern stehen jedenfalls bereit.“

Sonderprogramm

Die schwierige Situation vieler kommunaler Bäder ist der Bayerischen Staatsregierung bewusst. Im Sonderprogramm Schwimmbadförderung wurden im Jahr 2019 daher insgesamt 120 Millionen Euro für die Sanierung kommunaler Bäder bereitgestellt. Förderfähig sind alle Bäder, die in keinem anderen staatlichen Programm gefördert werden können und in denen Schulschwimmen oder Schwimmkurse angeboten werden. Insbesondere Freibäder können so gefördert werden. Das Programm läuft vorerst bis Ende 2024, im laufenden Jahr stehen noch ausreichend Mittel

zur Verfügung. Die Bezirksregierungen wickeln das Programm ab und beraten die Kommunen zur Sanierung ihrer Bäder und zur Antragsstellung.

Die Förderung beträgt bis zu 55 Prozent der Sanierungskosten

Mehr Freiheit für die Fische in der Baunach

Der WWF Deutschland hat in Zusammenarbeit mit dem Wasserwirtschaftsamt Kronach das „Leucherhof“-Wehr an der Baunach entfernt. Trotz ihres teilweise unberührten Verlaufs leidet die Baunach unter Sedimenteinträgen aus den umliegenden Feldern und der Zerschneidung durch Querbauwerke.

Das „Leucherhof“-Wehr wurde früher zur Be- und Entwässerung von Wiesen genutzt. Eigentlich hätte der ursprüngliche Besitzer, eine Wiesenbewässerungsgenossenschaft, das Wehr abbauen müssen, nachdem es nicht mehr benötigt wurde. Aber die Genossenschaft war schon lange nicht mehr aktiv und konnte daher kein Geld investieren, um der Natur ein Stück Freiheit zurückzugeben.

Mitte September begannen daher die vom Wasserwirtschaftsamt in Auftrag gegebenen und vom WWF Deutschland finanzierten Baggerarbeiten im Fluss. Walter Haderlein vom WWA Kronach erklärte hierzu: „Das Wehr hatte keinen Nutzen mehr und so konnten wir es in Zusammenarbeit mit dem WWF entfernen.“ Stein für Stein wurde abgetragen, bis die Barriere verschwunden war, und das Wasser nach fast 150 Jahren wieder frei fließen konnte. Was für ein Gefühl der Freiheit! Freiheit für den Fluss, der sich frei entfalten kann. Freiheit für die Fische, die nun wieder ungehindert wandern können. Und auch die Menschen, die jetzt am Ufer des Flusses sitzen und die natürlichen Veränderungen des Lebensraumes und seine Wechselwirkung mit der Aue beobachten können profitieren von der Maßnahme. „Es ist sehr wichtig einmal die Themen „Gewässer- und Fischökologie“ in die Öffentlichkeit zu bringen“, erklärte Dr. Thomas Speierl von der Fischereifachberatung des Bezirks Oberfranken, welcher ebenfalls die Maßnahme ausdrücklich befürwortete.

Man darf gespannt sein, wie

ten von Schwimmbecken, Umkleiden und Technikbereichen, je nach finanzieller Leistungsfähigkeit der jeweiligen Kommune. Bei einer Kommune mit durchschnittlicher Leistungsfähigkeit wird ein Viertel der förderfähigen Kosten übernommen. Interkommunale Lösungen können einen Förderbonus von 10 Prozent erhalten. Auch Rückbauten und Flächenreduzierungen, die die Unterhaltskosten senken, werden gefördert, nicht aber Sauna- und Gastronomiebereiche oder reine Sprung- und Wellenbecken. □

Gesunder Boden bringt gutes Grund- und Trinkwasser

Feldtage der Kooperation
Trinkwasserschutz Oberpfälzer Jura

Der Boden- sowie der Trink- und Grundwasserschutz standen im Zentrum der drei Feldtage 2021, die in den Gemeinden Maxhütte-Haidhof und Hemau die Kooperation Trinkwasserschutz Oberpfälzer Jura anbot. Landwirte, Vertreter von Wasserversorgern und der Landwirtschaftsämter wohnten dabei den Vorträgen und den Präsentationen auf den Feldern der drei Projektbetriebe bei.

Der 1. Vorsitzende der Kooperation, Franz Herrler, wies auf die künftige und ab 2023 verbindliche Trinkwasserverordnung hin, die mehr Untersuchungen nötig machen wird. Ebenso betonte er die Bedeutung des Bodens – unter anderem auch für die Grundwasserneubildung.

Ein ausgewiesener Boden-Fachmann, Dipl.-Agraringenieur Christoph Felgentreu (Mitglied des Vorstands in der IG gesunder Boden e.V.), beleuchtete den neuen Kooperationsvertrag aus fachlicher Sicht. Er ging besonders auf den Bodenschutz und die erweiterte Bodenuntersuchung als Werkzeug für die Landwirtschaft und den Grundwasserschutz ein. Die Ziele seien nur „gemeinsam mit allen Landwirten“ erreichbar, wobei „die individuellen Bedürfnisse und Besonderheiten der Betriebe“ zu berücksichtigen seien und alle Beteiligten voneinander lernen könnten.

Felgentreu verwies auf die unterschiedlichen geologischen Gegebenheiten und Naturräume, auf den Kohlenstoff und dessen Bedeutung und auf den Bodenaufbau bzw. dessen Entwicklung. „Der Boden ist ein Organismus, der atmet. Ohne Bodenbearbeitung geht Landwirtschaft nicht“, gab er quasi als Maxime vor. Neben der Behandlung durch den Menschen sei aber auch die Natur, die „Arbeit“ der Tiere im Boden, wichtig – etwa für den Humusaufbau. Angesichts der Reduzierung chemischer Produkte gewinne die natürliche Abwehr von Pflanzen gegen Schädlinge an Bedeutung, ebenso die Optimierung des Nährstoffmanagements (z.B. durch geeignete Zwischenfrüchte), eine dichtere Durchwurzelung des Bodens und die Reduzierung von Umweltbelastungen.

Als zentral sieht der Ingenieur die biologischen Prozesse im Boden („Pilze fördern, Humus-Aufbau reduzieren!“) und den Einsatz entsprechender Technik (pfluglose Systeme). Als weiteren Grundsatz schrieb er den Zuhörern „Qualität vor Ertrag“ ins Stammbuch. „Ein langer Atem ist nötig“, fasste Felgentreu zusammen und motivierte zu einer stärkeren

Be(ob)achtung des Bodens. Die beim Beratungskonzept der Kooperation zu berücksichtigenden einzelbetrieblichen Besonderheiten beleuchteten Martin Prey und Christian Fuchsgruber von der BBV LandSiedlung GmbH. Dies betraf Aspekte der Landbeschaffenheit und Naturschutzaufgaben. „Wir raten, mit kleineren Flächen zu beginnen“, gab Prey als Tipp. Sein Kollege Fuchsgruber rückte die Bodengare, also den Idealzustand eines fruchtbaren Bodens, in den Mittelpunkt, aber auch die Regenwürmer sowie für die Neubildung von Grundwasser wichtige Faktoren (Zwischenfrucht, Versickerung, Bodenbedeckung, usw.). „Das Ziel muss ein sauberes Grundwasser sein“, schloss Fuchsgruber.

Über die hydrogeologischen Zusammenhänge informierten Diplom-Geologin Evi Anders und Diplom-Agraringenieur Felix Schmitt. Anhand des im zweiten Teil besuchten Feldes beschrieben sie die Lage der Brunnen, die enge und weitere Wasserschutzzone, die örtlichen Besonderheiten (Karstgebiet, Dolinen, Oberflächenabfluss und -entwässerung) und gaben erste Ratschläge für die Bodenbearbeitung.

Den Praxisteil begleiteten wir auf dem Feld des Musterbetriebs von Josef Höss, der in Grafenstadel (Stadt Hemau) 50 Hektar (davon 30 Hektar Acker) bewirtschaftet. Seit zwei Jahren hat er auf biologische Landwirtschaft umgestellt und damit auch die Bearbeitung seiner unterschiedlichen Böden etwas verändert. Bei den Zwischenfrüchten waren seine Erfahrungen noch etwas durchwachsen. Die Gegebenheiten eigneten sich aber gut für pH-Wert-Messungen von Bodenproben mit Erläuterung der chemischen Struktur sowie Düngervorschlägen. Ein Katalasetest (Bakterienkulturen) stand ebenso auf dem Programm wie der Ringtest (Versickern von Wasser). Außerdem wurde der aktuelle Stand der drei hier angesäten Zwischenfrucht-Mischungen, welche die Kooperation selbst im Angebot hat, in Augenschein genommen.

Markus Bauer

Abwasser-Innovationspreis 2022: jetzt bewerben!

Die optimale Reinigung von Abwasser und die Sanierung von Kanälen sind ein großes Anliegen des Freistaats. Für die Entwicklung und den Einsatz neuer Technologien und Verfahren wird jetzt unter der Schirmherrschaft von Umweltminister Thorsten Glauber zum sechsten Mal der Abwasser-Innovationspreis ausgelobt. Gesucht werden innovative Verfahren und zukunftsweisende Konzepte zur Abwasserentsorgung in ganz Bayern.

Mit dem Abwasser-Innovationspreis 2022 können Projekte ausgezeichnet werden, die noch nicht begonnen wurden, deren Realisierung bereits absehbar ist und für die keine weitere Förderung beantragt ist. Gemeldet werden können innovative Verfahren aus den Bereichen Kanalsanierung, Misch- und Regenwasserbehandlung, Erhöhung der Energieeffizienz auf Kläranlagen, Energiegewinnung aus Abwasser, Ertüchtigung von Kläranlagen im ländlichen Raum, weitergehende Abwasserreinigung in Kläranlagen und Projekte zum weitgehenden Regenrückhalt in Siedlungsgebieten („Schwammstadt“).

Interessierte Bewerber können bis zum 1. Juli 2022 Wettbewerbsunterlagen einreichen. Bis zu fünf Teilnehmer können eine baubegleitende Förderung über insgesamt bis zu drei Millionen Euro erhalten. Zusätzlich können bis zu fünf Vorschläge mit insgesamt bis zu 20.000 Euro prämiert werden. Die Planer der ausgezeichneten Projekte erhalten eine Anerkennungsprämie. Weitere Infos: <http://www.wasser.bayern.de> □

Ganz Bayern –
bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

IHR LOKALER
NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

TV BAYERN
LIVE

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE
NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

Jahrestagung des bvse:

Recycling ist gelebter Klimaschutz

Mehr als 350 Unternehmer kamen auf der bvse-Jahrestagung in Marienfeld/Ostwestfalen-Lippe zusammen, um sich mit der Zukunft der Recyclingbranche zu befassen. „Wir stehen vor einer Zeitenwende. Recycling ist gelebter Klimaschutz und eine erfolgreiche Volkswirtschaft kann nur als nachhaltige Kreislaufwirtschaft Zukunft haben. Die Recycling-, Sekundärrohstoff- und Entsorgungswirtschaft kann hier einen großen Beitrag leisten“, beschrieb der neugewählte Verbandspräsident Henry Forster seine Motivation für die Arbeit der kommenden Jahre.

Für Forster, der die Nachfolge von Bernhard Reiling antrat, der den mit 980 Mitgliedsunternehmen größten Recycling- und Entsorgungerverband Europas neun Jahre führte, sind die kleinen und mittleren Unternehmen das Rückgrat und die Zukunft der Branche. Danach werden wir auch in Zukunft unsere Arbeit ausrichten“, erklärte der frischgewählte Präsident. Klima- und Ressourcenschutz sowie die Versorgung der Industrie mit Sekundärrohstoffen seien zentrale Aufgaben einer modernen Kreislaufwirtschaft, die weitaus mehr als bisher in den Alltag von Wirtschaft, Verwaltung und Privathaushalten integriert werden müsse, so Forster mit Blick auf die neue Bundesregierung. Umso wichtiger sei es für die Branche, dass die politischen Rahmenbedingungen verlässlich und klug gestaltet werden. „Darauf sind unsere Unternehmen ange-

wiesen, die nur dann ihre Innovations- und Schaffenskraft entfalten können.“

Den branchenrelevanten Blick auf künftige Herausforderungen für Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz lenkte Dr. Alexander Janz, Abteilungsleiter im Umweltbundesamt. Janz verwies dabei auf einige Umweltprobleme, die zum Teil durch menschliches Eingreifen weiter verstärkt oder in ihrer Belastbarkeit noch nicht erkannt und definiert wurden.

Methan-Emissionen deutlich gesenkt

Tendenziell befindet man sich hierzulande auf dem richtigen Weg, um Treibhausgas-Emissionen zu senken, konstatierte Janz. Dazu habe unter anderem der Abfallsektor seinen Beitrag geleistet. Dessen CO₂-Ausstoß sei zwischen 1990 und 2020 von rund fünf Prozent auf 0,5 Prozent

gesunken und werde 2030 vermutlich null erreichen. Zudem hätten sich in diesem Zeitraum die Methan-Emissionen der deutschen Deponien und biologischen Behandlungsanlagen von 40 auf 10 Millionen Tonnen reduziert. Auch habe die Substitution von Primär- durch Sekundärrohstoffe beispielsweise beim Schrottreycling eine Energieeinsparung von 90 Prozent bewirkt.

Ein weiterer Themenblock drehte sich um das wichtige Thema „Design4Recycling“. Gunda Rachut, Vorstand der Stiftung Zentrale Stelle Verpackungsregister, trug hierzu mit Informationen zu Status, Planung und Ziel der Zentralen Stelle bei, ehe der Geschäftsführer der Recycle Group, Dr. Fritz Flanderka, Betrachtungen zur „Ökologisierung von Beteiligungsentgelten an Dualen Systemen“ anstellte. Seiner Meinung nach sind Zuschläge zu Beteiligungsentgelten in jedem Fall umsetzbar und zielführend und gemeinsam mit Littering-Abgabe und Plastiksteuer eine Herausforderung.

Verpackungsgesetz auf dem Prüfstand

In einer Diskussionsrunde unter der Moderation von bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock abschließend das Verpackungsgesetz auf dem Prüfstand. Die Gastredner Gunda Rachut und Dr. Fritz Flanderka sowie bvse-Präsident Henry Forster, Vizepräsident Dr. Herbert Snell und der Vorsitzende des Fachverbandes Glasrecycling, Marc Uphoff, lieferten sich dabei einen kontroversen Meinungs-austausch zu „mehr Recycling, mehr Qualität und mehr Recyclateinsatz“. DK



Zwei Mitarbeiter des Städtischen Betriebshofs beim Anbringen der Pfandring- und Pfandflaschenhalter. Bild: Stadt Kempten

Pfandringe in Kempten

Anfang November hat die Testphase für die Pfandringe in der Stadt Kempten begonnen. Es sind drei verschiedene Systeme im Einsatz: Sammelkisten, Pfandringhalter, Pizzabox mit Pfandflaschenhalter. Folgende Standorte wurden für den Testversuch gewählt: Vier Sammelkisten in der Fußgängerzone, eine Sammelkiste am Hildegardplatz und eine an der Kirche St. Ulrich; drei Pfandringhalter im Stadtpark an den drei Unterflurabfalleimern; jeweils eine Pizzabox mit Pfandflaschenhalter am August-Fischer-Platz und am St.-Mang-Platz.

Statt Pfandflaschen und Pfand Dosen in den öffentlichen Mülleimer zu werfen, können Passanten diese ab sofort gut sichtbar in die Pfandflaschenhalter stellen. Dadurch soll die Würde der Menschen, die sich durch Pfandsammeln ein Zubrot verdienen, geschützt und ihnen das Wühlen in den Mülleimern erspart werden.

Die Bürgerinnen und Bürger können die Halterungen als soziales Angebot und Ansatz von Fürsorglichkeit gegenüber Bedürftigen sehen, denn die Halterungen generieren Bewusstsein für die Thematik Armut und Bedürftigkeit.

Gleichzeitig möchte die Stadt Kempten damit auch Verschwendung vermeiden, weil zu viele



Die Preisträgerteams aus Fürstfeldbruck (r.) und Peißenberg mit Gratulierenden. Bilder: Peter Himself/Difu

Peißenberg und Fürstfeldbruck:

„Klimaaktive Kommunen 2021“

Das Bundesumweltministerium hat neun Kommunen als Sieger des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune 2021“ ausgezeichnet, darunter die bayerischen Städte Peißenberg und Fürstfeldbruck. Die Siegerehrung fand im Rahmen der Kommunalen Klimakonferenz statt, die das BMU dieses Jahr als Hybridveranstaltung unter dem Motto „Handlungsdruck trifft Tatkraft – Klimaaktive Kommunen auf dem Weg“ durchführte.

Der in der Kategorie „Ressourcen- und Energieeffizienz“ ausgezeichnete Markt Peißenberg zeigt mit seinem Projekt „Energieautarke Kläranlage“, welche Energieeinsparpotenziale in Kläranlagen stecken und wie diese genutzt werden können. So wird z. B. in einem Blockheizkraftwerk aus Faulgas Energie gewonnen: Mit dem Strom wird das Elektro-Dienstfahrzeug aufgeladen, mit der Abwärme ein nahegelegenes Mehrfamilienhaus mit-versorgt.

Co-Vergärung im Visier

Die Beheizung eines Werkstatt- und Chemikaliengebäudes funktioniert ebenfalls mit Abwärme, diesmal von Druckluftzeugern der Belebungsbecken, den größten Energieverbrauchern einer Kläranlage. Die Zuluft für diese Druckluftzeuger wird über einen unterirdischen Erdkanal vorgekühlt, was zusammen mit der Abwärmenutzung und dem Einsatz eines hocheffektiven Rühr- und

Belüftungssystems zu großen Energieeinsparungen führt. Darüber hinaus setzt man in Peißenberg auf Co-Vergärung. Dabei werden den Fäkalien Bioabfälle beigemischt, wie Fette aus Fettabscheidern oder der Ausstoß aus einer Molkerei. Durch diese zusätzliche Nahrungsquelle für die Mikroorganismen steigert sich die Gasproduktion und der Ertrag an Strom und Wärme.

Innovative Maßnahmen zur Effizienzsteigerung

Durch die kontinuierliche Optimierung des Eigenverbrauchs und innovative Maßnahmen zur Effizienzsteigerung ist es in Peißenberg gelungen, den Strombedarf der Kläranlage zu über 70 Prozent und den Wärmebedarf zu 100 Prozent aus nachhaltiger, selbst erzeugter Energie zu decken. Die umgesetzten Maßnahmen bewirken eine CO₂-Einsparung von über 180 Tonnen pro Jahr.

Klimafreundliche Mobilität

Die Große Kreisstadt Fürstfeldbruck wurde in der Kategorie „Klimafreundliche Mobilität“ für das Projekt „Lastenräder für alle – Verleih und Förderprogramm“ geehrt. Mit der Möglichkeit, ein Lastenpedelec mehrere Tage kostenfrei zu testen, wird ein Anreiz zur Anschaffung eines eigenen Fahrrads als Alternative zum Auto geschaffen.

Festakt in Landshut:

20 Jahre Naturschutzgebiet Standortübungsplatz

Mit einem Festakt unter freiem Himmel wurde in Landshut das 20-jährige Bestehen des Naturschutzgebiets Standortübungsplatz gefeiert. Die ehemalige „Panzerwiese“ mit rund 280 Hektar Fläche wurde nach dem Abzug der Bundeswehr aus der Bezirkshauptstadt zu einem der größten Naturschutzgebiete Niederbayerns umgewandelt.

Oberbürgermeister Alexander Putz bezeichnete es als Glücksfall, dass dieser bedeutende Teil des Isartals, der 1993 von der Bundeswehr aufgegeben wurde, sich zu einem Naherholungs- und wertvollen Biotop für den Artenschutz entwickelte. Große Teile des Geländes gehören nach den Worten von Paul Schröder der Gesellschaft der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zur Sicherung des Nationalen Naturerbes, kurz DBU Naturerbe GmbH. Deren Ziele deckten sich gut mit der jetzigen Nutzung. Gemeinsam mit dem Bundesforstamt sollen auch künftig Naturschutzmaßnahmen geplant und umgesetzt werden.

Von einem „großen Gemeinschaftswerk“ sprach Hubert Weiger, Ehrenvorsitzender des Bundes Naturschutz in Bayern. Die extensiv genutzten Reste einer historischen Kulturlandschaft seien durch den militärischen Betrieb nicht zerstört worden. Das Gelände sei ein Musterbeispiel für erfolgreichen Naturschutz.

Aufgrund des herausragenden Engagements des früheren langjährigen Landshuter BN-Vorsitzenden Paul Riederer war das Gelände bereits bei der Auffassung des militärischen Übungsgebiets Lebensraum für 6.000 Gelbbauchunken und ein Brutgebiet der Heidelerche. Auf Riederers Anregung hin hatten die Stadt Landshut und die Regierung von Niederbayern die Ausweisung des Naturschutzgebietes betrieben. Dass dieser Vorgang eng mit der Entwicklung der Stadt verbunden sei, darauf verwies Altbürgermeister Josef Deimer. Ebenso wie Riederer und der damalige Regierungspräsident Walter Zitzelsperger wurde das langjährige Stadtoberhaupt mit einer Namenswidmung auf einer Stele geehrt, die anlässlich des Festakts enthüllt wurde. DK

Gemeinsam für mehr Klimaschutz

TV BAYERN LIVE* wird 50. Partner der Bayerischen Klima-Allianz

Die Bayerische Klima-Allianz wächst weiter: Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber freut sich über TV BAYERN LIVE* als 50. Partner. Glauber betonte heute bei der Unterzeichnung der Beitrittserklärung in Augsburg: „Klimaschutz schaffen wir nur gemeinsam. Wir brauchen starke Partner. Zusammen wollen wir das Bewusstsein für das Thema Klimaschutz stärken, für nachhaltigen Umgang mit Ressourcen sensibilisieren und klimafreundliches Verhalten fördern. Mit viel Engagement und Überzeugung widmet sich TV BAYERN LIVE* seit mehr als 12 Jahren dem Umwelt- und Klimaschutz. Das Magazin erreicht mit seiner Berichterstattung Millionen Menschen in Bayern. TV BAYERN LIVE* ist ein regionaler Sender mit Herz. Ich freue mich sehr, das bayerische Regionalmagazin als jüngsten Partner der Klima-Allianz zu begrüßen.“

Für Dr. Bernhard Hock, Geschäftsführer von TV BAYERN LIVE* und der rt1.media group, ist die Aufnahme in die Bayerische Klima-Allianz sehr wichtig: „Als Partner der Bayerischen Klima-Allianz wird TV BAYERN LIVE* seinen Beitrag zu den Zielen der Bayerischen Staatsregierung im Bereich Klimaschutz, Energiewende und Nachhaltigkeit leisten.“

Aktive Aufklärung über Umwelt- und Klimaschutz

TV BAYERN LIVE* selbst strebt an, bis 2030 klimaneutral zu werden.“ Der Bedarf an Informationen über Klima, Energie und Nachhaltigkeit ist ein Anliegen der Zuschauer, dem TV BAYERN LIVE* gerne nachkommt. Damit trägt das bayerische RTL-Fenster zur aktiven Aufklärung über Themen des Umwelt- und Klimaschutzes bei.



v.l. Maximilian von Rossek, Programmleiter TV BAYERN LIVE*, Johannes Muhr, Geschäftsführer TV BAYERN GMBH und TV Bayern Programmges.mbh, Umweltminister Thorsten Glauber, Horst Rettig, Geschäftsführer münchen.tv und TV Bayern Programmges. mbH und Sebastian Wutschik, Prokurist bei RT.1 als Vertretung für Dr. Bernhard Hock. Bild: TV BAYERN LIVE*

Naturschutz und Rohstoffindustrie:

Gemeinsam für den Amphibienschutz

Erste Vertragsabschlüsse in Mittelfranken im Kooperationsprojekt „Natur auf Zeit“

Der LBV hat jetzt auch in Mittelfranken erste Kooperationsverträge mit Rohstoffgewinnungsunternehmen zum Schutz von bedrohten Amphibien geschlossen. Bei einem Geländetermin in der Sandgrube in Wolkersdorf trafen sich hierfür der Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Christian Barth, der Regierungspräsident von Mittelfranken Dr. Thomas Bauer, der Vorstand des Bayerischen Naturschutzfonds Ulrike Lorenz, der LBV-Landesfachbeauftragte Naturschutz Dr. Andreas von Lindeiner, der Geschäftsführer des Bayerischen Industrieverbands Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV) Dr. Bernhard Kling sowie fünf Rohstoffgewinnungsunternehmen und die zuständigen Unteren Naturschutzbehörden.

Mit dem Vertrag nehmen die Firmen nun an einem bayernweiten Projekt zum Schutz von bedrohten Amphibienarten in Rohstoffgewinnungsstätten teil. „Die neue Qualität unseres Projektes ist, dass es nun eine Verbindlichkeit für alle Beteiligten im Hinblick auf Abbau und Artenschutz gibt, die sowohl den gefährdeten Amphibienarten als auch den Unternehmern nutzt. Die Erfahrungen aus diesem Projekt können nun auch bundesweit für andere streng geschützte Arten in Rohstoffgewinnungsstätten übertragen werden“, erklärte Dr. Andreas von Lindeiner, LBV-Landesfachbeauftragter Naturschutz.

Mit der engen und vertraglich geregelten Zusammenarbeit können gemeinsam Schutz- und Entwicklungsmöglichkeiten für Amphibien in Kies-, Sand- oder Lehmgruben beziehungs-

weise Steinbrüchen geschaffen werden. „Unsere Unternehmen schaffen in ganz Bayern mit einer Vielzahl an großen und kleinen Projekten wertvolle Lebensräume für bedrohte Arten. Das liegt zum einen an den natürlichen Gegebenheiten in Gruben und Brüchen und zum anderen am besonderen Engagement der Betreiber“, betonte Dr. Bernhard Kling, Geschäftsführer Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV).

Freiwilliger Naturschutz

„Naturschutz und Abbaununternehmen arbeiten Hand in Hand zum Schutz von Kreuzkröte, Gelbbauchunke, Kammmolch und Laubfrosch in Mittelfranken. Das ist nicht selbstverständlich, sondern eine neue Stufe des freiwilligen Natur-

schutzes im Regierungsbezirk, daher ist das Projekt ‚Natur auf Zeit‘ für mich sensationell“, unterstrich Dr. Thomas Bauer, Regierungspräsident Mittelfranken. Zu den umgesetzten Maßnahmen in den Rohstoffgewinnungsstätten zählen zum Beispiel der Erhalt und die Anlage von Kleinstrukturen wie Totholz, Wurzelstöcke oder Sand- und Geröllhaufen beziehungsweise der Schutz von Kleingewässern.

Seit 2017 führt der LBV zusammen mit dem BIV und der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Bergbau- und Mineralgewinnungsbetriebe e.V. (ABBm) das Pilotprojekt durch. Ziel ist die Sicherung und Optimierung von Lebensräumen für europaweit bedrohte Amphibienarten in aktiven Gewinnungsbetrieben. Über die gesamte Laufzeit bis Ende 2022 wird das Projekt vom bayerischen Naturschutzfonds gefördert.

Den Anlass für das gemeinsame Vorhaben gab ein aktueller Bericht der Bundesregierung über das europäische Schutzgebietssystem NATURA 2000. Dieser zeigt für sieben besonders bedrohte Amphibienarten mit europaweiter Bedeutung einen ungünstigen Erhaltungszustand und überwiegend einen negativen Gesamttrend der Vorkommen auf. □

Bayerische Immissionsschutztage in Augsburg:

Beiträge zu mehr Klimaschutz

Die Themen Luftreinhaltung, Lärmschutz und Genehmigungsmanagement sowie die Umsetzung der 44. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchV) standen auf der Agenda der 12. Bayerischen Immissionsschutztage des Kompetenzzentrums Umwelt. Die Tagung im Bayerischen Landesamt für Umwelt in Augsburg wurde heuer als reine Onlineveranstaltung durchgeführt.

„Wie die Messergebnisse des Lufthygienischen Landesüberwachungssystems Bayern (LÜB) aus dem Jahr 2020 zeigen, wird mittlerweile an 45 der 46 Messstationen der Grenzwert für das Jahresmittel von Stickstoffdioxid eingehalten – ein Erfolg für die Umwelt und insbesondere ein Erfolg für Luftreinhaltung und Gesundheitsvorsorge“, so Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber in seinem Grußwort.

Basis für die Verbesserung der Immissionen sei unter anderem der emissionsseitig optimierte Anlagenbetrieb. Grundlage hierfür sei die Umsetzung der BVT-Schlussfolgerungen in die nationalen Regelwerke und damit in den Industriebetrieb. Die Genehmigungs- und Fachbehörden vor Ort sowie die Anlagenbetreiber leisteten in gemeinsamer Anstrengung ihren Beitrag, unterstrich Glauber.

Stand der Entwicklungen

Der EU Green Deal und die im Bundes-Klimaschutzgesetz fixierte Klimaneutralität werden gerade produzierende Industrieunternehmen vor große Herausforderungen stellen. Um die Ziele zu erreichen, hat die EU im Juli 2021 etliche Gesetzesvorschläge auf den Weg gebracht, die auf viele gesellschaftliche Bereiche Einfluss nehmen werden. Einen Überblick über den aktuellen Stand der Entwicklungen gab Dr. Renke Deckarm (Europäische Kommission). Besondere Bedeutung werden in Zukunft Maßnahmen zur nachhaltigen Finanzierung, z. B. in der Taxonomie-Verordnung erhalten, wonach Anreize zur Investition in grüne und nachhaltige Projekte gegeben

werden sollen. Hier werden sich Unternehmen vor ganz neue Herausforderungen gestellt sehen.

Ergänzend dazu berichtete die besonders energieintensive deutsche Zementindustrie über ihren Weg zur Klimaneutralität. Ein großer Teil wird durch Prozessoptimierungen und durch die Substitution von fossilen Brennstoffen erreichbar sein. Da aber im Herstellungsprozess von Zement schon in der stofflichen Umsetzung des Vorprodukts Zementklinker rund zwei Drittel der Menge an CO₂ freigesetzt wird, werden in Zukunft Techniken zur Abscheidung eingesetzt werden müssen. Sonst sind die Ziele der Klimaneutralität in dieser Branche nicht erreichbar.

Beschleunigte Genehmigungsverfahren

Einen Beitrag zu mehr Wirtschaftlichkeit, aber auch zum Klimaschutz leisten beschleunigte Genehmigungsverfahren. Um sowohl bei bestehenden als auch neuen Anlagen alle umweltrechtlichen Anforderungen zuverlässig erfüllen zu können, müssen Antragsteller, Planer und Gutachter, aber auch die Behörden frühzeitig und konstruktiv zusammenarbeiten. Der Vortrag „Genehmigungsrechtlicher Vorrang für Klimaschutzprojekte“ von Rechtsanwältin Prof. Dr. Andrea Versteil zeigte auf, dass es entscheidend ist, nicht nur ein Projekt wie die Tesla-Ansiedlung in Brandenburg, sondern Genehmigungsverfahren generell zu beschleunigen.

Die Technische Anleitung (TA) Luft enthält Vorsorgeanforderungen gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Emissionen aus Anlagen über den

Luftpfad. In Deutschland sind davon mehr als 50.000 genehmigungsbedürftige Anlagen betroffen, davon allein in Bayern rund 10.000, wie Dr. Anita Wolf vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, München, berichtete.

Abschließende Novellierung der TA Luft

Abgeschlossen wird nun die Novellierung der TA Luft aus dem Jahre 2002. Damit wird vor allem dem fortgeschrittenen Stand der Technik Rechnung getragen. Sie ist das wesentliche Regelungsinstrument, wenn es darum geht, Umweltbeeinträchtigungen über den Luftpfad zu minimieren und ein hohes Schutz- und Vorsorge-niveau zu erreichen. Allerdings wird bei der Einstufung von Anlagen auf neue, verschärfte Grenzwerte ein erheblicher Aufwand auf die Verwaltungsbehörden zukommen, der mit dem derzeitigen Stand der Ausstattung mit Personal kaum in adäquaten Zeiträumen abzuarbeiten sein wird.

Lärmschutz: niederfrequente Geräusche

Gasmotorenkraftwerke stellen mit ihrer flexiblen Betriebsweise unter den aktuellen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine hocheffiziente Technologie zur gekoppelten Erzeugung von Wärme und Strom bereit. Von kommunalen Energieversorgern wurden in den vergangenen Jahren aufgrund ihrer wirtschaftlichen Vorteile mehrere Projekte geplant und umgesetzt. Im Themenblock „Lärmschutz – Niederfrequente Geräusche“ beschrieben Simon Sauter (Kraftanlagen München GmbH) und Armas-Christian Gottschalk (Müller-BBM GmbH, Planegg) beispielhaft, welche Herausforderungen bestehen und wie diese durch umsichtige Planung gemeistert werden können. DK



V.l.: Klaus Schneider, SHF Steinbruchbetriebe GmbH & Co KG; Michael Reithelshöfer jun., Stefan Köhn, Michael Reithelshöfer sen., alle M. Reithelshöfer GmbH; Dr. Bernhard Kling, BIV Baustoffe, Steine und Erden e.V.; Dr. Christian Barth, Amtschef Bayerisches Umweltministerium; Dr. Stephanie Gillhuber, BIV; Dr. Andreas von Lindeiner, LBV; Dr. Thomas Bauer, Regierungspräsident von Mittelfranken; Pascal Bunk, Knauf Gips KG; Thomas Herrscher, Franken Schotter. Bild: Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e.V.

Ein Tag für die Biodiversität in der Landwirtschaft

In Bischofsmais wurde über Naturschutz und Artenerhalt diskutiert

Zu Gast bei Bauernverbands-Kreisobmann Roland Graf informierten Biodiversitätsberater Martin Graf, Wildlebensraumberaterin Claudia Schreiner-Notzon, Stephanie Lecker vom Amt für Landwirtschaft Regen und Hans Weinberger von der Kitzrettung Böbrach e.V. gemeinsam über Biodiversität in der Landwirtschaft. Zu dem Termin hatten die Verantwortlichen der ILE Grüner Dreieck und der Fachstellen eingeladen.

„Alle zehn Minuten stirbt eine Art auf dieser Welt aus, wir befinden uns gerade im sechsten Massensterben der Erdgeschichte“, mit diesem Satz begann Claudia Schreiner-Notzon, Wildlebensraumberaterin am Amt für Ernährung Landwirtschaft und Forsten Regen ihre einführenden Worte. Neben Roland Graf und Martin Graf war sie eine der Hauptreferentinnen und informiert die Teilnehmer vorwiegend über Fördermöglichkeiten im Kulturlandschaftsprogramm (KULAP). Auch der stellvertretende Landrat Helmut Plenk und Bürgermeister Walter Nirschl nahmen sich Zeit. Beide betonten die Wichtigkeit des Themas Biodiversität und den Einsatz, einfach vor Ort mit den Möglichkeiten, die jeder einzelne hat, anzufangen. Sie bedankten sich bei ILE-Managerin Stefanie Wölfl für ihren Einsatz und für ihre bisherige Arbeit als Projektmanagerin. Gemeinsam mit Martin Graf entwickelte Wölfl die Idee, einen Tag für die Biodiversität in der Landwirtschaft in der ILE zu veranstalten. Diese Veranstaltung soll der Beginn von weiteren Aktionen zum Thema Biodiversität und Klimaschutz sein.

Zu Beginn der Veranstaltung wurde das Thema insektenschonende Mahd thematisiert. Martin Graf erklärte, dass nicht nur das richtige Mähgerät entscheidend ist, sondern beispielsweise auch die Mahdhöhe oder das „von innen nach außen mähen“ einen großen Einfluss auf die Insekten hat. Auch die Vor- und Nachteile von Messermähwerken wurde diskutiert. Etwas kritisch wurde von den Landwirten das Thema Altgrasstreifen gesehen. Viele Landwirte würden freiwillig kleine Streifen am Wiesenrand stehen lassen, haben aber Angst, dass bei Flächenkontrollen dann Fördergelder abgezogen werden könnten, wenn die Fläche nicht „sauber abgemäht“ wird. „Eigentlich wünscht sich der Naturschutz, dass man etwas geschlammperter wirtschaftet, damit ein bisschen mehr Wildnis für Tiere und Pflanzen übrigbleibt. Andererseits werden die Landwirte ein Stück weit angehalten, möglichst sauber zu wirtschaften. Da müssen wir aufpassen, dass man sich nicht widerspricht“, so Martin Graf.

Als nächsten Programmpunkt stellte Hans Weinberger vom

Kitzrettung eine Drohne mit Wärmebildkamera vor. Die Böbracher Kitzretter befliegen im Frühjahr und Sommer kostenlos Flächen kurz vor der Mahd, wodurch zahlreiche Kitz vor dem Mähdrogerettet werden konnten. „Damit die Wärmebildkamera der Drohne die Kitz erkennen kann, müssen wir bereits in den frühen Morgenstunden fliegen“, meint Weinberger. „Wir hoffen vor allem, dass sich viele Nachahmer finden, da wir heuer nicht überall gleichzeitig helfen konnten, wo Anfragen da waren“, so Weinberger weiter. Von den Teilnehmern der Veranstaltung erntete Weinberger viel Respekt und Anerkennung für sein Ehrenamt.

Burggrafenrieder Senke

Danach ging es weiter zur Burggrafenrieder Senke, wo Roland Graf die von ihm und seiner Familie bewirtschafteten Flächen vorstellte. Die Burggrafenrieder Senke wurde Ende der 1990er Jahre wieder in die landwirtschaftliche Nutzung aufgenommen, nachdem sie zuvor immer mehr brachfiel und zum Teil sogar aufgeforstet wurde. Durch die Wiederaufnahme der Beweidung konnten seltene Pflanzenarten wie Fieberklee und Sumpfb-Blutauge auf der Fläche erhalten bleiben. Nachdem zunächst mit Hochland-Rindern beweidet wurde, stehen seit ein paar Jahren die

Pferde der Familie Graf auf der Fläche. Gemeinsam mit Martin Graf stellte Roland Graf die Maßnahmen und Möglichkeiten des Vertragsnaturschutzprogrammes (VNP) vor. „Bei Flächen, die weniger produktiv sind, sind die Fördermöglichkeiten im VNP oder auch KULAP durchaus lukrativ für die Landwirte“, so Roland Graf.

Schreiner-Notzon erläuterte zusätzlich die Möglichkeiten im KULAP und stellte das Programm ergebnisorientierte Grünlandnutzung vor. Bei diesem Programm wird die Bewirtschaftung der Wiese an ausgewählten Kennarten angepasst. „Kennarten bei dieser Maßnahme sind beispielsweise Margerite, Glockenblume oder Nelken. Die Bewirtschaftung muss dann so erfolgen, dass diese Arten in ausreichender Zahl erhalten bleiben“, so Schreiner-Notzon. Nach einem informativen Vortrag von Stephanie Lecker vom AELF Regen zu den Themen Ökolandbau und Herdenschutz endete die Veranstaltung in Burggrafenried. Landwirte und Naturschützer waren sich einig, dass man nur durch Zusammenarbeit etwas gegen den Artenschwund tun kann.

„Für alle geplanten Maßnahmen ist es wichtig, sich vor Beginn der Vorhaben zum Beispiel beim Bauernverband oder den Naturschutz-Fachstellen zu informieren und das Gespräch mit den Beratern zu suchen. Durch eine geschickte Kombination von Förder- und Nutzungsprogrammen kann jeder Landwirt das Bestmögliche aus seinen Flächen herausholen – sowohl aus wirtschaftlicher wie auch ökologischer Sicht“, so Roland Graf. □

Startschuss für Bayerisches Klimainformationssystem

Dem Klimawandel in Bayern noch gezielter begegnen: Seit kurzem stehen Klimadaten regionalisiert bis auf Landkreisebene online zur Verfügung. Im neuen Bayerischen Klimainformationssystem werden rund 70 Klimakennwerte in Form von Karten, Zeitverläufen und Tabellen präsentiert.

Wie Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber beim Startschuss betonte, „zeigt das Bayerische Klimainformationssystem detailliert, wie sich das Klima in Bayerns Regionen entwickeln wird. Wir bekommen damit einen Einblick, wie eine Zukunft ohne Klimaschutz sein könnte. Wir zeigen aber auch, was engagierter Klimaschutz in Bayern bewirken kann. Wichtig ist auch: Wir müssen uns an den Klimawandel anpassen. Das Bayerische Klimainformationssystem wird uns dabei helfen, die richtigen Stellschrauben vor Ort zu drehen.“

Für die Klimaanpassung sind die Kommunen der wichtigste Akteur. Um die Kommunen im Anpassungsprozess zu unterstützen, hat das Klima-Zentrum am Landesamt für Umwelt alle verfügbaren Informationen inklusive Praxisbeispielen, Maßnahmen und Fördermöglichkeiten im neuen Handbuch „Klimaanpassung in Bayern“ zusammengefasst. □

Klimawälder binden Treibhausgase

Der Landkreis Neu-Ulm hat in zwei Jahren 24.000 Bäume für den Klimaschutz gepflanzt. Die jüngste Pflanzaktion ist in Attenhofen angelaufen

Mindestens 100.000 Bäume will der Landkreis Neu-Ulm bis zum Jahr 2030 für den Klimaschutz pflanzen. Er liegt dabei gut im Plan, denn nach zwei Jahren werden es bald insgesamt 24.000 junge Bäumchen sein, die gesetzt worden sind. Die jüngste Pflanzaktion mit 4.200 Bäumen und 275 Sträuchern auf 7.500 Quadratmetern startete Anfang November, im Flurstück Hinterer Hart im Weißenhorner Stadtteil Attenhofen.

Der Landkreis verfügt somit über sechs neue Klimawälder: in Unterroth (Pflanzung im Oktober 2019), Oberhausen (April

Geschwisterpaar Birgit Schuhmacher und Thomas Hartner, dem in Eigentümergemeinschaft die neue Aufforstungsfläche in



Sie starteten die jüngste Klimawald-Pflanzaktion in Attenhofen v.l.: Jutta Kempter (3. Bürgermeisterin, Weißenhorn), Michael Angerer (Leiter des Fachbereichs „Naturschutz und Landschaftsplanung im Landratsamt Neu-Ulm“) und Landrat Thorsten Freudenberger. Im Hintergrund: Christoph Oetinger (2. Vorsitzender der Kreisgruppe Neu-Ulm des Bayerischen Jagdverbandes). Bild: Jürgen Bigelmayr/Landratsamt Neu-Ulm

2020), Illerberg (Oktober 2020), Roggenburg (Oktober 2020), Nersingen (Oktober 2021) und nun in Attenhofen.

„Das ist eine ganz tolle Idee. Deshalb war für uns keine Frage, dass wir zustimmen“, sagte das

Attenuhofen gehört. Der Landkreis ist seit vielen Jahren Pächter des bisherigen Wiesengrundstücks im weitläufigen Rotthal.

Darauf wachsen von nun an 2.900 Eichen, 400 Hainbuchen, 400 Linden und andere bei-

gemischte Arten wie Wildapfel und Vogelkirsche. Der neue Wald wird pro Jahr etwa neun Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) binden und in Sauerstoff umwandeln.

Landkreis als Vorbild

„Als Landkreis wollen wir Vorbild sein und unsere Bürgerinnen und Bürger motivieren, unserem Beispiel zu folgen“, sagte Landrat Thorsten Freudenberger bei dem Ortstermin, den der

Umweltminister Thorsten Glauber:

Ganz Bayern soll blühen

Blühpakt-Starterkits für 100 Kommunen
Gemeindetag und Städtetag sind Partner der Blühpakt-Allianz

Der Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Städtetag sind Partner der Bayerischen Blühpakt-Allianz. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber unterzeichnete in Straubing die Urkunden und gab gleichzeitig den Startschuss für das erste gemeinsame Projekt: das „Starterkit – 100 blühende Kommunen“. Glauber betonte: „Wir wollen Bayerns Kommunen zum Blühen bringen. Dafür stellen wir 100 Kommunen Blühpakt-Starterkits zur Verfügung und investieren insgesamt 500.000 Euro. Ziel ist es, Kommunen bei der naturnahen und insektenfreundlichen Flächengestaltung tatkräftig zu unterstützen.“

Jedes Starterkit besteht aus einem Betrag in Höhe von 5.000 Euro, sowie Hilfe bei der Beratung und der Öffentlichkeitsarbeit. „Das Starterkit soll eine Initialzündung sein für weitere Insektenschutzmaßnahmen in unseren Kommunen“, so Glauber. Insektenschutz ist dann erfolgreich, wenn Flächen ökologisch

Fachbereich „Naturschutz und Landschaftsplanung“ des Landratsamtes vorbereitet hat.

Dass die Aufforstung zum Klimaschutz dringend notwendig ist, machte Weißenhorns 3. Bürgermeisterin und Kreisrätin, Jutta Kempter, deutlich: Weltweit würden pro Minute Waldflächen in der Größe von 27 Fußballfeldern abgeholzt. Dabei seien Bäume und Wälder „unverzichtbar für unser Überleben“. „Der Mensch braucht die Erde, aber die Erde braucht uns nicht“, sagte Kempter. Darum sei jede Aktion zum Klimaschutz „sinnvoll und gewinnbringend“, stellte der Landrat heraus – und schritt zur Tat. Zusammen mit Jutta Kempter und einigen weiteren Teilnehmern pflanzte er 50 Setzlinge. □



Mit großer Freude durfte die Firma Henne vergangene Woche einen Unimog Geräteträger U 530 L mit gebeiztem Edelstahlstreuer der Fa. Aebi Schmidt an den Landkreis Altötting übergeben.

Das Fahrzeug ist u.a. ausgestattet mit: Leistungshydraulik, Heckkraftheber mit externer Bedienung, hydraulische Heckzapfwelle, LS-Hydraulik, Schleuderketten und Rückfahrkamerasystem mit aktivem Abbiegesystem. Damit hat der oberbayerische Landkreis Altötting inzwischen vier Unimogs im Einsatz und ist für den Winterdienst und anfallende Mäharbeiten im kommenden Jahr gut ausgerüstet. Das Bild zeigt v.l. Stefan Winklhofer (Fahrer), Klaus Balda (Henne Nutzfahrzeuge GmbH), Günter Klement (Straßenmeister), Günter Demlhuber (Fahrer) und Roland Wick (Werkstatt).

Bild: Henne Nutzfahrzeuge

COP26:

Deutschland braucht 1 Million Stadtbäume

Der Bund deutscher Baumschulen fordert ein bundesweites Sofortprogramm zur Anpflanzung von 1 Million Straßenbäumen, denn nur mit sofortigem Handeln und einer umfassenden Anpassungsstrategie kann den Auswirkungen des Klimawandels begegnet werden. Das für das Sofortprogramm erforderliche Volumen beträgt rund 1 Milliarde Euro.

Im Rahmen des 26. UN-Klimagipfels (COP26) werden auf weltweiter Ebene Strategien zum Umgang mit dem Klimawandel ausgehandelt. Hierbei liegt die Perspektive vornehmlich auf langfristigem Vorgehen und oftmals rein technischen Lösungsansätzen. Dabei wird jedoch außer Acht gelassen, dass es ergänzende Anpassungsstrategien braucht, die über technische Aspekte hinausgehen.

Vitale grüne Infrastruktur

„Die Politik muss jetzt handeln und den durch den Klimawandel entstandenen Herausforderungen aktiv begegnen. Damit Städte lebenswert bleiben, braucht es eine vitale grüne Infrastruktur. Stadtbäume leisten dazu einen unabdingbaren Beitrag. Die vergangenen Sommer haben dazu geführt, dass es einen enormen Bedarf an neu gepflanzten Stadtbäumen gibt, dem rasch nachgekommen werden muss.“, so Helmut Selders, Präsident des

Bundesdeutscher Baumschulen. Eine zentrale Bedeutung in der Begegnung der Auswirkungen des Klimawandels kommt der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der grünen Infrastruktur zu. Die bereits spürbaren klimatischen Veränderungen haben dieser nachhaltig gesetzt. Die vergangenen außergewöhnlich trockenen und heißen Sommer ließen einige heimische Gehölzarten an die Grenzen ihrer Leistungs- und Lebensfähigkeit kommen. So gehen allein in Berlin jährlich bis zu 20.000 Stadtbäume verloren. Und damit die für das Klima so wichtige Funktionen wie CO₂-Bindung, Sauerstoffproduktion, Abkühlung und Schattierung. Hier besteht dringender Handlungsbedarf: Aufgrund dessen fordert der Bund deutscher Baumschulen ein Sofortprogramm, im Rahmen dessen bundesweit eine Mio. Straßenbäume gepflanzt werden. Der finanzielle Bedarf für das Sofortprogramm liegt bei rund einer Mrd. Euro. □



Bayreuther Bürgerschaft hilft städtischen Bäumen

Der städtische Baumbestand umfasst in Bayreuth derzeit rund 25.000 Stadtbäume – und jedes Jahr werden es mehr. Allein in diesem Herbst pflanzt das Stadtgartenamt wieder über 100 neue junge Bäume. Um sich gut entwickeln zu können, bedürfen insbesondere die jungen Exemplare einer intensiven und aufmerksamen Pflege. Vor diesem Hintergrund hat die Stadt Bayreuth einen Baumpflegefonds eingerichtet.

Im Rahmen dieses Pflegefonds können Einwohner und andere Baumfreunde, die Stadt mit einer Spende unterstützen. Wer sich heute engagiert, hilft mit, den Baumbestand von morgen und damit eine lebenswerte Stadt für die kommenden Generationen zu sichern. Für 100 Euro ist es möglich, einen Stadtbäumchen einen Hitzesommer hindurch ausreichend mit dem für ihn lebensnotwendigen Wasser zu versorgen. Die in den Baumpflegefonds eingezahlten Gelder werden ausschließlich zur Pflege der Bayreuther Stadtbäume verwendet. Das Bild zeigt Stadtgartenamtsleiter Robert Pfeiffer. DK/Bild: Stadt Bayreuth



Neu bei Ihrer BayWa

BayWa

Leistungsstarke Kommunal- und Gewerbeteknik. Für grüne, graue und weiße Flächen.

Bei Ihrer täglichen Arbeit im Frühling, Sommer, Herbst oder Winter unterstützen wir Sie durch individuelle Beratung, Vertrieb und nachgelagerten Service von:

- Traktoren
- Kommunalfahrzeugen
- Lastkraftwagen
- Transportern
- Anbaugeräten
- Anhängern



LYNX CHARGE von Rasco

Die vollelektrische Straßenkehrmaschine erreicht über ein durchdachtes Energiekonzept eine Betriebszeit von bis zu 8 Stunden. Fragen Sie uns nach einer Vorführung!

BayWa AG
Technik

Arabellastraße 4
81925 München

Fragen Sie nach Ihrem persönlichen Ansprechpartner unter 0800 99 99 150.

baywa.de/kommunaltechnik

Landkreis Schweinfurt mäht ökologisch

Die bayerischen Straßenmeister sorgen für Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf den Straßen. Zu den Aufgaben gehören die drei Bereiche Verkehrssicherung (Beschilderung, Markierung, Schutzplanken), Straßeninstandhaltung (Deckenbau, Risse vergießen und Oberflächennachbehandlung) und Straßenunterhaltung (Mähen, Winterdienst, Reinigung der Entwässerungsrinnen und Grabenräumung). Als sich eine Änderung im Bayerischen Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) durch das Volksbegehren „Artenvielfalt“ abzeichnete, begann Norbert Müller, Hauptstraßenmeister im Landkreis Schweinfurt und Sprecher der Bayerischen Straßenmeister, sich mit dem Thema „Ökologisches Mähen“ zu befassen. Mit ihm und seinem Lieferanten, Stefan Dülk von der Firma Kurt Herold, sprach die GZ über die Herausforderungen, die eine ökologische Flächenbewirtschaftung mit sich bringt.

GZ: Seit wann beschäftigen Sie sich mit dem Thema „Ökologisches Mähen“?

Müller: Den Ausschlag gab die Diskussion um das Volksbegehren „Artenvielfalt & Naturschön-

heit in Bayern“. Im Sommer 2020

gen bleibt. Das nennt man „mul-



Hauptstraßenmeister Norbert Müller.

Bild: privat

bestellte der Landkreis Schweinfurt den Grünpflegekopf ECO 1200 plus der Firma Mulag und seit Frühjahr 2021 ist er im Einsatz. Dem war vorausgegangen, dass wir uns selbst für das Thema sensibilisieren und Abläufe neustrukturieren mussten; z.B. haben wir unser Mähkonzept angepasst.

Dülk: Der Mähkopf hätte von Mulag auf der IFAT 2020 als Weltneuheit präsentiert werden sollen. Leider konnte die Messe nicht stattfinden. In Bayern gehört der Landkreis Schweinfurt mit zu den ersten Anwendern.

GZ: Ökologisches Mähen und Konventionelles Mähen, können Sie den Unterschied skizzieren?

Mähkonzept

Müller: Im Mähkonzept wird unterschieden zwischen „Intensiven Flächen“ und „Extensiven Flächen“. Zu den „Intensiven Flächen“ gehören Bankette, Sichtdreiecke und die straßenseitige Grabenböschung. Die Pflege dieser Flächen betrifft die Verkehrssicherheit, deshalb werden sie weiterhin konventionell mit dem Randstreifenmäher zweimal pro Jahr abgemäht. Eine Änderung gibt es nur bei den „Extensiven Flächen“ also bei Böschungen, Grabenaußenseiten und Nebenseiten. Diese, so sieht es unser landkreiseigenes Mähkonzept vor, werden nur noch im Wechsel alle zwei Jahre mit dem neuen Mähkopf gemäht. Hier wird also 50 Prozent weniger gemäht. Wir orientieren uns dabei an unserem Straßennetz, so werden dieses Jahr die Extensivflächen der Kreisstraßen im nördlichen und nächsten Jahr die im südlichen Landkreisgebiet bearbeitet. Der Freistaat Bayern hat ein anderes Konzept. Auch hier werden die extensiven Flächen

gen bleibt. Das nennt man „mulchen“. Mit dem neuen Mähkopf wird, wie in der Landwirtschaft auch, das Grünzeug mit kleinen Messern abgeschnitten. Das Schnittbild beim ökologischen Mähen ist ein anderes. Bisher wurden zwischen vier und acht cm Gras stehengelassen. Jetzt beträgt die Schnitthöhe zwischen zehn und 15 cm. Da die überrollte Fläche sehr gering ist, werden am Boden lebende Tiere geschützt. Eine gezielte Luftstromführung in einem geschlossenen Gehäuse ermöglicht, dass mehr am Boden liegen bleibt und nicht mit abgesaugt wird. Das schließt aber auch z.B. liegende Gräser mit ein, die dann auch nicht mitgemäht werden.

GZ: Hinter der Idee des insektenfreundlichen, ökologischen Mähens steckt viel Hand- und Aufklärungsarbeit. Werden Sie auch gelegentlich angesprochen, wann denn endlich wieder jemand zum Mähen vorbeikame?

Müller: Ökologisch heißt nicht unbedingt schöner und natürlich kommt auch Kritik, meistens aus der Landwirtschaft und teilweise auch aus der Bevölkerung. Wir alle, Landwirtschaft, Bevölkerung und Fahrer, sind ein sauberes Schnittbild gewöhnt, denn das haben wir in der Vergangenheit abgeliefert. Jetzt sieht es anders aus. Zusätzlich kommt aus der Landwirtschaft die Befürchtung, durch Aussamung von Wildkräutern auf den eigenen Flächen einen höheren Aufwand betreiben zu müssen. Wir alle brauchen Zeit und Verständnis für die Umstellung.

GZ: Wenn Sie heute einen Strich unter Ihre Bemühungen ziehen, hat sich denn etwas verändert? Erkennen Sie z.B. ein größeres Nahrungsangebot für Insekten?

Müller: Ich bin kein Biologe und der Beobachtungszeitraum ist jetzt noch zu kurz. Aber ich denke schon, dass die Umstellung für Insekten und Kleinlebewesen eine gute Entscheidung ist.

GZ: Welche Anschaffungen haben Sie getätigt und haben Sie Tipps, was unsere Leser und Leserinnen beachten sollten?

Müller: Wer sich heute für einen Mähkopf entschieden, der zu unserem bestehenden Zugfahrzeug passt. Alle weiteren Gerätschaften, wie auch die Absauganlage inklusive Hänger, waren bereits vorhanden.

Dülk: Wer sich heute für einen ECO 1200 Grünpflegekopf entscheidet, muss momentan mit bis zu neun Monaten Lieferzeit rechnen und das bei einem hohen Anschaffungspreis.

GZ: Entlang von Straßen, insbesondere Autobahnen und Bundesstraßen, liegt viel Müll. Bisher hat das Mähverfahren dafür gesorgt, dass z.B. Glasflaschen sowie sämtlicher anderer Abfall in kleinste Splitter zerlegt dem Grünzeug beigemischt sind. Das wiederum führt dazu, dass das abgemähte und eingesaugte Straßenbegleitgrün nicht überall abgeladen werden kann. Oft bleibt nur noch die Verbrennung als Sondermüll. Wenn nun der neue Mähkopf das Schnittgut nicht mehr ansaugt und der Müll ganz bleibt, was bedeutet das für die Straßenmeisterei?

Corona und das Müllproblem

Müller: Der Landkreis Schweinfurt saugt die Mahd, wie bisher auch, komplett ein und lässt nichts liegen, um den Nitrateintrag gering zu halten. Deshalb ändert sich für uns nichts. Unser Grünzeug wird im Anschluss abgesiebt und untersucht. Sobald eine Freigabe durch das Landwirtschaftsamt erteilt wurde, wird der Kompost an die Landwirtschaft übergeben. Das übrige Siebgut kommt auf die Deponie. Das ist eine aufwendige Nachbehandlung, aber immer noch billiger, als alles zu verbrennen. Jedes Frühjahr werden zusätzlich alle Straßen abgefahren und der Müll per Hand aufgesammelt.

GZ: Ihrer Erfahrung nach, hat der Müll in Coronazeiten zugenommen?

Müller: Nein. Es liegt viel Müll am Straßenrand, nach wie vor. Nur die Einführung des Dosen- und Flaschenpfands hat zu einer Verhaltensänderung geführt.

GZ: Beschäftigt Sie die Müllsituation?
Müller: Ja. Auch nach 35 Jahren Berufserfahrung als Straßenmeister macht es mich immer noch wütend. Jeder will die Umwelt retten, aber niemand fängt bei sich selbst an.
GZ: Ihre Aufgaben erfordern ein hohes Maß an Sachkenntnis und sind in der Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern nicht immer einfach zu vermitteln. Haben Sie Schwierigkeiten mit dem Fachkräftemangel in Ihrem Bereich?



In Kooperation mit Henne Nutzfahrzeuge GmbH
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Kommunaltechnik Winterdienst: Schneepflüge im Einsatz

Der Winter steht vor der Tür und während die weiße Pracht im Tiefland noch auf sich warten lässt, ist der erste Schnee in den höheren Lagen bereits gefallen. Wenn die Witterungsbedingungen die Sicherheit auf den Straßen bedrohen, ist es für das „Team Orange“ wieder Zeit für den intensiven Winterdienst. Neben der Ausbringung von Streumitteln ist vor allem das Räumen von Straßen, Geh- und Fahrradwegen sowie Kreuzungen und Parkplätzen eine zentrale Aufgabe im Winterdienst.

Wichtiges Kriterium: Räum- bzw. Durchfahrtsbreite

Beim Schneeschieben kommen die unterschiedlichsten Schneepflüge zum Einsatz. Ein wichtiges Kriterium für die Bestimmung der richtigen Technik ist die Räum- bzw. Durchfahrtsbreite. Auf Land- und Bundesstraßen sowie auf Autobahnen kommen Pflüge mit Räumweiten bis zu sieben Metern zum Einsatz. Das sind oft mehrschichtige Schneepflüge, die teilweise sogar über hydraulisch teleskopierbare Elemente verfügen. Auf Stadtstraßen, Wegen und Plätzen schieben oft kleinere Pflüge den Schnee. Für besonders anspruchsvolle Flächen eignen sich variable Schneepflüge mit schwenkbaren Scharflügeln. Diese

können hydraulisch geknickt und somit keilförmig, V-förmig und als einseitiger Schneepflug eingesetzt werden.

Neben der maximalen Breite spielen auch das Straßenprofil, die Straßenart sowie die Schneebeschaffenheit und -menge eine Rolle für die Räumtechnik. Unterschiedliche Anstellwinkel des Schildes werden je nach Aggressivität der Räumung und nach Fahrgeschwindigkeit gewählt. Der Bodenkontakt des Pfluges wird über austauschbare Schürfleisten und Gleitkufen oder Stützrollen gewährleistet. Schürfleisten sind Verschleißteile und werden je nach Anwendungsfall in diversen Materialien wie Stahl, Gummi, Korund oder Neopren ausgeführt. Spezielle Schneepflüge verfügen sogar über ein Doppelschürfleistensystem mit zuschaltbarer Stahlschiene.

Abhängig von der Räumweite und den Anforderungen des Schneepfluges kommen unterschiedliche Trägerfahrzeuge in Frage. Während breite Pflüge oft an Lkws angebaute sind, eignen sich für kleinere Straßen und Flächen leichtere Geräte mit kleineren Schmalspurfahrzeugen. Ein Multitalent und Allrounder mit hoher Hydraulikleistung und besonderen Winterdienst-Eigenschaften, wie einer Schneepfluggentlastung, ist der Unimog. Er realisiert hohe Räumweiten und bleibt dabei dennoch wendig und vielseitig im Einsatz. □

Müller: Es wird immer schwieriger Fachkräfte zu gewinnen. Das ist schade, denn wir haben einen schönen Beruf. Wir haben nur noch die Möglichkeit, unseren Nachwuchs selbst zum Straßenwärter auszubilden.

GZ: Wenn Sie in Bezug auf Ihren Verantwortungsbereich einen Wunsch frei hätten, welcher wäre das?

Müller: Ich wünsche mir von der Bevölkerung mehr Verständnis und Rücksicht auf unsere Mit-

arbeiter in Orange. Viele Verkehrsteilnehmer halten sich weder an Beschilderungen noch an Geschwindigkeitsbegrenzungen und vergessen, dass unsere Arbeit nur zum Wohle derer ist, die uns anvertraut sind. CH



Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen **Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit**. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fahrentrieb EasyDrive,

der während der Fahrt den Wechsel zwischen mechanischem und stufenlosem Antrieb (0–50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienkonzept oder modernste Euro-6-Motoren bis 220 kW (299 PS).



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter
mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Mähzug mit Randstreifenmäher und Leitpostenausmäher am Unimog U 400 mit absaugendem Heckaufsatzgerät SB 600 und Grasaufnahmeanhänger, Fahrer: Thomas Gößmann Bilder: Stefan Dülk

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete die Stadt Gunzenhausen mit annähernd 17.000 Einwohnern. Gunzenhausen liegt im Herzen des Fränkischen Seenlandes direkt am Altmühlsee.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?

Das Amt des Ersten Bürgermeisters der Stadt Gunzenhausen bekleide ich seit Mai 2014. In der Wahlperiode von 2008 bis 2014 war ich bereits Zweiter Bürgermeister.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Das Kommunalwesen ist von der unmittelbaren Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern, deren Sorgen und Nöte, aber vor allem auch den Heraus-



FOTO-BRAUN, Gunzenhausen

Karl-Heinz Fitz

Erster Bürgermeister der Stadt Gunzenhausen
Bezvorsitzender für die kreisangehörigen
Verbandsmitglieder im Regierungsbezirk
Mittelfranken des Bayerischen Städtetags

forderungen und den Gestaltungsmöglichkeiten in der Gemeinde geprägt. Einen Beitrag für Veränderungen und Entwicklungen leisten zu können, war für mich Anreiz, mich in der Kommunalpolitik zu engagieren.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Zum einen brachte ich als Jurist mit ca. 23-jähriger Erfahrung als Rechtsanwalt, aus der Beratung und Vertretung von Kommunen und meiner Spezialisierung unter anderem im Verwaltungsrecht, das wichtige Handwerkszeug für die Tätigkeit als Bürgermeister mit. Zum anderen war ich durch die Mitgliedschaft im Stadtrat, wie auch im Kreistag und als Zweiter Bürgermeister nicht nur mit den aktuellen Themen vertraut, sondern konnte sehr viele Akteure persönlich und war sehr gut vernetzt.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Die Herausforderungen lagen darin, dass mein Vorgänger viele drängenden Aufgaben vor sich hergeschoben oder gar nicht angepackt hat. Unmittelbar nach Amtsantritt habe ich unter anderem die Generalsanierung der Stadthalle (Kosten ca. 18 Millionen Euro), einen großen Stauraumkanal nebst Pumpwerk (Kosten ca. 13 Millionen Euro), den Hochwasserschutz und die Renaturierung der Altmühl unmittelbar neben dem Stadtzentrum auf den Weg gebracht bzw. umgesetzt. Hinzu kam die Schaffung von Kita- und Kindergartenplätzen, die Rathausanierung und ein massiver Digitalaufbau, um nur einige Beispiele zu nennen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan? Derzeit beschäftigt mich das Thema des Ausbaus der Mobilitätsangebote. Hierzu haben wir die ÖPNV-Aufgabenträgerschaft vom Landkreis übernommen, eine neue Mobilitäts- und Verkehrs-GmbH gegründet und den Bahnhof erworben, den wir derzeit in ein Mobilitätszentrum umbauen.

Dies wird flankiert vom Ausbau erneuerbarer Energien, unter anderem durch die Ausweitung von Photovoltaikanlagen und die Einstellung ei-

nes/einer Klimamanager/in. Des Weiteren investieren wir derzeit in die Ertüchtigung der Kläranlage und unter anderem in eine Solarklärschlamm-trocknung.

Hinzu kommt die Errichtung neuer Baugebiete und die Schaffung weiterer Kita- und Kindergartenplätze.

Dies alles nur exemplarisch. Die Liste der Themen, die uns aktuell beschäftigten, ist weit aus länger.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Einer weiteren Auseinandersetzung bedarf die Herausforderung, benötigte Grundstücke erwerben und entwickeln zu können. Auf der einen Seite ist die Nachfrage nach Wohnraum immens, auf der anderen Seite geht die Verkaufsbereitschaft der Eigentümer teils gegen Null. Hinzu kommt, dass die Anforderungen in der Bauleitplanung aber auch betreffend das Flächensparen eine Realisierbarkeit von Bauvorhaben teils unmöglich machen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Haben Sie Mut, konsequent Entscheidungen zu treffen!

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Den Austausch mit Kolleginnen und Kollegen pflege ich in vielen Gremien, beispielsweise dem Kreistag, in ILE-Sitzungen oder in Sitzungen der Zweckverbände.

Wichtig ist mir der Informationsaustausch und die Möglichkeit, Erfahrungen aus unserer Praxis im Rahmen des Bay. Städtetages einzubringen. Dort bin ich als Bezirksvorsitzender für die kreisangehörigen Verbandsmitglieder im Regierungsbezirk Mittelfranken tätig und damit auch im Vorstand eingebunden.

Bürgerinnen und Bürger beziehe ich unter anderem in Bürgerversammlungen, in Workshops oder gemeinsamen Planungsveranstaltungen mit ein. Hierfür wurden wir beispielsweise für unsere vorbildliche Bürgerbeteiligung bei dem Hochwasserschutz und der Renaturierung der Altmühl in einem bundesweiten Wettbewerb vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit mit dem 1. Preis ausgezeichnet.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden in regelmäßigen Jour-Fixe-Runden und in vielen persönlichen Gesprächen in die anstehenden Aufgaben und Entscheidungsfindungen eingebunden.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Wenn man bedenkt, dass schon jetzt und in der Zukunft eine große Anzahl von Dienstleistungen digital angeboten wird, ist die zunehmende Bedeutung der Digitalisierung, zumindest für jede Kommunalpolitikerin und jeden Kommunalpolitiker, klar erkennbar.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet? Veränderungen als Chance begreifen.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben? Als Bürgermeister der anpackt, entscheidet und auf dem Weg die Bürgerinnen und Bürger mitnimmt. □



Mitglieder der „including stepps“ mit Jurymitglied Sonja Scheuplein (l.) und OBH-Leiterin Katharina Christl (r.) sowie in der hintersten Reihe v.l.: Bürgermeister Eric Leiderer, Behindertenbeauftragte Christina Feiler, Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel, Behindertenbeauftragte Karin Renner, Lebenshilfe-Vorstandsvorsitzende Kirsten Simon und Landrat Alexander Legler.

Bild: Wagenbrenner

Inklusionspreise der Bezirke Mittel- und Unterfranken:

Einfach teilhaben

Maßnahmen und Projekte, die die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung im Alltag nachhaltig und konkret verbessern oder einen spürbaren Beitrag zu ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft leisten, sind von den Bezirken Unterfranken und Mittelfranken mit Inklusionspreisen ausgezeichnet worden. Die Verleihung übernahmen die Bezirkstagspräsidenten Erwin Dotzel und Armin Kroder.

Der Bezirk Unterfranken reichte in diesem Jahr in sechs Kategorien insgesamt 15.000 Euro aus. In der Kategorie „Arbeit“ wurde der Fachbereich „Inklusiv! Gemeinsam arbeiten“ der Mainfränkischen Werkstätten in Würzburg geehrt. Mehr als hundert Personen haben in den vergangenen sechs Jahren dank dieser Aktion in Kooperationsbetrieben eine Beschäftigung, z.B. in Handwerksbetrieben oder in der Industrie, gefunden.

Selbstbestimmtes Wohnen im Alter

In der Kategorie „Wohnen“ gewann das Schweinfurter Projekt „Gemeinsam Wohnen – trotz Alter und Behinderung“. Diese Lösung macht das seit vielen Jahren bundesweit diskutierte selbstbestimmte Wohnen im Alter möglich. Betrieben wird das Projekt von rund 20 ehrenamtlich tätigen Personen, verwaltet von der städtischen Wohnbaugesellschaft und unterstützt von einer städtischen Stiftung.

Bei dem Projekt mit derzeit insgesamt 16 Wohnungen handelt es sich nicht um eine Form des betreuten Wohnens, sondern um eine Wohngemeinschaft, in der jeder unabhängig lebt und doch nicht allein ist. Im Laufe des kommenden Jahres sollen weitere Wohnungen dazukommen.

Die Volkshochschule Hammelburg, die seit März 2020 mit ihren Kursen für die Verbreitung der Gebärdensprache sorgt, behielt in der Kategorie „Bildung und Erziehung“ die Oberhand. Das VHS-Angebot richtet sich auch an Hörende. Von der Gebärdensprachen-Kompetenz profitierten somit auch zahlreiche Institutionen wie Schulen, Kindergärten oder Hospizvereine sowie Angehörige und Freunde NichtHörender.

Die Band MIPpies (Musik-Inklusions-Projekt) aus Lohr am Main siegte in der Kategorie „Kultur, Natur und Umwelt“. Seit 2014 proben Menschen mit und ohne Handicap einmal pro Woche in der Sing- und Musikschule. Zur Band gehörten Menschen aus den Wohngruppen der Lebenshilfe MSP in Lohr, Gemünden und Marktheidenfeld, Jugendliche und Erwachsene des Musikvereins Ruppertshütten und Schülerinnen und Schüler der Sing- und Musikschule Lohr.

Bei ihren rund 15 gemeinsamen Auftritten pro Jahr und den wöchentlichen Proben steht die Freude an der Musik im Vordergrund. Auftritte hatten die MIPpies schon in großen Festzelten, der MSP Expo in Lohr, der Lan-

desgartenschau in Würzburg, im Kulturspeicher in Würzburg, beim Neujahrsempfang der Stadt Lohr oder beim Sozialempfang mit der früheren Landtagspräsidentin Barbara Stamm in Gemünden.

Für die einen bringt die Musik ein wenig Abwechslung in den Alltag und verhilft zu mehr Selbstwertgefühl, bei den anderen wachsen Toleranz und Verständnis für die Mitmenschen. Vor allem aber verbindet sie ein gemeinsames Lebensgefühl: Wir sind eins, wir sind gleichberechtigt, wir gehören zusammen!

Im wahrsten Sinne etwas auf die Beine gestellt, nämlich eine Show-Tanz-Formation wie aus dem Lehrbuch, hat die inklusive Stepptanzgruppe der Lebenshilfe Aschaffenburg e. V., Gewinner in der Kategorie „Sport und Freizeit“. Bei den „including stepps“ tanzen und trainieren Menschen mit und ohne Behinderung und Menschen jeden Alters gemeinsam. Die Auftritte der „including stepps“ sind in der Regel eingebettet in das Gesamtprogramm der „Tap Dance Factory“. Die Tänzerinnen und Tänzer bereiten sich hinter der Bühne gemeinsam auf ihre Auftritte vor, üben noch einmal gemeinsam die Schritte, sprechen sich gegenseitig Mut zu und stehen dann beim großen Finale gemeinsam auf der Bühne.

Sonderpreis

Einen Sonderpreis für „Inklusion im Sozialraum – Gemeinschaft leben“ erhielt schließlich der Feuerwehrverein Geckenau (Landkreis Rhön-Grabfeld). Rund 20 aktive Mitglieder der Feuerwehr engagieren sich in ihrer Freizeit, um Menschen mit Handicap in die Arbeit einer Freiwilligen Feuerwehr, in die Vereinsarbeit und das lebendige Miteinander in einem Dorf einzubinden. Da die Feuerwehr der einzige Verein des Ortes ist, sind die Floriansjünger auch gefragt, wenn zum Beispiel beim Kinderfasching, beim Maibaum-Aufstellen oder einer anderen Veranstaltung in Geckenau tatkräftige Hilfe gebraucht wird. So leistet jeder seinen Beitrag für die Dorfgemeinschaft.

Mit dem diesjährigen Inklusionspreis Mittelfranken, dotiert mit 5.000 Euro, wurde die Kinderkommission Nürnberg gewürdigt. Gemeinsam mit dem Jugendamt engagiert sie sich für die Stärkung der Kinderrechte und gestaltet unter anderem die Straße der Kinderrechte im Nürnberger Stadtpark zusammen mit jungen Menschen in der Stadt. Verschiedene Stationen bringen hier die Rechte der Kinder näher und machen sie erleb-

bar. Eine neue zehnte Station ist in Planung und widmet sich dem Thema „Inklusion und Teilhabe“.

54 Artikel umfasst die im Jahr 1989 verabschiedete UN-Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen. Bereits 2005 machte sich die Kinderkommission Nürnberg dafür stark, dass gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen nach deren Vorstellungen und Ideen eine Straße der Kinderrechte entsteht. Dort stehen heute neun interessante und erfahrbare Skulpturen zu den jeweiligen Rechten, wie zum Beispiel dem Recht auf eine gewaltfreie Erziehung oder auch dem Recht auf Privatsphäre. **DK**

BAVERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK · WIRTSCHAFT · RECHT · TEMA · PRAXIS

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chessel vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse)
€ 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergsstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen:

Stadtrat setzt Zeichen der Solidarität

„Gewalt an Frauen ist ein gravierendes Problem. Weltweit, in Deutschland und auch bei uns in Unterfranken. Dies dürfen wir nicht akzeptieren!“, betont Oberbürgermeister Christian Schuchardt in seinem Grußwort anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen. „Häusliche Gewalt betrifft Frauen in allen sozialen Schichten und allen Altersgruppen, mit und ohne Migrationshintergrund, mit und ohne Behinderung.“

Wie auch in den Jahren zuvor setzt die Stadt Würzburg hier ein deutliches Zeichen und

versichert, hinzusehen und zu unterstützen. Gemeinsam mit dem Stadtrat, der neuen Vor-

sitzenden der Arbeitsgemeinschaft Würzburger Frauenorganisationen und Frauen (AWF), Freya Altenhöner, und der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Würzburg, Petra Müller-März, hisste der Oberbürgermeister eine Fahne mit der Aufschrift „NEIN zu Gewalt gegen Frauen“ vor dem Congress Centrum.

Stadt bekennt Farbe

Auch im Wortsinne bekannte die Stadt Farbe zu diesem Thema und ließ den Grafenecart am Abend in Orange erstrahlen. In der Domstraße fand eine Kundgebung in Form einer Menschenkette vom Vierröhrenbrunnen bis zum Dom statt. An ihr beteiligten sich Vertreterinnen und Vertreter zahlreicher Organisationen, die sich für Gleichberechtigung und Gewalt gegen Frauen einsetzen. □



Oberbürgermeister Christian Schuchardt und Mitglieder des Stadtrats setzen Zeichen gegen Gewalt an Frauen. Bild: Petra Steinbach

Creative Bureaucracy Festival:

Jugend entscheidet: Von der Straße ins Rathaus

Nicht nur ein Forum für die besten Ideen für die Verwaltung, sondern inzwischen auch ein Motor, um diese Ideen auch umzusetzen, ist das Creative Bureaucracy Festival. Das größte internationale Festival für Verwaltungsinnovation wurde in diesem Jahr erneut digital von der Falling Walls Foundation, einer gemeinnützigen Stiftung aus Berlin, veranstaltet, und zählte über 18.000 Besucher aus 94 Ländern.

In rund 150 englisch- und deutschsprachigen digitalen Beiträgen mit rund 400 Speakern diskutierten die Teilnehmer an fünf Tagen über die Herausforderungen und Perspektiven für den öffentlichen Sektor. In spannenden Sessions wurden zahlreiche aktuelle Themen wie grundlegende Fragen nach dem Anspruch und der Stärke des Staates (z. B. „Humble Government“ oder soziale Nachhaltigkeit) über die Handlungsfähigkeit der Verwaltung in außergewöhnlichen Situationen (z. B. in Bezug auf Krisenresilienz) bis hin zu konkreten Aspekten der aktuellen Arbeit in der Politikumsetzung (z. B. bei der Beschaffung oder Cybersicherheit) erörtert.

Politisch wirksam durch aktive Beteiligung

Zum ersten Mal auf der Festival-Agenda stand eine Session mit dem Thema „Jugend entscheidet: Von der Straße ins Rathaus“. Dabei ging es um das Projekt „Jugend entscheidet – wir machen mit“ der gemeinnützigen Hertie-Stiftung, die davon überzeugt ist, dass junge Menschen mitreden wollen und ihre Ideen nicht nur ihnen selbst nützen, sondern die Demokratie bereichern.

Das Projekt bringt zwei Gruppen zueinander, die bislang zu wenig Schnittstellen haben: Kommunalpolitiker und Jugendliche. Aktuell wird die junge Generation kaum durch politische Parteien erreicht und häufig fehlt das Verständnis und die Wertschätzung für Kommunalpolitik. Mit „Jugend entscheidet“ soll das geändert werden: Kommunalpolitiker delegieren reale Entscheidungen an Jugendliche, eingebunden in einen professionell moderierten Prozess. So erfahren Jugendliche, dass sie politisch wirksam sein können, wenn sie sich aktiv beteiligen. Gleichzeitig lernen Kommunalpolitiker die Bedarfe von Jugendlichen besser kennen.

Die Hertie-Stiftung begleitet deswegen in diesem Jahr zehn Kommunen aus ganz Deutschland, darunter die bayerischen Kommunen Bad Hindelang und Neu-Ulm, dabei, eine konkrete lokalpolitische Entscheidung an Jugendliche zwischen 12 und 15 Jahren abzugeben und Jugendbeteiligung vor Ort zu verankern. Insgesamt hatten sich 115 Städte für das Projekt beworben.

Junge Menschen und Kommunen können ihre Städte und Dörfer fit für die Zukunft machen. Dafür braucht es mutige Bürgermeister, die bereit sind, sich auf junge Perspektiven einzulassen, aber auch innovative Verwaltungen, die sich trauen, neue Wege zu gehen. Wie Bad Hindelangs Bürgermeisterin Dr. Sabine Rödel betont, „müssen die Jugendlichen unserer Gemeinde viele Konsequenzen der Entscheidungen tragen, die wir auch für sie treffen. Daher möchten wir mit ihnen gemeinsam ein Konzept für die Zukunft entwickeln. Wir suchen nach Wegen, wie wir es schaffen, die Jugend in Projekte wie ‚Unser Bad Hindelang 2030‘, aber auch in laufende kommunalpolitische Themen einzubinden. Für unsere gelebte Demokratie ist es wichtig, dass bereits Jugendliche sich intensiv mit der Komplexität der Gesellschaft befassen und erkennen, dass je-

der Einzelne durch seine Stimme mitgestalten kann, aber dass jede Entscheidung auch mit Konsequenzen verbunden ist. Daher hoffen wir, dass durch eine Beteiligung der Jugend auf Gemeindeebene Demokratie als unmittelbarer Prozess erlebbar und das Verständnis für den Mitmenschen und dessen Bedürfnisse gestärkt wird.“

Moderne Interpretation von Tradition und Werten

Die Jugendlichen, so Rödel, sollen die Möglichkeit bekommen, Traditionen und Werte modern zu interpretieren und ihre Sichtweisen einzubringen. „Nur so können wir uns weiterentwickeln und die Dinge, die hier wirklich schön sind, auch erhalten.“

Auch Neu-Ulms Oberbürgermeisterin Katrin Albsteyer sieht in dem Modellprojekt eine große Chance für die Stadt und die Jugendlichen: „Wir erhoffen uns von ‚Jugend entscheidet‘ neue Impulse und neue Perspektiven auf Aspekte, an die Erwachsene vielleicht gar nicht denken.“ „Als junge Stadt passt ‚Jugend entscheidet‘ hervorragend zu uns“, unterstreicht Albsteyer: „2019 haben wir unser 150-jähriges Stadtjubiläum gefeiert. Das Motto war: ‚Wir leben neu.‘ In diesem Zug wollen wir auch das Thema Jugendbeteiligung neu denken. Wir wollen das Demokratieverständnis fördern und junge Men-

schen in ihrem Engagement für das Gemeinwesen bestärken.“

Für Neu-Ulm ist das Projekt eine Chance für Jugendliche, sich aktiv am Leben und der Entwicklung ihrer Stadt zu beteiligen. Albsteyer zufolge sollen junge Menschen die Erfahrung machen, dass sie die Entwicklung der Stadt konkret beeinflussen, ihre Ideen präsentieren und verwirklichen können. „Hierdurch erhoffen wir uns neue Impulse und neue Perspektiven. Vielleicht auch Hinweise auf Aspekte, an die Erwachsene gar nicht denken.“

Wie Ralph Seiffert, Dezernent für Bildung, Kultur, Sport und Soziales in der Stadtverwaltung Neu-Ulm, im Rahmen der Session „Jugend entscheidet: Von der Straße ins Rathaus“ berichtete, formulierten die Jugendlichen im Rahmen einer eigenen „Stadtratssitzung“ zwölf Anträge zu den Themen Stadtentwicklung, Natur und Umwelt, Freizeitgestaltung und Mobilität, wovon vier (Festival der Kulturen, Pumptrack, Stadtbeleuchtung, Bolzplatz-Sanierung) in die Endrunde kamen. Letztlich müssen sich die Jugendlichen nun für ein Projekt entscheiden, das der Stadtrat in der Folge positiv beschneiden soll und das entsprechend auch umgesetzt wird. Seiffert erhofft sich von „Jugend entscheidet“, noch mehr Werkzeug an die Hand zu bekommen, um den Prozess der Jugendbeteiligung weiter zu steuern.

PS: In der nächsten Projektphase im Jahr 2022 werden nach Angaben der Hertie-Stiftung 15 Kommunen betreut. Die Ausschreibung hierzu startete am 1. Dezember. **DK**

Steigende Flüchtlingszahlen

Schwäbische Landräte fordern strukturelle Verbesserung und Professionalisierung des Verwaltungshandelns vom Freistaat

Der Regierungspräsident der Regierung von Schwaben, Dr. Erwin Lohner, berichtete den Landkreisvertretern bei einer gemeinsamen Arbeitstagung von einer akuten Zunahme der Flüchtlingszahlen in der zentralen Aufnahmestelle, der sogenannten Ankereinrichtung in Schwaben. Dies bedeutet für die einzelnen Landkreise auch eine deutliche Zunahme an Neuzuweisungen in den kommenden Wochen und Monaten.

Mit den Erfahrungen, die die Landkreisvertreter aufgrund der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015 bis 2017 gesammelt haben, fordern sie nun eine strukturelle Verbesserung und Professionalisierung des Verwaltungshandelns vom Freistaat Bayern ein, damit die Unterbringung der geflüchteten Personen besser bewältigt werden kann. „Gemeinsame Unterbringungskonzepte, eine auf alle Landkreise gerechte und transparente Verteilung der Flüchtlinge sowie die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sind für uns zwingend erforderliche Grundlagen in der Bewältigung der steigenden Flüchtlingszahlen“, so der Vorsitzende des Bezirksverbands Schwaben, Landrat Elmar Stegmann.

Valide Datenbasis

Um besser planen zu können, fordern die schwäbischen Landrätinnen und Landräte transparente Zahlen, beispielsweise über ein regelmäßig aktualisiertes Dashboard. „Um die Verteilung vor Ort organisieren zu können, benötigen wir unbedingt eine valide Datenbasis, die uns nicht nur anzeigt wie viele Flüchtlinge bisher angekommen sind und wie diese auf die einzelnen Landkreise verteilt wurden, sondern auch eine Prognose mit wie vielen Ge-

flüchteten in den nächsten Tagen und Wochen zu rechnen ist. Es macht einen großen Unterschied, ob 30 oder 300 Flüchtlinge in den Unterkünften untergebracht werden müssen“, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Bezirksverbands Schwaben, Landrat Thorsten Freudenberger.

Die Landkreisvertreter berichteten auch von der großen Schwierigkeit bei den ortsüblichen Mietpreisen überhaupt noch Unterkünfte für geflüchtete Personen zu bekommen. „Es bedarf gemeinsamer Ansätze und Vorgehensweisen für die Akquise, Einrichtung und den Betrieb von Unterkünften – dies kann nicht fast ausschließlich der untersten Staatsverwaltung überlassen werden. In diese Überlegungen sollten auch zwingend die einzelnen Kommunen einbezogen werden, da wir sonst eine massive Ungleichverteilung von Flüchtlingen auf Einzelkommunen befürchten, für die es nun noch deutlich weniger Akzeptanz als vor wenigen Jahren gegeben wird. Wir sehen hier seitens der Staatsregierung dringenden Handlungsbedarf die aktuelle Rechtslage dahingehend zu ändern“, fordern die Sitzungsteilnehmer. Gleichzeitig ist es ihnen wichtig, dass die Kommunen, in denen Flüchtlinge untergebracht werden, auch eine spezielle fi-

GZ PINOS WELT



Als ob die Menschen derzeit keine anderen Sorgen hätten, wird die Diskussion um das Gendern immer noch hitzig und leidenschaftlich geführt. Kaum eine Ausgabe einer Zeitung wird gedruckt, ohne dass berichtet wird, dieser/diese habe sich gegen das Gendern, jene/jener dafür ausgesprochen. Auch ein aktueller Antrag im Stadtrat fordert die Verwaltung auf, künftig gegendertes Amtsdeutsch zu verwenden.

Es gehört zu den Privilegien des Katzenschicksals, solche Debatten nicht führen zu müssen. Bei uns gilt „die Katze“ und „der Kater“. Im allgemeinen Sprachgebrauch ist allerdings fast immer von „der Katze“ die Rede, wenn eigentlich von „dem Kater“ gesprochen werden sollte, weil die biologische Weiblichkeit die Sprache dominiert. Allein dieses Spiel mit Artikel und Pronomen zeigt, wie verwickelt das mit

Der Kater ist eine Katze

dem Gendern werden kann. Jedenfalls denkt jeder (m/w/d) beim Wort „Katze“ automatisch das Männchen mit, während es angeblich undenkbar ist, beim Begriff „Arzt“ auch eine weibliche Medizinerin mitzudenken. So weit so gut.

Als konservativ sozialisierte Katze (sic!) arbeite ich mit Begriffspaaren, wenn Frau und Mann gemeint sind. Damen und Herren, Bürgerinnen und Bürger, Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Letztere könnten gendergemäß natürlich auch als Steuerzahlende bezeichnet werden. Das wäre sogar weniger absurd als die epidemisch um sich greifenden Begriffe Mitarbeitende, Studierende und Forschende, da sich das mit dem mitarbeiten ja nach acht Stunden erledigt hat, kaum jemand bei der Kneipentour oder in der Disco studiert und selbst der ambitionierteste Forscher oder die fleißigste Forscherin seine/ihre Reagenzglaser beiseite stellt, wenn Großmama zu Besuch kommt. Steuern zahlen wir andauernd, jedenfalls Umsatzsteuer für das Bierchen, den Pina Colada oder das schnell besorgte Tortenstück für die Oma.

Aber auch die Pärchenbildung hat ihre Tücken, weil zum Beispiel das anekdotische „Mitglieder und Mitgliedinnen“ halt wegen des

grammatikalischen Neutrums schlicht albern ist.

Also doch die große Lösung mit „*“, „Binnen-“, „I“ oder „_“? Hat natürlich den Vorteil, dass man sich um grammatikalische Feinheiten nicht zu scheeren braucht und Mitglied*in flott von der Feder geht. Mit etwas Übung und ohne Scheu davor, als schwerer Alkoholiker_in zu gelten, kann man das sogar in die gesprochene Sprache übertragen. Zudem hat man auch alle inkludiert, die sich selbst nicht vollständig einem biologischen Geschlecht zuordnen (lassen) wollen. Die Frage, ob ein biologisch oder psychologisch anzuerkennendes Anliegen individueller Personen zu einer generellen Änderung der Schreib- und Sprechgewohnheiten führen muss, bleibt jetzt mal offen.

Aber auch hier müsste es doch Grenzen geben. So war zu lesen, dass ein Amtsgericht in einer Entscheidung von „Vollstreckungsgläubiger*in“ und „Vollstreckungsschuldner*in“ gesprochen hat. Leute, das war ein Parteienprozess. Eine natürliche Person stand gegen eine andere natürliche Person. In der Regel hat eine natürliche Person ein Geschlecht. Warum deshalb hier inklusive Begriffe verwendet wurden (außer es hätten sich zwei diverse Personen gegenüber gestanden, was so wahrscheinlich ist, wie in einer Woche nacheinander den Eurojackpot zu knacken, zu heiraten und Großvater zu werden), kann nur mit dem tobenden Kulturkampf erklärt werden.

Womit wir bei „Gott*“ wären, der gegenderten Form des Herren der Welt. Das mag eine konsequente Weiterentwicklung des Konzepts „Gott ist eine Frau“ sein, aber ich frage mich mit meinem Katzenverstand warum man einem nichtmaterialisierten, höchsten gedachten und verehrten überirdischen Wesen unbedingt ein biologisches Geschlecht oder eben Nicht-Geschlecht andichten muss. Die Tatsache, dass Gott im Christentum als „Vater“ verstanden wird, Christus als sein Sohn und nicht als seine transidente Tochter, liegt in einer zweitausendjährigen Tradition ebenso begründet, wie in der Tatsache, dass weder das Aramäische noch das Altgriechische gegendert wurden. Belassen wir es halt dabei und denken an Franz Grillparzer: „Der Verstand und die Fähigkeit, ihn zu gebrauchen, sind zwei verschiedene Gaben.“

Ihr Pino

Regional einlösbare Arbeitgeber Gutscheine für Altmühlfrankens Mitarbeiter

Als Ergänzung zum bereits bestehenden Onlineportal des Landkreises, gibt es nun die Möglichkeit für Arbeitgeber ihren Mitarbeitern, im Rahmen des steuer- und sozialabgabebefreiten Sachbezugs, Gutscheine für die digitale Plattform sowie teilnehmende Geschäfte vor Ort zu bekommen zu lassen. Über 60 Unternehmensvertreter folgten der Einladung der Zukunftsinitiative Altmühlfranken, welche in Kooperation mit den Stadtmarketingvereinen das neue Arbeitgeber-Portal sowie das landkreisweite Gutscheinsystem präsentierte.

Sabine Unterlandstaettner von der Zukunftsinitiative Altmühlfranken lobte die außerordentlich gute Zusammenarbeit der Stadtmarketingorganisationen und Gewerbevereine im Landkreis. Alexander Herzog, Vorsitzender des Stadtmarketingvereins Gunzenhausen sowie als Sprecher der Lenkungsgruppe, erklärte: „Der Altmühlfranken-Gutschein ist physisch in mitt-

lerweile 30 Ausgabestellen im Landkreis zu beziehen, genauso aber auch online mit individuellen Gutscheinsystemen. In 64 Akzeptanzstellen kann er beim Bummeln und Einkaufen eingelöst werden, aber eben auch online über www.in-almuehlfranken.de. Technisch ist das nicht trivial und nur mit kooperativen Systemanbietern wie unserem Partner zmlye umsetzbar.“

Seit Einführung des Altmühlfranken-Gutscheins im Dezember 2020 bis einschließlich September 2021 wurden 125.000 Euro in Form von Gutscheinen in unterschiedlichen Einzelwerten ausgegeben, davon etwa die Hälfte als Arbeitgeber-Gutscheine. Diese können nach wie vor auch ohne elektronisches Buchungssystem über die Wirtschaftsförderung des Landkreises oder die einzelnen Stadtmarketingorganisationen bezogen werden.

Im kommenden Jahr folgt die IT-basierte Lösung durch den Dienstleister zmlye, bei welcher die Ausgabe der Gutscheine, in Höhe von derzeit maximal 44 Euro pro Mitarbeiter und Monat, voll automatisiert abläuft.

Matthias Meyer, treibende Kraft der Lenkungsgruppe des Onlineportals und Mitglied im Vorstand des Stadtmarketings Weißenburg, betonte die hohe Bedeutung des Systems gerade für den inhabergeführten Handel vor Ort: „Durch Werkzeuge wie diese regionalen Gutscheinsysteme kann die Kaufkraft bestens in der Region gehalten werden.“

Das neu eingerichtete Arbeitgeberportal ist eng mit dem landkreisweiten Gutscheinsystem verzahnt. Auch Akzeptanz- oder Ausgabestellen können mit wenigen Klicks betreten und so die betriebseigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit getrennt abgerechneten Arbeitgeber-Gutscheinen versorgen.

2022 wird das System durch zahlreiche Funktionen barrierefreier. Dazu zählen insbesondere die automatische monatliche Arbeitgeber-Gutscheinabrechnung inklusive DATEV-Schnittstelle und eine Mitarbeiterdatenbank, in der die Zuweisung der steuerbefreiten Sachzuwendung seitens des Betriebes exakt kontrolliert und gesteuert werden kann.

Nach wie vor können teilnehmende Unternehmen aber auch physische Gutscheinkarten beziehen. Mithilfe des neuen Arbeitgeberportals wird es aber ermöglicht, den Arbeitgeber-Bonus auf direktem Weg digital zu versenden, etwa per E-Mail mit entsprechendem QR-Code bzw. eindeutiger Nummer oder für das Smartphone-Wallet. **□**

Oberfränkischer Integrationspreis 2021:

Fuß fassen in der Region

Initiativen, die sich erfolgreich dafür einsetzen, dass Menschen mit ausländischen Wurzeln in der Region Fuß fassen und Einheimische mit fremden Kulturen vertraut gemacht werden, sind von der Regierung von Oberfranken mit dem Integrationspreis ausgezeichnet worden. Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz verlieh in Bayreuth die drei Preise an den Verein Freund statt fremd in Bamberg, an Valentina-Amalia Dumitru sowie an den Kulmbacher Literaturverein.

Seit vielen Jahren engagiert sich der Verein Freund statt fremd für die in Bamberg lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, zum Beispiel in dem interkulturellen Begegnungs- und Kulturzentrum Lui20. Hier bietet der Verein zahlreiche Aktivitäten an: von Deutsch-

Kursen für Erwachsene, die das A1 Niveau abgeschlossen haben, über ein Sprachcafé für alle Interessierten bis hin zu gemeinsamen Koch- oder Musik-Events. Seit Sommer 2021 werden diese Tätigkeiten in einem neuen Domizil fortgesetzt. Geflüchteten bietet der Verein

praktische Hilfe zur Bewältigung des Lebensalltags und rund um die Themen Ausbildung, Beruf und Studium an. Und auch in der ANKER-Einrichtung Oberfranken am Behördenstandort Bamberg ist der Preisträger präsent. So hat er dort unter anderem ein Spielzimmer für Kinder und Jugendliche geschaffen, das „Café Willkommen“ eröffnet und eine Fahrradwerkstatt eingerichtet.

Gesundheitskompetenz fördern

Im Jahr 2003 wurde das bundesweite Projekt „Mit Migranten für Migranten (MiMi) – Interkulturelle Gesundheit in Deutschland“ gestartet und zwischenzeitlich an mehr als 70 Standorten, davon 14 in Bayern, etabliert. Durch kultursensible und mehrsprachige Aufklärung soll die Gesundheitskompetenz von Migranten gefördert werden.

Die Stadt Bayreuth ist seit 2019 einer der 15 örtlichen Projektpartner in Bayern. Die Standortkoordination hat Valentina-Amalia Dumitru übernommen.

Interkulturelle Gesundheitsmediatoren

Sie konnte insgesamt 22 Migranten aus 13 Nationen für das Projekt gewinnen, die in einer 50-stündigen Schulung zu interkulturellen Gesundheitsmediatorinnen und -mediatoren ausgebildet wurden. Die Schulung umfasste die verschiedensten Gesundheitsthemen wie zum Beispiel das deutsche Gesundheitssystem, Ernährung und Bewegung, Kindergesundheit, Gefahren des Alkoholkonsums, Diabetes und Impfschutz.

Durch das MiMi-Projekt lernen Menschen mit Migrationshintergrund nicht nur, wie das deutsche Gesundheitssystem funktioniert, sie können dieses Wissen auch an ihre Landsleute weitergeben. Die Bayreuther Mediatoren beispielsweise füh-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt die der GZ Wandkalender 2022 bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

ren Veranstaltungen in ihrer Muttersprache durch und informieren in einer eigenen WhatsApp-App-Gruppe und in Podcasts zu Corona-relevanten Themen wie Maskenpflicht und Abstandsregeln.

Deutschkenntnisse durch Sprachpaten

Bei der „Schreibwerkstatt Grenzenlos“ handelt es sich um ein Begegnungs- und Austauschprojekt im Landkreis Kulmbach. Die Trägerschaft hat der Kulmbacher Literaturverein übernommen. Über die Helferkreise im Landkreis Kulmbach wurden zunächst mehrere Sprachpaten gewonnen. Durch deren persönliche Ansprache ist es anschließend gelungen, zahlreiche Geflüchtete zu finden, die durch die Teilnahme am nun

ausgezeichneten Projekt ihre Deutschkenntnisse verbessern wollen.

Im „Café Clatsch“ in Kulmbach finden jetzt regelmäßig „Redaktionstreffen“ statt, an denen zwischen 20 und 30 Geflüchtete teilnehmen. Diese kommen dort mit ihren Sprachpaten zusammen und tragen ihre selbst geschriebenen Texte zu Themen oder Erfahrungen, die ihnen wichtig sind, vor. Regelmäßige Schreibübungen und ein intensiver Austausch der Anwesenden über das Gehörte tragen zum Erlernen der deutschen Sprache bei. Als Ergebnis all dieser Aktivitäten und zugleich Sprachrohr für geflüchtete Menschen im Landkreis Kulmbach hat der Kulmbacher Literaturverein nach der Zeitschrift „Bunt-schau“ heuer das „Buch ohne Grenzen“ herausgegeben. **DK**

Vorschau auf GZ 24

In unserer Ausgabe Nr. 24, die am 16. Dezember 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT, E-Government, Breitband, Mobilfunk
- Kommunale Finanzthemen
- Kommunaler Bau
- Schulen, Kindergärten, Horte, Spielplätze

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG  **Fahnen Koch**
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS 
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE 

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de www.etsch.de

Energiebeschaffung

Kostenfreie Ausschreibungsvorlagen!

Für hochwertige Pellets und Hackschnitzel.



enplus-pellets.de/ausschreibungsvorlage

Energiedienstleistung

 **erdgas schwaben**
sicher, günstig, nah

erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT **juwi**
EINE ZUKUNFT GEBEN

Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.

juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG  **Fahnen Koch**
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

FAHNEN KÖSSINGER 
Am Gewerbering 23 · D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen. 

DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.

Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de 

Kommunale Immobilienentwicklung

 Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de 

Kommunale IT

www. **AKDB** .de

Gemeindezeitung auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de 

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW 

HYGIENISCH EINWANDFREIE WÄRMERÜCKGEWINNUNG



- ✓ 100% Außenluft umluftfrei
- ✓ betriebssicher
- ✓ energieeffizient

Vorteile für Ihre Lüftungsanlage:

- + keim- und schadstoffübertragungsfreie Wärmerückgewinnung durch getrennte Luftströme
- + Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- + kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- + Neubau oder Sanierung im Bestand
- + Wegfall von Rückkühlwerken möglich

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Abonnieren Sie unseren **KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Recyclingbaustoffe

 **BAUSTOFF RECYCLING BAYERN**
www.baustoffrecycling-bayern.de

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie



Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlage

 **LRS**
Lüftungs-Reinigungs-Service

„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“

Wartung und Reinigung von:
• Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
• Prozesslufttechnische Anlagen
• Kontrollierte Wohnraumlüftung

82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

 **weihnachtsbeleuchtung**
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für 

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

BAYERISCHE GemeindeZeitung 2022

| JANUAR | FEBRUAR | MÄRZ | APRIL | MAI | JUNI | JULI | AUGUST | SEPTEMBER | OKTOBER | NOVEMBER | DEZEMBER |
|---|---------|---|---|---|--|--|--|-----------|--|---|--|
| Sa 1 <small>Neujahr</small> | Di 1 | Di 1 | Fr 1 <small>Freie Demokraten</small> | So 1 <small>Tag der Arbeit</small> | Mi 1 | Fr 1 | Mo 1 | Do 1 | Sa 1 | Di 1 <small>Allerheiligen</small> | Do 1 |
| So 2 | Mi 2 | Mi 2 | Sa 2 <small>Landesparteitag FDP Bayern, Hirschaid</small> | Mo 2 | Do 2 <small>13. Bayerisches EnergieForum</small> | Sa 2 | Di 2 | Fr 2 | So 2 | Mi 2 | Fr 2 |
| Mo 3 | Do 3 | Do 3 | So 3 | Di 3 | Fr 3 | So 3 | Mi 3 | Sa 3 | Mo 3 <small>Tag der Deutschen Einheit</small> | Do 3 | Sa 3 |
| Di 4 | Fr 4 | Fr 4 | Mo 4 | Mi 4 <small>BAYERISCHER LANDESTAG</small> | Sa 4 | Mo 4 | Do 4 | So 4 | Di 4 | Fr 4 | So 4 |
| Mi 5 | Sa 5 | Sa 5 | Di 5 | Do 5 <small>Landkreisversammlung, Bayerischer Landkreistag, Landkreis Rosenheim</small> | So 5 <small>Pfingstsonntag</small> | Di 5 | Fr 5 | Mo 5 | Mi 5 | Sa 5 | Mo 5 |
| Do 6 <small>Heilige Drei Könige</small> | So 6 | So 6 | Mi 6 | Fr 6 | Mo 6 <small>Pfingstmontag</small> | Mi 6 | Sa 6 | Di 6 | Do 6 | So 6 | Di 6 |
| Fr 7 | Mo 7 | Mo 7 | Do 7 | Sa 7 | Di 7 | Do 7 <small>Bayerischer Bezirkstag</small> | So 7 | Mi 7 | Fr 7 | Mo 7 | Mi 7 |
| Sa 8 | Di 8 | Di 8 | Fr 8 | So 8 | Mi 8 | Fr 8 <small>Vollversammlung Bayerischer Bezirkstag</small> | Mo 8 | Do 8 | Sa 8 | Di 8 <small>BAYERISCHER LANDESTAG</small> | Do 8 |
| So 9 | Mi 9 | Mi 9 | Sa 9 | Mo 9 | Do 9 | Sa 9 | Di 9 | Fr 9 | So 9 | Mi 9 | Fr 9 |
| Mo 10 | Do 10 | Do 10 | So 10 | Di 10 | Fr 10 | So 10 | Mi 10 | Sa 10 | Mo 10 | Do 10 <small>Landrätetagung</small> | Sa 10 |
| Di 11 | Fr 11 | Fr 11 | Mo 11 | Mi 11 | Sa 11 | Mo 11 | Do 11 | So 11 | Di 11 | Fr 11 | So 11 |
| Mi 12 | Sa 12 | Sa 12 | Di 12 | Do 12 | So 12 | Di 12 | Fr 12 | Mo 12 | Mi 12 | Sa 12 | Mo 12 |
| Do 13 | So 13 | So 13 | Mi 13 | Fr 13 | Mo 13 | Mi 13 | Sa 13 | Di 13 | Do 13 <small>9. Bayerisches BreitbandForum</small> | So 13 | Di 13 |
| Fr 14 | Mo 14 | Mo 14 | Do 14 | Sa 14 | Di 14 | Do 14 | So 14 | Mi 14 | Fr 14 | Mo 14 | Mi 14 |
| Sa 15 | Di 15 | Di 15 | Fr 15 <small>Karfreitag</small> | So 15 | Mi 15 | Fr 15 | Mo 15 <small>Mariä Himmelfahrt</small> | Do 15 | Sa 15 | Di 15 | Do 15 |
| So 16 | Mi 16 | Mi 16 <small>Kommunalforum Alpenraum, Kundl, AT</small> | Sa 16 <small>Fronleichnam</small> | Mo 16 | Do 16 <small>Fronleichnam</small> | Sa 16 | Di 16 | Fr 16 | So 16 | Mi 16 | Fr 16 |
| Mo 17 | Do 17 | Do 17 | So 17 <small>Ostersonntag</small> | Di 17 | Fr 17 | So 17 | Mi 17 | Sa 17 | Mo 17 | Do 17 | Sa 17 |
| Di 18 | Fr 18 | Fr 18 | Mo 18 <small>Ostermontag</small> | Mi 18 | Sa 18 | Mo 18 | Do 18 | So 18 | Di 18 | Fr 18 | So 18 |
| Mi 19 | Sa 19 | Sa 19 | Di 19 | Do 19 | So 19 | Di 19 | Fr 19 | Mo 19 | Mi 19 | Sa 19 | Mo 19 |
| Do 20 | So 20 | So 20 | Mi 20 | Fr 20 | Mo 20 | Mi 20 | Sa 20 | Di 20 | Do 20 | So 20 | Di 20 |
| Fr 21 | Mo 21 | Mo 21 | Do 21 | Sa 21 | Di 21 | Do 21 | So 21 | Mi 21 | Fr 21 | Mo 21 | Mi 21 |
| Sa 22 | Di 22 | Di 22 | Fr 22 | So 22 | Mi 22 | Fr 22 | Mo 22 | Do 22 | Sa 22 | Di 22 | Do 22 |
| So 23 | Mi 23 | Mi 23 | Sa 23 | Mo 23 | Do 23 | Sa 23 | Di 23 | Fr 23 | So 23 | Mi 23 | Fr 23 |
| Mo 24 | Do 24 | Do 24 | So 24 | Di 24 | Fr 24 | So 24 | Mi 24 | Sa 24 | Mo 24 | Do 24 | Sa 24 <small>Heiliger Abend</small> |
| Di 25 | Fr 25 | Fr 25 | Mo 25 | Mi 25 | Sa 25 | Mo 25 | Do 25 | So 25 | Di 25 | Fr 25 | So 25 <small>1. Weihnachtsfeiertag</small> |
| Mi 26 | Sa 26 | Sa 26 | Di 26 | Do 26 <small>Christi Himmelfahrt</small> | So 26 | Di 26 | Fr 26 | Mo 26 | Mi 26 | Sa 26 | Mo 26 <small>2. Weihnachtsfeiertag</small> |
| Do 27 | So 27 | So 27 | Mi 27 | Fr 27 | Mo 27 | Mi 27 | Sa 27 | Di 27 | Do 27 | So 27 | Di 27 |
| Fr 28 | Mo 28 | Mo 28 | Do 28 | Sa 28 | Di 28 | Do 28 | So 28 | Mi 28 | Fr 28 | Mo 28 | Mi 28 |
| Sa 29 | Di 29 | Di 29 | Fr 29 | So 29 | Mi 29 | Fr 29 | Mo 29 | Do 29 | Sa 29 | Di 29 | Do 29 |
| So 30 | Mi 30 | Mi 30 | Sa 30 | Mo 30 | Do 30 | Sa 30 | Di 30 | Fr 30 | So 30 | Mi 30 | Fr 30 |
| Mo 31 | Do 31 | Do 31 | Di 31 | Fr 31 | Mo 31 | So 31 | Mi 31 | Do 31 | Mo 31 | Sa 31 <small>Silvester</small> | |

LEONET

SCHNELLES INTERNET FÜR BAYERN!

Aus der Region. Für die Region.

LEONET.DE

ENERPIPE

Wir bringen Wärme auf den Weg!

Heute schon an morgen denken: Mit einem Nahwärmenetz die kommunale Energiewende gestalten!

ENERPIPE ist Ihr Partner bei der Konzeption eines Nah- oder Fernwärmenetzes. Außerdem stellen wir alle Komponenten für die Wärmeversorgung bereit: Rohr- und Verteilernetztechnik, Überleitetabelle etc.

Mehr Informationen bei unseren kostenlosen Online-Seminaren! Jetzt anmelden unter service@enerpipe.de!

www.enerpipe.de

Themenportal KOMMUNALPOLITIK

Hanns Seidel Stiftung

Testat für Politische Bildung

www.hss.de/kommunalpolitik

Leitfäden, Themen und Seminare – alles rund um die Kommunalpolitik

modern media production

Projektagentur für moderne Medien, Imagefilm und Fotodesign

www.modern-media.de

Zukunft gestalten. Fortschritt fördern.

Zinsgünstige Kommunalkredite und spezielle Förderkredite für Ihre Investitionen. Näheres erfahren Sie unter bayernlabo.de oder über die Kommunal-Hotline +49 89 21712004

Das Förderinstitut der BayernLB | BayernLabo

Bayernweit – Gemeinsam für mehr Geschwindigkeit

breitbandausbau.m-net.de

m-net

Partner der Sparkassen und des öffentlichen Dienstes:

die Bayerische

Ihr Direktkontakt

Volker Eisele
Leiter Vertriebsdirektion
Banken und Kooperationen
T 089 6787-9278
volker.eisele@diebayerische.de

Ganz Bayern in einer Stunde

TV BAYERN LIVE

samstags 17:45 Uhr auf RTL
& sonntags auf allen 14 bayerischen Regional-TV Sendern

www.tvbayernlive.de

PLANEN . FERTIGEN . AUSFÜHREN

HÖRMANN

GEWERBEBAU

Sie planen ein neues Projekt? Wir setzen es für Sie um. Fragen Sie unverbindlich bei uns an.

Rudolf Hörmann GmbH & Co. KG | www.hoermann-gewerbebau.com

Energie für heute und morgen

Mein OekoGas – 100% CO₂-neutral

Echt fair für Ihre Zukunft

erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben

schon. gerüstet. nah